

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)**

- a) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung  
– Drucksache 17/5707 –

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Regelungen**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Dörmann, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Garrelt Duin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksache 17/4875 –

**Verbraucherschutz in der Telekommunikation umfassend stärken**

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Dörmann, Lars Klingbeil, Garrelt Duin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksache 17/5367 –

**Netzneutralität im Internet gewährleisten – Diskriminierungsfreiheit, Transparenzverpflichtungen und Sicherung von Mindestqualitäten gesetzlich regeln**

- d) zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Dörmann, Garrelt Duin, Doris Barnett, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksache 17/5902 –

**Schnelles Internet für alle – Flächendeckende Breitbandgrundversorgung sicherstellen und Impulse für eine dynamische Entwicklung setzen**

- e) zu dem Antrag der Abgeordneten Caren Lay, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 17/5376 –

**Telekommunikationsmarkt verbrauchergerecht regulieren**

- f) zu dem Antrag der Abgeordneten Halina Wawzyniak, Jan Korte, Dr. Petra Sitte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 17/4843 –

**Netzneutralität sichern**

- g) zu dem Antrag der Abgeordneten Johanna Voß, Ulla Lötzer, Dr. Barbara Höll, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 17/6912 –

**Universaldienst für Breitband-Internetanschlüsse jetzt**

- h) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Konstantin von Notz, Tabea Rößner, Kerstin Andreae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
- Drucksache 17/3688 -

**Gegen das Zwei-Klassen-Internet –  
Netzneutralität in Europa dauerhaft gewährleisten**

## A. Problem

Zu Buchstabe a

Umsetzung der die europäischen Vorgaben novellierenden Änderungsrichtlinien "Bessere Regulierung" (2009/140/EG) und "Rechte der Bürger" (2009/136/EG): Stärkung von Wettbewerbsentwicklung und Netzausbau, Investitionsförderung zur Breitbandversorgung, weiterer schrittweiser Abbau der sektorspezifischen Regulierung; Vorgabe langfristiger Regulierungskonzepte und Verbesserung des bestehenden Infrastrukturatlas durch die Bundesnetzagentur, Flexibilisierung bei Funkfrequenzen, optionale Fristverlängerung zur Digitalisierung des Hörfunks, Regelungen zum Daten- und Verbraucherschutz, insbesondere Transparenz- und Qualitätsvorgaben unter Beachtung der Netzneutralität, Schutz der Grundrechte auf informationelle Selbstbestimmung und Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme, Vorgaben zum Notruf, rechtsförmliche Klarstellungen und Bereinigungen, Änderung von Regelungen über die Gerichts- und Beschlusskammerverfahren, Anpassungen an die novellierte Roaming-Verordnung.

Zu Buchstabe b

Aufnahme verbraucherschützender Regelungen in die angekündigte Novellierung des Telekommunikationsgesetzes betreffend Telefon-Warteschleifen, Anbieterwechsel, Tarife, Rufnummernmissbrauch, Ortungsdienste u. a.; weitere Gesetzesinitiativen zu unerlaubten Anrufern und Telefonwerbung, Bekämpfung von Kostenfallen im Internet u. a.; Vorziehen der Evaluation des Gesetzes zur Bekämpfung unerlaubter Telefonwerbung und zur Verbesserung des Verbraucherschutzes bei besonderen Vertriebsformen, Verbesserung der Durchsetzbarkeit von Verbraucherrechten.

Zu Buchstabe c

Unterstützung wirksamer Regelungen zur Netzneutralität im Rahmen der Beratungen zur TKG-Novelle, insbesondere grundsätzliche Gleichbehandlung und Diskriminierungsverbot für alle Datentransporte im Internet, Netzwerkmanagement als mögliche Ausnahme im Nutzerinteresse, Kontrolle, Sanktionierung, Festlegung von Mindestqualitätsstandards und jährliche Berichterstattung durch die Bundesnetzagentur, Informations-, Transparenz- und Qualitätsvorschriften, Sonderkündigungsrecht für Endkunden; Verankerung im supranationalen Recht; flächendeckender Breitbandausbau.

Zu Buchstabe d

Bedarfsgerechter Ausbau und Weiterentwicklung, konsequente Maßnahmen und Gesetzesinitiativen zur Umsetzung der Breitbandstrategie, europarechtskonforme Aufnahme als Universaldienst in das TKG, Ergänzung des Gesetzentwurfs zur Novellierung des TKG um Regelungen zu Regulierung, Investitionsrisiken, Infrastrukturen und Open Access, Entschädigungsleistungen gegenüber den Ländern infolge der Frequenzversteigerung, Durchführung eines Breitbandgipfels, Vorlage eines Berichts zum Breitbandausbau.

Zu Buchstabe e

Maßnahmen für umfassenden Verbraucherschutz im Telekommunikationsbereich: Preisobergrenzen und Preisansagepflicht für Festnetz und Mobilfunk, Kostenfreiheit und Zeitbegrenzung für Warteschleifen und Störungshotlines, verbrauchergerechte Vertragsbedingungen, Schutz vor Kostenfallen im Internet, Umstrukturierung der Bundesnetzagentur zum präventiven Marktwächter, Verbesserung der Rechtdurchsetzung und Erhöhung von Geldbußen, insbesondere bei unlauterer Telefonwerbung, Einhaltung der beworbenen Internet-Übertragungsgeschwindigkeiten.

Zu Buchstabe f

Vorlage von Gesetzentwürfen zur Verankerung der Netzneutralität im Telekommunikationsgesetz und Überwachung durch die Bundesnetzagentur; gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Internetnutzung für alle Teilnehmer, Priorisierungen von IP-Datenpaketen nur bei zeitkritischen Diensten und zur technischen Effizienzsteigerung, Unzulässigkeit von Überwachung und Manipulation des Datenverkehrs durch Netzbetreiber, zulässige Netzmanagementmaßnahmen, Gewährleistung beworbener Verfügbarkeiten und Geschwindigkeiten; rechtliche Regelungen auf EU-Ebene.

Zu Buchstabe g

Ausdehnung der Universaldienstverpflichtungen aus der EU-Universaldienststrichtlinie auf nationale Regelungen im Rahmen der TKG-Neufassung; Vorgabe der Mindestbandbreite von 6 Mbit/s im Universaldienstkatalog, Konkretisierung des Rechtsbegriffs des "funktionalen Internetzugangs" mit regelmäßiger Überprüfung und Anpassung des Mindestangebots; Einbeziehung von Breitband-Internet in den EU-Universaldienstkatalog.

Zu Buchstabe h

Gesetzliche Festschreibung der Netzneutralität auf europäischer Ebene, Integrierung in das Telekommunikationsgesetz, Durchsetzung durch die Bundesnetzagentur.

## **B. Lösung**

Zu Buchstabe a

Im Zuge der Ausschussberatungen wurden folgende wesentlichen Änderungen vorgenommen:

Alternative Infrastrukturen für den Breitbandausbau wurden eröffnet.

Für investierende Unternehmen in Breitbandnetze wurde Planungssicherheit durch die Vorhersehbarkeit von Regulierungsentscheidungen geschaffen; die Bundesnetzagentur wird künftig auf Antrag entsprechende Informationen (§ 15a TKG-E) ggf. auch bezogen auf bestimmte Regionen unter Berücksichtigung europäischer Vorgaben erteilen können.

Die umfangreichen Regelungen zum Anliegen zum Verbraucherschutz werden um eine Preisansageverpflichtung bei Call by Call Dienstleistungen (§ 66b TKG-E) ergänzt. Zusätzlich wird eine Regelung aufgenommen, wonach der Verbraucher die Bezahlfunktion bei Handys sperren (§ 45d TKG-E) lassen kann.

Grundsätzliche Bestimmungen zur Netzneutralität sollen durch eine Rechtsverordnung der Bundesregierung (§ 41a TKG-E) mit Beteiligung des Bundestages und des Bundesrates geregelt werden.

**Annahme des Gesetzentwurfs auf Drucksache 17/5707 in geänderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

Zu Buchstabe b

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/4875 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE.**

Zu Buchstabe c

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/5367 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

Zu Buchstabe d

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/5902 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

Zu Buchstabe e

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/5376 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD**

Zu Buchstabe f

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/4843 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.**

Zu Buchstabe g

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/6912 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

Zu Buchstabe h

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/3688 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

### **C. Alternativen**

Zu Buchstaben a bis h

Keine.

## D. Finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte

Zu Buchstabe a

Die europarechtlich bedingte Erweiterung der Befugnisse der Bundesnetzagentur zum Erlass von Rechtsverordnungen, die zusätzlichen Aufgaben im Bereich des Kundenschutzes und der Datensicherheit sowie die Maßnahmen zur Förderung des Infrastrukturausbaus werden bei der Bundesnetzagentur zusätzliche Personalkapazitäten in Höhe von insgesamt 8,5 Dienstposten des höheren und 23 Dienstposten des gehobenen Dienstes binden. Betroffen ist insbesondere der Bereich der Datensicherheit. Die europarechtlich vorgegebene Prüfung von Sicherheitskonzepten einzelner Unternehmen bindet zusätzliche Personalkapazitäten.

Ein kurzfristig zu realisierender Personalmehrbedarf folgt hieraus allerdings nicht. Im Rahmen einer Priorisierung und Umverteilung von Aufgaben werden die neuen Aufgabenbereiche kurzfristig zu bewältigen sein, zumal es sich zum Teil um Tätigkeiten handelt, die nicht unmittelbar mit Inkrafttreten des Gesetzes zu erledigen sind. Mittelfristig wird im Einzelfall zu prüfen sein, inwieweit zusätzlich Personal bereitgestellt werden muss. In diese Prüfung mit einzubeziehen ist aber eine kritische Bewertung der bestehenden Aufgaben- und Personalstruktur. Hierbei ist auch zu prüfen, inwieweit es sich um dauerhaft angelegte oder um zeitlich begrenzte Aufgabenbereiche handelt, die ggf. auch ohne zusätzliche Planstellen zu bewältigen sind.

Zu Buchstaben b - h

Keine.

## E. Sonstige Kosten

Zu Buchstabe a

Mit Blick auf die neuen, europarechtlich vorgegebenen Kundenschutzanforderungen (Transparenz- und Qualitätsvorgaben) ergeben sich keine unmittelbaren Auswirkungen aus dem Gesetz, da mögliche Umsetzungsmaßnahmen erst in den Verordnungen der Bundesnetzagentur erfolgen.

In Bezug auf die verbraucherrechtliche Bestimmung, dass Warteschleifen nach einer Übergangsfrist nicht mehr zu Lasten der Anrufer geschaltet werden dürfen, ergeben sich nach Angabe der Wirtschaftsverbände, deren Mitgliedsunternehmen diese Warteschleifen häufig eingesetzt haben, einmalige Investitionskosten, deren Höhe jedoch nicht beziffert werden kann.

Die neu gestalteten Regelungen zum Anbieterwechsel und der damit zusammenhängenden Rufnummernportierung werden die Anbieter von Telekommunikationsdiensten für die Öffentlichkeit und die Betreiber von Telekommunikationsnetzen ebenfalls zu einmaligen Investitionen veranlassen, deren Höhe nach Angaben der Spitzenverbände derzeit nicht beziffert werden kann.

Auswirkungen auf das allgemeine Preisniveau sind mit Blick auf das Gesamtvolumen des Telekommunikationsmarktes nicht zu erwarten.

Zu Buchstaben b bis h

Keine.

## F. Bürokratiekosten

Zu Buchstabe a

Der Entwurf führt 29 neue Informationspflichten im Sinne des Gesetzes zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates (NKR-Gesetz) für Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger ein. Die neuen Informationspflichten sind weitgehend europarechtlich vorgegeben.

Die Verbände der betroffenen Unternehmen wurden gebeten, hier zu erwartende jährliche Fallzahlen mitzuteilen. Aus den nicht von allen Verbänden übermittelten Daten zu branchenspezifischen Kosten für die Informationspflichten lässt sich keine Gesamtbelastung ermitteln. Eine solche Bewertung kann ggf. erst nach Inkrafttreten der gesetzlichen Regelung vorgenommen werden.

Zu Buchstaben b bis h

Keine.

elektronische Vorab-Fassung\*

\* Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Gesetzentwurf auf Drucksache 17/5707 in der aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen,
- b) den Antrag auf Drucksache 17/4875 abzulehnen,
- c) den Antrag auf Drucksache 17/5367 abzulehnen,
- d) den Antrag auf Drucksache 17/5902 abzulehnen,
- e) den Antrag auf Drucksache 17/5376 abzulehnen,
- f) den Antrag auf Drucksache 17/4843 abzulehnen,
- g) den Antrag auf Drucksache 17/6912 abzulehnen,
- h) den Antrag auf Drucksache 17/3688 abzulehnen.

elektronische Vorab-Fassung\*

\* Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.



Zusammenstellung  
des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Regelungen  
(BT-Drucksache 17/5707)  
mit den Beschlüssen des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

Gesetzentwurf	Änderung
Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:	Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:
<b>Artikel 1</b> <b>Zweites Gesetz zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes</b>	<b>Artikel 1</b> <b>Zweites Gesetz zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes</b>
Das Telekommunikationsgesetz vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190), das zuletzt durch ... [Artikel 3 des Entwurfes eines Gesetzes zur Neuregelung des Post- und Telekommunikationssicherstellungsrechts und zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Vorschriften, Bundestagsdrucksache 17/3306] geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Telekommunikationsgesetz vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
<p>1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Die Angabe zu § 2 wird wie folgt gefasst:  „§ 2 Regulierung, Ziele und Grundsätze“.</p> <p>b) Die Angabe zu § 9a wird wie folgt gefasst:  „§ 9a (weggefallen)“.</p> <p>c) Die Angabe zu § 14 wird wie folgt gefasst:  „§ 14 Überprüfung von Marktdefinition, Marktanalyse und Regulierungsverfügung“.</p> <p>d) Nach der Angabe zu § 15 wird folgende Angabe eingefügt:  „§ 15a Regulierungskonzepte“.</p> <p>e) Die Angaben zu den §§ 32 bis 34 werden durch die folgenden Angaben ersetzt:  „§ 32 Kosten der effizienten Leistungsbereitstellung  § 33 Price-Cap-Verfahren  § 34 Kostenunterlagen“.</p> <p>f) Die Angaben zu den §§ 40 und 41 werden durch die folgenden Angaben ersetzt:  „§ 40 Funktionelle Trennung  § 41 Freiwillige Trennung durch ein vertikal integriertes Unternehmen“.</p> <p>g) Nach der Angabe zu § 43a wird folgende Angabe eingefügt:  „§ 43b Vertragslaufzeit“.</p> <p>h) Die Angaben zu den §§ 45n bis 46 werden durch die folgenden Angaben ersetzt:  „§ 45n Transparenz und Veröffentlichung von Informationen  § 45o Dienstqualität und zusätzliche</p>	<p>1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:</p> <p>a) u n v e r ä n d e r t</p> <p>b) u n v e r ä n d e r t</p> <p>c) u n v e r ä n d e r t</p> <p>d) Nach der Angabe zu § 15 wird folgende Angabe eingefügt:  „§ 15a Regulierungskonzepte <b>und Antrag auf Auskunft über den Regulierungsrahmen für Netze der nächsten Generation</b>“.</p> <p>e) u n v e r ä n d e r t</p> <p>f) u n v e r ä n d e r t</p> <p>g) <b>Nach der Angabe zu § 41 wird folgende Angabe eingefügt:  „§ 41a Netzneutralität“.</b></p> <p>h) u n v e r ä n d e r t</p> <p>i) Die Angaben zu den §§ 45n <b>und</b> 46 werden durch die folgenden Angaben ersetzt:  „§ 45n Transparenz, Veröffentlichung von Informationen <b>und zusätzliche Dienstmerkmale zur Kostenkontrolle entfällt</b></p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p><i>Dienstmerkmale zur Kostenkontrolle</i></p> <p>§ 45p <i>Rufnummernmissbrauch</i></p> <p>§ 45q <i>Auskunftsanspruch über zusätzliche Leistungen</i></p> <p>§ 46 Anbieterwechsel und Umzug“.</p> <p>i) Die Angaben zu den §§ 53 und 54 werden durch die folgenden Angaben ersetzt: „§ 53 Frequenzzuweisung § 54 Frequenznutzung“.</p> <p>j) Die Angaben zu den §§ 57 bis 59 werden durch die folgenden Angaben ersetzt: „§ 57 Frequenzuteilung für Rundfunk, Luftfahrt, Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt und sicherheitsrelevante Funkanwendungen § 58 Gemeinsame Frequenznutzung, Erprobung innovativer Technologien, kurzfristig auftretender Frequenzbedarf § 59 (weggefallen)“.</p> <p>k) Die Angabe zu § 62 wird wie folgt gefasst: „§ 62 Flexibilisierung“.</p> <p>l) Die Angaben zu den §§ 66g bis 66l werden durch die folgenden Angaben ersetzt: „§ 66g Warteschleifen § 66h Wegfall des Entgeltanspruchs § 66i Auskunftsanspruch, Datenbank für (0)900er-Rufnummern § 66j R-Gespräche § 66k Rufnummernübermittlung § 66l Internationaler entgeltfreier Telefondienst § 66m Umgehungsverbot“.</p> <p>m) Nach der Angabe zu § 77 wird folgende Angabe eingefügt: „§ 77a Gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen“.</p> <p>n) Die Angabe zu § 90 wird wie folgt gefasst: „§ 90 Missbrauch von Sende- oder sonstigen Telekommunikationsanlagen“.</p> <p>o) Die Angabe zu § 92 wird wie folgt gefasst: „§ 92 (weggefallen)“.</p> <p>p) Nach der Angabe zu § 109 wird folgende Angabe eingefügt: „§ 109a Datensicherheit“.</p> <p>q) Die Angabe zu § 123 wird wie folgt gefasst: „§ 123 Zusammenarbeit mit anderen Be-</p>	<p><b>entfällt</b></p> <p><b>entfällt</b></p> <p>u n v e r ä n d e r t</p> <p><b>j) u n v e r ä n d e r t</b></p> <p><b>k) u n v e r ä n d e r t</b></p> <p><b>l) u n v e r ä n d e r t</b></p> <p><b>m) u n v e r ä n d e r t</b></p> <p><b>n) Die Angabe zu § 76 wird wie folgt gefasst: „§ 76 Beeinträchtigung von Grundstücken und Gebäuden“.</b></p> <p><b>o) Nach der Angabe zu § 77 werden folgende Angaben eingefügt: „§ 77a Gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen durch Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze § 77b Alternative Infrastrukturen § 77c Mitnutzung von Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes § 77d Mitnutzung von Bundeswasserstraßen § 77e Mitnutzung von Eisenbahninfrastruktur“.</b></p> <p><b>p) u n v e r ä n d e r t</b></p> <p><b>q) u n v e r ä n d e r t</b></p> <p><b>r) u n v e r ä n d e r t</b></p> <p><b>s) u n v e r ä n d e r t</b></p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>hören auf nationaler Ebene“.</p> <p>r) Nach der Angabe zu § 123 werden folgende Angaben eingefügt:          „§ 123a Zusammenarbeit mit anderen Behörden auf der Ebene der Europäischen Union          § 123b Bereitstellung von Informationen“.</p> <p>s) Nach der Angabe zu § 138 wird folgende Angabe eingefügt:          „§ 138a Informationssystem zu eingelegten Rechtsbehelfen“.</p>	<p>t) un verändert</p> <p>u) un verändert</p>
<p>2. § 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:          „§ 2          Regulierung, Ziele und Grundsätze“.</p> <p>b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Nummer 1 wird nach dem Wort „Fernmeldegeheimnisses“ das Komma durch einen Punkt ersetzt und werden folgende Sätze angefügt:          „Die Bundesnetzagentur fördert die Möglichkeit der Endnutzer, Informationen abzurufen und zu verbreiten oder Anwendungen und Dienste ihrer Wahl zu nutzen. Die Bundesnetzagentur berücksichtigt die Bedürfnisse bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, insbesondere von behinderten Nutzern, älteren Menschen und Personen mit besonderen sozialen Bedürfnissen,“.</p> <p>bb) In Nummer 2 wird nach dem Wort „Fläche“ das Komma durch einen Punkt ersetzt und werden folgende Sätze angefügt:          „Die Bundesnetzagentur stellt insoweit auch sicher, dass für die Nutzer, einschließlich behinderter Nutzer, älterer Menschen und Personen mit besonderen sozialen Bedürfnissen, der größtmögliche Nutzen in Bezug auf Auswahl, Preise und Qualität erbracht wird. Sie gewährleistet, dass es im Bereich der Telekommunikation, einschließlich der Bereitstellung von Inhalten, keine Wettbewerbsverzerrungen oder -beschränkungen gibt,“.</p> <p>cc) Nummer 3 wird aufgehoben.</p> <p>dd) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 3.</p> <p>ee) Die bisherige Nummer 5 wird Nummer 4 und wie folgt gefasst:          „die Sicherstellung einer flächendeckenden gleichartigen Grundversorgung in städtischen und ländlichen Räumen mit Telekommunikations-</p>	<p>2. § 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) un verändert</p> <p>b) un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>diensten (Universaldienstleistungen) zu erschwinglichen Preisen,“.</p> <p>ff) Nach Nummer 4 wird folgende Nummer 5 eingefügt: „die Beschleunigung des Ausbaus von hochleistungsfähigen öffentlichen Telekommunikationsnetzen der nächsten Generation,“.</p> <p>c) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt: „(3) Die Bundesnetzagentur wendet bei der Verfolgung der in Absatz 2 festgelegten Ziele objektive, transparente, nicht diskriminierende und verhältnismäßige Regulierungsgrundsätze an, indem sie unter anderem</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Vorhersehbarkeit der Regulierung dadurch fördert, dass sie über angemessene Überprüfungszeiträume ein einheitliches Regulierungskonzept beibehält,</li> <li>2. gewährleistet, dass Betreiber von Telekommunikationsnetzen und Anbieter von Telekommunikationsdiensten unter vergleichbaren Umständen nicht diskriminiert werden,</li> <li>3. den Wettbewerb zum Nutzen der Verbraucher schützt und, soweit sachgerecht, den infrastrukturbasierten Wettbewerb fördert,</li> <li>4. effiziente Investitionen und Innovationen im Bereich neuer und verbesserter Infrastrukturen auch dadurch fördert, dass sie dafür sorgt, dass bei jeglicher Zugangsverpflichtung dem Risiko der investierenden Unternehmen gebührend Rechnung getragen wird, und dass sie verschiedene Kooperationsvereinbarungen zur Aufteilung des Investitionsrisikos zwischen Investoren und Zugangsbegehrenden zulässt, während sie gleichzeitig gewährleistet, dass der Wettbewerb auf dem Markt und der Grundsatz der Nichtdiskriminierung gewahrt werden,</li> <li>5. die vielfältigen Bedingungen im Zusammenhang mit Wettbewerb und Verbrauchern, die in den verschiedenen geographischen Gebieten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland herrschen, gebührend berücksichtigt und</li> <li>6. regulatorische Vorabverpflichtungen nur dann auferlegt, wenn es keinen wirksamen und nachhaltigen Wettbewerb gibt, und diese Verpflichtungen lockert oder aufhebt, sobald es einen solchen Wettbewerb gibt.“</li> </ol> <p>d) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden die Absätze 4 und 5.</p> <p>e) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6 und Satz 1 wird wie folgt gefasst:</p>	<p>c) un verändert</p> <p>d) un verändert</p> <p>e) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6.</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>„(6) Die Belange des Rundfunks und vergleichbarer Telemedien sind, soweit möglich, zu wahren.“</p>	
<p>3. § 3 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Nummer 1 werden das Wort „Telefondienst“ durch das Wort „Telekommunikationsdienst“ und das Wort „Echtzeitkommunikation“ durch das Wort „Sprachkommunikation“ ersetzt.</p> <p>b) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:          2. „Anwendungs-Programmierschnittstelle“ die Software-Schnittstelle zwischen Anwendungen, die von Sendeanstalten oder Diensteanbietern zur Verfügung gestellt werden, und den Anschlüssen in den erweiterten digitalen Fernsehempfangsgeräten für digitale Fernseh- und Rundfunkdienste;“.</p> <p>c) In Nummer 2a wird Satz 2 wie folgt gefasst:          „Die Weitervermittlung zu einem erfragten Teilnehmer oder Dienst kann Bestandteil des Auskunftsdienstes sein;“.</p> <p>d) In Nummer 4 werden die Wörter „§ 11 Abs. 1 Satz 3 bis 5“ durch die Wörter „§ 11 Absatz 1 Satz 3 und 4“ ersetzt.</p> <p>e) Nach Nummer 4 werden die folgenden Nummern 4a und 4b eingefügt:          4a. „Betreiberauswahl“ der Zugang eines Teilnehmers zu den Diensten aller unmittelbar zusammengeschalteten Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten im Einzelwahlverfahren durch Wählen einer Kennzahl;          4b. „Betreibervorauswahl“ der Zugang eines Teilnehmers zu den Diensten aller unmittelbar zusammengeschalteten Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten durch festgelegte Vorauswahl, wobei der Teilnehmer unterschiedliche Voreinstellungen für Orts- und Fernverbindungen vornehmen kann und bei jedem Anruf die festgelegte Vorauswahl durch Wählen einer Betreiberkennzahl übergehen kann;“.</p> <p>f) Nach Nummer 7 wird folgende Nummer 7a eingefügt:          7a. „Einzelrichtlinien“          a) die Richtlinie 2002/20/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über die Genehmigung elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste (Genehmigungsrichtlinie) (ABl. L 108 vom 24.04.2002, S. 21), die zuletzt durch die Richtlinie 2009/140/EG</p>	<p>3. § 3 wird wie folgt gefasst:</p> <p>a) un verändert</p> <p>b) un verändert</p> <p>c) un verändert</p> <p>d) un verändert</p> <p>e) un verändert</p> <p>f) un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>(ABl. L 337 vom 18.12.2009, S. 37) geändert worden ist;</p> <p>b) die Richtlinie 2002/19/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über den Zugang zu elektronischen Kommunikationsnetzen und zugehörigen Einrichtungen sowie deren Zusammenschaltung (Zugangsrichtlinie) (ABl. L 108 vom 24.04.2002, S. 7), die zuletzt durch die Richtlinie 2009/140/EG (ABl. L 337 vom 18.12.2009, S. 37) geändert worden ist;</p> <p>c) die Richtlinie 2002/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über den Universaldienst und Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten (Universaldienstrichtlinie) (ABl. L 108 vom 24.04.2002, S. 51), die zuletzt durch die Richtlinie 2009/136/EG (ABl. L 337 vom 18.12.2009, S. 11) geändert worden ist, und</p> <p>d) die Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation) (ABl. L 201 vom 31.07.2002, S. 37), die zuletzt durch die Richtlinie 2009/136/EG (ABl. L 337 vom 18.12.2009, S. 11) geändert worden ist;‘.</p> <p>g) Nummer 8 wird wie folgt gefasst:  ,8. „Endnutzer“ ein Nutzer, der weder öffentliche Telekommunikationsnetze betreibt noch öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt;‘.</p> <p>h) Nummer 9 wird wie folgt geändert:  aa) In Satz 1 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.  bb) Satz 2 wird aufgehoben.</p> <p>i) Nach Nummer 9 werden die folgenden Nummern 9a bis 9c eingefügt:  ,9a. „Frequenzzuweisung“ die Benennung eines bestimmten Frequenzbereichs für die Nutzung durch einen oder mehrere Funkdienste oder durch andere Anwendungen elektromagnetischer Wellen, falls erforderlich mit weiteren Festlegungen;  9b. „gemeinsamer Zugang zum Teilnehmeranschluss“ die Bereitstellung des Zu-</p>	<p>g) u n v e r ä n d e r t</p> <p>h) u n v e r ä n d e r t</p> <p>i) u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>gangs zum Teilnehmeranschluss oder zum Teilabschnitt in der Weise, dass die Nutzung eines bestimmten Teils der Kapazität der Netzinfrastruktur, wie etwa eines Teils der Frequenz oder Gleichwertiges, ermöglicht wird;</p> <p>9c. „GEREK“ das Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation;‘</p> <p>j) Nach Nummer 12 wird folgende Nummer 12a eingefügt:  ,12a. „Netzabschlusspunkt“ der physische Punkt, an dem einem Teilnehmer der Zugang zu einem Telekommunikationsnetz bereitgestellt wird; in Netzen, in denen eine Vermittlung oder Leitwegbestimmung erfolgt, wird der Netzabschlusspunkt anhand einer bestimmten Netzadresse bezeichnet, die mit der Nummer oder dem Namen eines Teilnehmers verknüpft sein kann;‘</p> <p>k) Die bisherige Nummer 12a wird Nummer 12b.</p> <p>l) Nummer 14 wird wie folgt gefasst:  ,14. „Nutzer“ jede natürliche oder juristische Person, die einen öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienst für private oder geschäftliche Zwecke in Anspruch nimmt oder beantragt, ohne notwendigerweise Teilnehmer zu sein;‘</p> <p>m) Nach Nummer 16 wird folgende Nummer 16a eingefügt:  ,16a. „öffentliches Telekommunikationsnetz“ ein Telekommunikationsnetz, das ganz oder überwiegend der Bereitstellung öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste dient, die die Übertragung von Informationen zwischen Netzabschlusspunkten ermöglichen;‘</p> <p>n) Nummer 17 wird wie folgt gefasst:  ,17. „öffentlich zugänglicher Telefondienst“ ein der Öffentlichkeit zur Verfügung stehender Dienst, der direkt oder indirekt über eine oder mehrere Nummern eines nationalen oder internationalen Telefonnummernplans oder eines anderen Adressierungsschemas das Führen folgender Gespräche ermöglicht:  a) aus- und eingehende Inlandsgespräche oder  b) aus- und eingehende Inlands- und Auslandsgespräche.‘</p> <p>o) Nach Nummer 17 wird folgende Nummer 17a eingefügt:  ,17a. „öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste“ der Öffentlichkeit zur</p>	<p>j) un verändert</p> <p>k) un verändert</p> <p>l) un verändert</p> <p>m) un verändert</p> <p>n) un verändert</p> <p>o) un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>Verfügung stehende Telekommunikationsdienste;‘.</p> <p>p) Die bisherige Nummer 17a wird Nummer 17b.</p> <p>q) In Nummer 18 wird das Wort „öffentlichen“ durch die Wörter „öffentlich zugänglichen“ ersetzt.</p> <p>r) In Nummer 19 werden nach dem Wort „Telekommunikationsnetz“ die Wörter „oder von einem Telekommunikationsdienst“ eingefügt und die Wörter „Telekommunikationsdienstes für die Öffentlichkeit“ durch die Wörter „öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienstes“ ersetzt.</p> <p>s) Nach Nummer 19 wird folgende Nummer 19a eingefügt:  ,19a. „Teilabschnitt“ eine Teilkomponente des Teilnehmeranschlusses, die den Netzabschlusspunkt am Standort des Teilnehmers mit einem Konzentrationspunkt oder einem festgelegten zwischengeschalteten Zugangspunkt des öffentlichen Festnetzes verbindet;‘.</p> <p>t) In Nummer 20 werden vor dem Wort „Telekommunikationsdiensten“ die Wörter „öffentlich zugänglichen“ eingefügt.</p> <p>u) In Nummer 27 werden nach dem Wort „Ressourcen,“ die Wörter „einschließlich der nicht aktiven Netzbestandteile,“ eingefügt und die Wörter „festen und mobilen terrestrischen Netzen“ durch die Wörter „festen, leitungs- und paketvermittelten Netzen, einschließlich des Internets, und mobilen terrestrischen Netzen“ ersetzt.</p>	<p>p) un verändert</p> <p>q) un verändert</p> <p>r) un verändert</p> <p>s) un verändert</p> <p>t) un verändert</p> <p>u) un verändert</p>
<p>v) Nach Nummer 30 werden die folgenden Nummern 30a bis 30c eingefügt:  ,30a. „Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten“ eine Verletzung der Datensicherheit, die zum Verlust, zur unrechtmäßigen Löschung, Veränderung, Speicherung, Weitergabe oder sonstigen unrechtmäßigen Verwendung personenbezogener Daten führt, die übertragen, gespeichert oder auf andere Weise im Zusammenhang mit der Bereitstellung öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste verarbeitet werden, sowie der unrechtmäßige Zugang zu diesen;</p> <p>30b. „vollständig entbundelter Zugang zum Teilnehmeranschluss“ die Bereitstellung des Zugangs zum Teilnehmeranschluss oder zum Teilabschnitt in der Weise, dass die Nutzung der gesamten Kapazität der Netzinfrastruktur ermöglicht wird;</p> <p>30c. „Warteschleife“ jede vom Nutzer eines</p>	<p>v) Nach Nummer 30 werden die folgenden Nummern 30a bis 30c eingefügt:  ,30a. un verändert</p> <p>30b. un verändert</p> <p>30c. „Warteschleife“ jede vom Nutzer eines</p>



Gesetzentwurf	Änderung
<p>Telekommunikationsdienstes eingesetzte Vorrichtung oder Geschäftspraxis, über die Anrufe entgegengenommen oder aufrechterhalten werden, ohne dass das Anliegen des Anrufers bearbeitet wird. Dies umfasst die Zeitspanne <i>vom Zustandekommen der Verbindung mit dem Anschluss des Angerufenen</i> bis zu dem Zeitpunkt, an dem mit der Bearbeitung des Anliegens des Anrufers begonnen wird, gleichgültig, ob dies über einen automatisierten Dialog oder durch eine persönliche Bearbeitung erfolgt. Ein automatisierter Dialog beginnt, sobald automatisiert Informationen abgefragt werden, die für die Bearbeitung des Anliegens erforderlich sind. Eine persönliche Bearbeitung des Anliegens beginnt, sobald eine natürliche Person den Anruf entgegennimmt und bearbeitet. Hierzu zählt auch die Abfrage von Informationen, die für die Bearbeitung des Anliegens erforderlich sind. Als Warteschleife ist ferner die Zeitspanne anzusehen, die anlässlich einer <i>Weitervermittlung</i> zwischen Beendigung der vorhergehenden Bearbeitung des Anliegens und der weiteren Bearbeitung vergeht, ohne dass der Anruf technisch unterbrochen wird, <i>wenn diese Zeitspanne 30 Sekunden überschreitet</i>. Keine Warteschleife sind automatische Bandansagen, wenn die Dienstleistung für den Anrufer vor Herstellung der Verbindung erkennbar ausschließlich in einer Bandansage besteht;‘.</p>	<p>Telekommunikationsdienstes eingesetzte Vorrichtung oder Geschäftspraxis, über die Anrufe entgegengenommen oder aufrechterhalten werden, ohne dass das Anliegen des Anrufers bearbeitet wird. Dies umfasst die Zeitspanne <b>ab Rufaufbau vom Anschluss des Anrufers</b> bis zu dem Zeitpunkt, an dem mit der Bearbeitung des Anliegens des Anrufers begonnen wird, gleichgültig ob dies über einen automatisierten Dialog oder durch eine persönliche Bearbeitung erfolgt. Ein automatisierter Dialog beginnt, sobald automatisiert Informationen abgefragt werden, die für die Bearbeitung des Anliegens erforderlich sind. Eine persönliche Bearbeitung des Anliegens beginnt, sobald eine natürliche Person den Anruf entgegennimmt und bearbeitet. Hierzu zählt auch die Abfrage von Informationen, die für die Bearbeitung des Anliegens erforderlich sind. Als Warteschleife ist ferner die Zeitspanne anzusehen, die anlässlich einer <b>Weiterleitung</b> zwischen Beendigung der vorhergehenden Bearbeitung des Anliegens und der weiteren Bearbeitung vergeht, ohne dass der Anruf technisch unterbrochen wird. Keine Warteschleife sind automatische Bandansagen, wenn die Dienstleistung für den Anrufer vor Herstellung der Verbindung erkennbar ausschließlich in einer Bandansage besteht;‘.</p>
<p>w) In Nummer 31 werden die Wörter „§ 11 Abs. 1 Satz 3 bis 5“ durch die Wörter „§ 11 Absatz 1 Satz 3 und 4“ ersetzt.</p> <p>x) Nummer 32 wird wie folgt gefasst:  ,32. „Zugang“ die Bereitstellung von Einrichtungen oder Diensten für ein anderes Unternehmen unter bestimmten Bedingungen zum Zwecke der Erbringung von Telekommunikationsdiensten, auch bei deren Verwendung zur Erbringung von Diensten der Informationsgesellschaft oder Rundfunkinhaltdiensten. Dies umfasst unter anderem Folgendes:  a) Zugang zu Netzkomponenten, einschließlich nicht aktiver Netzkomponenten, und zugehörigen Einrichtungen, wozu auch der feste oder nicht feste Anschluss von Geräten</p>	<p>w) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>x) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>gehören kann. Dies beinhaltet insbesondere den Zugang zum Teilnehmeranschluss sowie zu Einrichtungen und Diensten, die erforderlich sind, um Dienste über den Teilnehmeranschluss zu erbringen, einschließlich des Zugangs zur Anschaltung und Ermöglichung des Anbieterwechsels des Teilnehmers und zu hierfür notwendigen Informationen und Daten und zur Entstörung;</p> <p>b) Zugang zu physischen Infrastrukturen wie Gebäuden, Leitungsrohren und Masten;</p> <p>c) Zugang zu einschlägigen Softwaresystemen, einschließlich Systemen für die Betriebsunterstützung;</p> <p>d) Zugang zu informationstechnischen Systemen oder Datenbanken für Vorbestellung, Bereitstellung, Auftragserteilung, Anforderung von Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten sowie Abrechnung;</p> <p>e) Zugang zur Nummernumsetzung oder zu Systemen, die eine gleichwertige Funktion bieten;</p> <p>f) Zugang zu Fest- und Mobilfunknetzen, insbesondere, um Roaming zu ermöglichen;</p> <p>g) Zugang zu Zugangsberechtigungssystemen für Digitalfernsehdienste und</p> <p>h) Zugang zu Diensten für virtuelle Netze;‘.</p> <p>y) Nach Nummer 33 werden die folgenden Nummern 33a und 33b eingefügt:</p> <p>33a. „zugehörige Dienste“ diejenigen mit einem Telekommunikationsnetz oder einem Telekommunikationsdienst verbundenen Dienste, welche die Bereitstellung von Diensten über dieses Netz oder diesen Dienst ermöglichen, unterstützen oder dazu in der Lage sind. Darunter fallen unter anderem Systeme zur Nummernumsetzung oder Systeme, die eine gleichwertige Funktion bieten, Zugangsberechtigungssysteme und elektronische Programmführer sowie andere Dienste wie Dienste im Zusammenhang mit Identität, Standort und Präsenz des Nutzers;</p> <p>33b. „zugehörige Einrichtungen“ diejenigen mit einem Telekommunikationsnetz oder einem Telekommunikationsdienst verbundenen zugehörigen Dienste, physischen Infrastrukturen und sonsti-</p>	<p>y) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>gen Einrichtungen und Komponenten, welche die Bereitstellung von Diensten über dieses Netz oder diesen Dienst ermöglichen, unterstützen oder dazu in der Lage sind. Darunter fallen unter anderem Gebäude, Gebäudezugänge, Verkabelungen in Gebäuden, Antennen, Türme und andere Trägerstrukturen, Leitungsrohre, Leerrohre, Masten, Einstiegsschächte und Verteilerkästen;‘.</p>	
<p>4. In § 4 werden die Wörter „Telekommunikationsdiensten für die Öffentlichkeit“ durch die Wörter „öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten“ ersetzt und wird das Wort „Europäischen“ gestrichen.</p>	<p>4. un verändert</p>
<p>5. § 10 wird wie folgt geändert:  a) In Absatz 1 werden die Wörter „erstmals unverzüglich nach Inkrafttreten des Gesetzes“ durch die Wörter „unter Berücksichtigung der Ziele des § 2“ ersetzt.  b) In Absatz 2 Satz 3 wird die Angabe „(ABl. EG Nr. L 108 S. 33)“ durch die Wörter „(ABl. L 108 vom 24.04.2002, S. 33), die zuletzt durch die Richtlinie 2009/140/EG (ABl. L 337 vom 18.12.2009, S. 37) geändert worden ist, veröffentlicht, in ihrer jeweils geltenden Fassung sowie die Leitlinien zur Marktanalyse und zur Bewertung beträchtlicher Marktmacht, die die Kommission nach Artikel 15 Absatz 2 der Richtlinie 2002/21/EG“ ersetzt.</p>	<p>5. un verändert</p>
<p>6. § 11 wird wie folgt geändert:  a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:  aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:  „Bei den nach § 10 festgelegten, für eine Regulierung nach diesem Teil in Betracht kommenden Märkten prüft die Bundesnetzagentur, ob auf dem untersuchten Markt wirksamer Wettbewerb besteht.“  bb) Satz 4 wird wie folgt gefasst:  „Verfügt ein Unternehmen auf einem relevanten Markt, dem ersten Markt, über beträchtliche Marktmacht, so kann es auch auf einem benachbarten, nach § 10 Absatz 2 bestimmten relevanten Markt, dem zweiten Markt, als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht benannt werden, wenn die Verbindungen zwischen beiden Märkten es gestatten, die Marktmacht von</p>	<p>6. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>dem ersten auf den zweiten Markt zu übertragen und damit die gesamte Marktmacht des Unternehmens zu verstärken.“</p> <p>b) In Absatz 2 werden die Wörter „des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste (Rahmenrichtlinie) (ABl. EG Nr. L 108 S. 33)“ gestrichen.</p> <p>c) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:          „(3) Die Bundesnetzagentur berücksichtigt bei der Marktanalyse nach den Absätzen 1 und 2 weitestgehend die von der Kommission aufgestellten Kriterien, die niedergelegt sind in den Leitlinien der Kommission zur Marktanalyse und zur Bewertung beträchtlicher Marktmacht nach Artikel 15 Absatz 2 der Richtlinie 2002/21/EG in der jeweils geltenden Fassung. Die Bundesnetzagentur trägt im Rahmen der Marktanalyse nach Absatz 1 zudem den Märkten Rechnung, die die Kommission in der jeweils geltenden Fassung der Empfehlung in Bezug auf relevante Produkt- und Dienstmärkte nach Artikel 15 Absatz 1 der Richtlinie 2002/21/EG festlegt.“</p> <p>d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.</p>	
<p>7. § 12 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 2 wird das Wort „Anhörungsverfahren“ durch das Wort „Konsultationsverfahren“ ersetzt.</p> <p>bb) In Satz 4 wird das Wort „Anhörungen“ durch das Wort „Konsultationen“ ersetzt.</p> <p>b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In dem Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „§ 11 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 11 Absatz 4“ ersetzt und werden nach dem Wort „vorsehen“ die Wörter „und keine Ausnahme nach einer Empfehlung oder Leitlinien vorliegt, die die Kommission nach Artikel 7b der Richtlinie 2002/21/EG erlässt“ eingefügt.</p> <p>bb) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:          „1. Nach Durchführung des Verfahrens nach Absatz 1 stellt die Bundesnetzagentur den Entwurf der Ergebnisse nach den §§ 10 und 11 zusammen mit einer Begründung gleichzeitig der Kommission, dem GEREK und den nationalen Regulierungsbehörden der anderen Mitgliedstaaten zur Verfügung und un-</p>	<p>7. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>terrichtet die Kommission, das GEREK und die übrigen nationalen Regulierungsbehörden hiervon. § 123b Absatz 3 und 4 gilt entsprechend. Vor Ablauf eines Monats darf die Bundesnetzagentur Ergebnisse nach den §§ 10 und 11 nicht festlegen.“</p> <p>cc) In Nummer 2 Satz 1 werden vor dem Wort „und“ die Wörter „ , des GEREK“ eingefügt.</p> <p>dd) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:          „3. Beinhaltet ein Entwurf nach den §§ 10 und 11</p> <p>a) die Festlegung eines relevanten Marktes, der sich von jenen Märkten unterscheidet, die definiert sind in der jeweils geltenden Fassung der Empfehlung in Bezug auf relevante Produkt- und Dienstmärkte, die die Kommission nach Artikel 15 Absatz 1 der Richtlinie 2002/21/EG veröffentlicht, oder</p> <p>b) die Festlegung, inwieweit ein oder mehrere Unternehmen auf diesem Markt über beträchtliche Marktmacht verfügen, und erklärt die Kommission innerhalb der Frist nach Nummer 1 Satz 3, der Entwurf schaffe ein Hemmnis für den Binnenmarkt oder sie habe ernsthafte Zweifel an der Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und insbesondere den Zielen des Artikels 8 der Richtlinie 2002/21/EG, hat die Bundesnetzagentur die Festlegung der entsprechenden Ergebnisse um zwei weitere Monate aufzuschieben. Beschließt die Kommission innerhalb dieses Zeitraums die Bundesnetzagentur aufzufordern, den Entwurf zurückzuziehen, so ändert die Bundesnetzagentur den Entwurf innerhalb von sechs Monaten ab dem Datum des Erlasses der Entscheidung der Kommission oder zieht ihn zurück. Ändert die Bundesnetzagentur den Entwurf, so führt sie hierzu das Konsultationsverfahren nach Absatz 1 durch und legt der Kommission den geänderten Entwurf nach Nummer 1 vor. Zieht die Bundesnetzagentur den Entwurf zurück, so unterrichtet sie das Bundesministerium für Wirtschaft und Technolo-</p>	<p style="text-align: center; color: lightblue; font-size: 2em; opacity: 0.5;">Vorab-Fassung*</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>gie über die Entscheidung der Kommission.“</p> <p>ee) Nach Nummer 3 wird folgende Nummer 4 angefügt:          „4. Die Bundesnetzagentur übermittelt der Kommission und dem GEREK alle angenommenen endgültigen Maßnahmen, die unter § 10 Absatz 3 und § 11 Absatz 4 fallen.“</p> <p>ff) Die bisherige Nummer 4 wird Absatz 3 und wird wie folgt geändert:</p> <p>aaa) In Satz 1 werden die Wörter „Absatz 1 und den Nummern 1 bis 3“ durch die Wörter „den Absätzen 1 und 2“ ersetzt.</p> <p>bbb) In Satz 2 wird nach dem Wort „Kommission“ die Angabe „, dem GEREK“ eingefügt.</p> <p>ccc) In Satz 3 werden die Wörter „des Absatzes 1 und der Nummern 1 bis 3“ durch die Wörter „der Absätze 1 und 2“ ersetzt.</p>	
<p>8. § 13 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) Satz 1 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:          „Soweit die Bundesnetzagentur auf Grund einer Marktanalyse nach § 11 Verpflichtungen nach den §§ 19, 20, 21, 23, 24, 30, 39 oder § 42 Absatz 4 Satz 3 auferlegt, ändert, beibehält oder widerruft (Regulierungsverfügung), gilt das Verfahren nach § 12 Absatz 1 und 3 entsprechend, sofern die Maßnahme beträchtliche Auswirkungen auf den betreffenden Markt hat. Das Verfahren nach § 12 Absatz 2 Nummer 1, 2 und 4 sowie Absatz 3 gilt entsprechend, sofern die Maßnahme Auswirkungen auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten hat und keine Ausnahme nach einer Empfehlung oder Leitlinien vorliegt, die die Kommission nach Artikel 7b der Richtlinie 2002/21/EG erlässt.“</p> <p>bb) In dem neuen Satz 4 wird die Angabe „Satz 1“ durch die Wörter „den Sätzen 1 und 2“ ersetzt.</p> <p>cc) In dem neuen Satz 5 werden die Wörter „Sätze 1 und 2“ durch die Wörter „Sätze 1 bis 3“ ersetzt.</p> <p>b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:          „(2) Im Falle des § 11 Absatz 1 Satz 4 können Abhilfemaßnahmen nach den §§ 19, 20, 21, 23, 24, 30, 39 und 42 Absatz 4 Satz 3 auf</p>	<p>8. u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>dem zweiten Markt nur getroffen werden, um die Übertragung der Marktmacht zu unterbinden.“</p> <p>c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 2 wird die Angabe „§ 12 Abs. 1, 2 Nr. 1, 2 und 4“ durch die Wörter „§ 12 Absatz 1 und 3“ ersetzt.</p> <p>bb) Folgender Satz wird angefügt:          „Das Verfahren nach § 12 Absatz 2 Nummer 1, 2 und 4 sowie Absatz 3 gilt entsprechend, sofern keine Ausnahme nach einer Empfehlung oder Leitlinien vorliegt, die die Kommission nach Artikel 7b der Richtlinie 2002/21/EG erlässt.“</p> <p>d) Nach dem neuen Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:          „(4) Teilt die Kommission innerhalb der Frist nach § 12 Absatz 2 Nummer 1 Satz 3 der Bundesnetzagentur und dem GEREK mit, warum sie der Auffassung ist, dass der Entwurf einer Maßnahme nach den Absätzen 1 bis 3, der nicht lediglich die Beibehaltung einer Verpflichtung beinhaltet, ein Hemmnis für den Binnenmarkt darstelle, oder warum sie erhebliche Zweifel an dessen Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union hat, so gilt folgendes Verfahren:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Vor Ablauf von drei weiteren Monaten nach der Mitteilung der Kommission darf die Bundesnetzagentur den Entwurf der Maßnahme nicht annehmen. Die Bundesnetzagentur kann den Entwurf jedoch in jeder Phase des Verfahrens nach diesem Absatz zurückziehen.</li> <li>2. Innerhalb der Dreimonatsfrist nach Nummer 1 arbeitet die Bundesnetzagentur eng mit der Kommission und dem GEREK zusammen, um die am besten geeignete und wirksamste Maßnahme im Hinblick auf die Ziele des § 2 zu ermitteln. Dabei berücksichtigt sie die Ansichten der Marktteilnehmer und die Notwendigkeit, eine einheitliche Regulierungspraxis zu entwickeln.</li> <li>3. Gibt das GEREK innerhalb von sechs Wochen nach Beginn der Dreimonatsfrist nach Nummer 1 eine von der Mehrheit der ihm angehörenden Mitglieder angenommene Stellungnahme zu der Mitteilung der Kommission ab, in der es die ernststen Bedenken der Kommission teilt, so kann die Bundesnetzagentur den Entwurf der Maßnahme vor Ablauf der Dreimonatsfrist nach Nummer 1 unter Berücksichtigung der Mitteilung der Kommission und der</li> </ol>	<p style="text-align: center; color: lightblue; font-size: 2em; opacity: 0.5;">Vorab-Fassung*</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>Stellungnahme des GEREK ändern und dadurch den geänderten Maßnahmenentwurf zum Gegenstand der weiteren Prüfung durch die Kommission machen.</p> <p>4. Nach Ablauf der Dreimonatsfrist nach Nummer 1 gibt die Bundesnetzagentur der Kommission die Gelegenheit, innerhalb eines weiteren Monats eine Empfehlung abzugeben.</p> <p>5. Innerhalb eines Monats, nachdem die Kommission gegenüber der Bundesnetzagentur eine Empfehlung nach Nummer 4 ausgesprochen oder ihre Vorbehalte zurückgezogen hat, teilt die Bundesnetzagentur der Kommission und dem GEREK mit, mit welchem Inhalt sie die Maßnahme erlassen hat oder ob sie den Entwurf der Maßnahme zurückgezogen hat. Beschließt die Bundesnetzagentur, der Empfehlung der Kommission nicht zu folgen, so begründet sie dies. Ist nach den Absätzen 1 und 3 oder nach § 15 erneut ein Konsultationsverfahren nach § 12 Absatz 1 durchzuführen, so verlängert sich die Frist nach Satz 1 entsprechend.</p> <p>6. Ist die Einmonatsfrist nach Nummer 4 verstrichen, ohne dass die Kommission gegenüber der Bundesnetzagentur eine Empfehlung nach Nummer 4 ausgesprochen oder ihre Vorbehalte zurückgezogen hat, gilt das in Nummer 5 geregelte Verfahren entsprechend.“</p> <p>e) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 5 und die Angabe „§§ 18, 19, 20, 21, 24, 30, 39, 40, 41 Abs. 1“ wird durch die Angabe „§§ 19, 20, 21, 23, 24, 30, 39“ ersetzt.</p>	
<p>9. § 14 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:</p> <p>„§ 14 Überprüfung von Marktdefinition, Marktanalyse und Regulierungsverfügung“.</p> <p>b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 werden die Wörter „oder hat sich die Empfehlung nach Artikel 15 Abs. 1 der Richtlinie 2002/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste (Rahmenrichtlinie) (ABl. EG Nr. L 108 S. 33) geändert“ gestrichen.</p> <p>bb) Folgender Satz wird angefügt: „Hat sich die Empfehlung nach Artikel 15 Absatz 1 der Richtlinie 2002/21/EG geändert, sind bei Märkten, zu denen</p>	<p>9. un verändert</p>



Gesetzentwurf	Änderung
<p>die Kommission keine vorherige Vorlage nach § 12 Absatz 2 Nummer 1 erhalten hat, die Entwürfe der Marktdefinition nach § 10, der Marktanalyse nach § 11 und der Regulierungsverfügung innerhalb von zwei Jahren nach Verabschiedung der Änderung der Empfehlung im Konsolidierungsverfahren nach § 12 Absatz 2 Nummer 1 vorzulegen.“</p> <p>c) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:          „(2) Außer in den Fällen des Absatzes 1 legt die Bundesnetzagentur alle drei Jahre nach Erlass einer vorherigen Regulierungsverfügung im Zusammenhang mit diesem Markt die Entwürfe der Marktdefinition nach § 10, der Marktanalyse nach § 11 und der Regulierungsverfügung im Konsolidierungsverfahren nach § 12 Absatz 2 Nummer 1 vor. Die Bundesnetzagentur kann diese Frist ausnahmsweise um bis zu drei weitere Jahre verlängern. Hierzu meldet sie der Kommission einen mit Gründen versehenen Vorschlag zur Verlängerung. Wenn die Kommission innerhalb eines Monats nach der Meldung des Verlängerungsvorschlags durch die Bundesnetzagentur keine Einwände erhoben hat, gilt die beantragte verlängerte Prüfungsfrist.“</p> <p>d) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:          „(3) Hat die Bundesnetzagentur die Marktanalyse im Hinblick auf einen relevanten Markt, der in der jeweils geltenden Fassung der Empfehlung in Bezug auf relevante Produkt- und Dienstmärkte, die die Kommission nach Artikel 15 Absatz 1 der Richtlinie 2002/21/EG veröffentlicht, festgelegt ist, nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist abgeschlossen, so kann die Bundesnetzagentur das GEREK um Unterstützung bei der Fertigstellung der Marktdefinition, der Marktanalyse und der Regulierungsverfügung ersuchen. Im Fall eines solchen Ersuchens legt die Bundesnetzagentur der Kommission die Entwürfe der Marktdefinition, der Marktanalyse und der Regulierungsverfügung im Konsolidierungsverfahren nach § 12 Absatz 2 Nummer 1 innerhalb von sechs Monaten vor, nachdem das GEREK mit seiner Unterstützung begonnen hat.“</p>	
<p>10. Dem § 15 wird folgender Satz angefügt:          „§ 12 Absatz 3 gilt entsprechend.“</p>	<p>10. un verändert</p>
<p>11. Nach § 15 wird folgender § 15a eingefügt:</p>	<p>11. Nach § 15 wird folgender § 15a eingefügt:</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p data-bbox="341 241 593 302">„§ 15a Regulierungskonzepte</p> <p data-bbox="225 369 788 683">(1) Zur Verfolgung einheitlicher Regulierungskonzepte im Sinne von § 2 Absatz 3 Nummer 1 kann die Bundesnetzagentur in Form von Verwaltungsvorschriften ihre grundsätzlichen Herangehensweisen und Methoden für die Marktdefinition nach § 10, die Marktanalyse nach § 11 und die Regulierungsverfügungen für einen bestimmten, mehrere Marktregulierungszyklen nach § 14 Absatz 2 umfassenden Zeitraum beschreiben.</p> <p data-bbox="225 689 788 1265">(2) Zur Förderung effizienter Investitionen und Innovationen im Bereich neuer und verbesserter Infrastrukturen im Sinne des § 2 Absatz 3 Nummer 4 kann die Bundesnetzagentur regelmäßig in Form von Verwaltungsvorschriften die grundsätzlichen regulatorischen Anforderungen an die Berücksichtigung von Investitionsrisiken sowie an Vereinbarungen zur Aufteilung des Investitionsrisikos zwischen Investoren untereinander und zwischen Investoren und Zugangsbegehrenden bei Projekten zur Errichtung von Netzen der nächsten Generation (Risikobeteiligungsmodelle) beschreiben. Dies umfasst insbesondere Anforderungen an die Methodik zur Bestimmung der Risiken und Anforderungen an die Ausgestaltung der Zugangs- und Entgeltkonditionen von Risikobeteiligungsmodellen sowie Beispiele für Risikobeteiligungsmodelle.</p> <p data-bbox="225 1272 788 1585">(3) <i>Die Bundesnetzagentur gibt den interessierten Parteien vor Erlass der Verwaltungsvorschriften nach den Absätzen 1 und 2 Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb einer angemessenen Frist. In diesem Rahmen kann sie auch der Kommission, dem GEREK und den nationalen Regulierungsbehörden der anderen Mitgliedstaaten Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht die Verwaltungsvorschriften.“</i></p>	<p data-bbox="820 241 1452 369">„§15a Regulierungskonzepte <b>und Antrag auf Auskunft über den Regulierungsrahmen für Netze der nächsten Generation</b></p> <p data-bbox="911 369 1177 398">(1) <b>unverändert</b></p> <p data-bbox="911 689 1177 719">(2) <b>unverändert</b></p> <p data-bbox="890 1272 1452 1400"><b>(3) Für den Erlass der Verwaltungsvorschriften nach den Absätzen 1 und 2 gilt das Konsultations- und Konsolidierungsverfahren nach § 12 Absatz 1 und 2 entsprechend.</b></p> <p data-bbox="890 1585 1452 1937"><b>(4) Auf Antrag eines Betreibers öffentlicher Telekommunikationsnetze erteilt die Bundesnetzagentur beim Auf- und Ausbau von Netzen der nächsten Generation für die in dem Antrag konkret bezeichnete Region des Bundesgebiets Auskunft über die zu erwartenden regulatorischen Rahmenbedingungen oder Maßnahmen nach diesem Teil. Für Festlegungen nach diesem Teil gilt das Konsultations- und Konsolidierungsverfahren nach § 12 Absatz 1 und Absatz 2 entsprechend.“</b></p>
<p data-bbox="150 2011 788 2063">12. In § 16 wird das Wort „gemeinschaftsweit“ durch die Wörter „im gesamten Gebiet der Europäi-</p>	<p data-bbox="820 2011 1098 2040">12. <b>unverändert</b></p>

Gesetzentwurf	Änderung
schen Union“ ersetzt.	
13. In § 17 Satz 1 werden die Wörter „im Rahmen von Verhandlungen“ durch die Wörter „vor, bei oder nach Verhandlungen oder Vereinbarungen“ ersetzt.	13. un verändert
14. § 18 wird wie folgt geändert: a) In Absatz 1 Satz 1 und 2 werden jeweils die Wörter „und die nicht über beträchtliche Marktmacht verfügen“ gestrichen. b) In Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „§ 78 Abs. 2 Nr. 3 und 4“ durch die Wörter „§ 78 Absatz 2 Nummer 4 und 5“ ersetzt.	14. un verändert
15. § 20 wird wie folgt geändert: a) In Absatz 1 werden nach dem Wort „Nutzungsbedingungen“ die Wörter „, einschließlich aller Bedingungen, die den Zugang zu und die Nutzung von Diensten und Anwendungen beschränken,“ eingefügt. b) Folgender Absatz 3 wird angefügt: „(3) Die Bundesnetzagentur kann den Betreiber eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes, der über beträchtliche Marktmacht verfügt, insbesondere verpflichten, ihr Vereinbarungen über von ihm gewährte Zugangsleistungen ohne gesonderte Aufforderung in einer öffentlichen und einer vertraulichen Fassung vorzulegen. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht, wann und wo Nachfrager nach Zugangsleistungen eine öffentliche Vereinbarung nach Satz 1 einsehen können.“	15. un verändert
16. § 21 wird wie folgt geändert: a) Absatz 1 wird wie folgt geändert: aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Zugang“ die Wörter „nach Maßgabe dieser Vorschrift“ eingefügt. bb) Satz 2 wird wie folgt geändert: aaa) In dem Satzteil vor Nummer 1 werden die Wörter „eine Zugangsverpflichtung gerechtfertigt ist“ durch die Wörter „und welche Zugangsverpflichtungen gerechtfertigt sind“ und die Angabe „§ 2 Abs. 2 steht“ durch die Angabe „§ 2 stehen“ ersetzt. bbb) In Nummer 1 wird das Komma am Ende gestrichen und werden die Wörter „einschließlich der Tragfähigkeit anderer vorgelagerter Zugangsprodukte, wie et-	16. un verändert

Gesetzentwurf	Änderung
<p>wa der Zugang zu Leitungsrohren,“ angefügt.</p> <p>ccc) In Nummer 3 werden nach dem Wort „Berücksichtigung“ die Wörter „etwaiger getätigter öffentlicher Investitionen und“ eingefügt.</p> <p>ddd) Nummer 4 wird wie folgt gefasst:          „4. die Notwendigkeit zur langfristigen Sicherung des Wettbewerbs, unter besonderer Berücksichtigung eines wirtschaftlich effizienten Wettbewerbs im Bereich der Infrastruktur, unter anderem durch Anreize zu effizienten Investitionen in Infrastruktureinrichtungen, die langfristig einen stärkeren Wettbewerb sichern,“.</p> <p>b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) Nummer 7 wird wie folgt geändert:</p> <p>aaa) In Buchstabe a Satz 1 werden die Wörter „Telekommunikationsdienstleistungen für die Öffentlichkeit“ durch die Wörter „öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten“ und die Angabe „§ 78 Abs. 2 Nr. 3“ durch die Wörter „§ 78 Absatz 2 Nummer 4“ ersetzt.</p> <p>bbb) In dem Satzteil vor den Buchstaben a und c Satz 1 und in Buchstabe d Satz 1 werden jeweils die Wörter „Telekommunikationsdienstleistungen für die Öffentlichkeit“ durch die Wörter „öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten“ ersetzt.</p> <p>bb) Folgende Nummer 8 wird angefügt:          „8. Zugang zu zugehörigen Diensten wie einem Identitäts-, Standort- und Präsenzdienst zu gewähren.“</p> <p>c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) Die Nummern 1 und 2 werden wie folgt gefasst:          „1. Zugang zu nicht aktiven Netzkomponenten zu gewähren,          2. vollständig entbündelten Zugang zum Teilnehmeranschluss sowie gemeinsamen Zugang zum Teilnehmeranschluss zu gewähren,“.</p> <p>bb) Die bisherigen Nummern 2, 3 und 4 werden die Nummern 3, 4 und 5.</p> <p>cc) In der neuen Nummer 5 wird das</p>	

Gesetzentwurf	Änderung
<p>Komma am Ende durch einen Punkt ersetzt.</p> <p>dd) Folgende Nummer 6 wird angefügt:          „6. Zugang zu bestimmten Netzkomponenten, -einrichtungen und Diensten zu gewähren, um unter anderem die Betreiber Auswahl oder die Betreiber vorauswahl zu ermöglichen.“</p> <p>d) Folgender Absatz 5 wird angefügt:          „(5) Wenn die Bundesnetzagentur einem Betreiber die Verpflichtung auferlegt, den Zugang bereitzustellen, kann sie technische oder betriebliche Bedingungen festlegen, die vom Betreiber oder von den Nutzern dieses Zugangs erfüllt werden müssen, soweit dies erforderlich ist, um den normalen Betrieb des Netzes sicherzustellen. Verpflichtungen, bestimmte technische Normen oder Spezifikationen zu Grunde zu legen, muss mit den nach Artikel 17 der Richtlinie 2002/21/EG festgelegten Normen und Spezifikationen übereinstimmen.“</p>	
<p>17. In § 22 wird Absatz 3 aufgehoben.</p>	<p>17. un verändert</p>
<p>18. § 23 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 Satz 2 wird aufgehoben.</p> <p>b) In Absatz 3 Satz 3 werden nach dem Wort „Bedingungen“ die Wörter „ , einschließlich Vertragsstrafen“ eingefügt.</p> <p>c) In Absatz 4 Satz 1 werden nach dem Wort „Bedingungen“ die Wörter „ , einschließlich Vertragsstrafen“ eingefügt.</p> <p>d) Nach Absatz 6 wird folgender Absatz 7 eingefügt:          „(7) Hat die Bundesnetzagentur einem Betreiber eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes, der über beträchtliche Marktmacht verfügt, Verpflichtungen nach § 21 hinsichtlich des Zugangs zur Netzinfrastruktur auf Vorleistungsebene auferlegt, so stellt sie sicher, dass der Betreiber ein Standardangebot veröffentlicht, das mindestens die in Anhang II der Richtlinie 2002/19/EG genannten Komponenten umfasst. § 20 bleibt unberührt.“</p> <p>e) Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 8.</p>	<p>18. un verändert</p>
<p>19. In § 25 Absatz 5 Satz 2 werden nach dem Wort „Bedingungen“ die Wörter „ , einschließlich Vertragsstrafen,“ eingefügt.</p>	<p>19. un verändert</p>
<p>20. In § 27 Absatz 3 Satz 1 wird die Angabe „§ 2</p>	<p>20. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
Abs. 5 Satz 1“ durch die Wörter „§ 2 Absatz 6 Satz 1“ ersetzt.	
<p>21. § 28 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:          „Die Differenzierung von Entgelten im Rahmen von Risikobeteiligungsmodellen bei Projekten zur Errichtung von Netzen der nächsten Generation stellt in der Regel keine Verhaltensweise im Sinne von Satz 2 Nummer 3 dar, wenn sie der Aufteilung des Investitionsrisikos zwischen Investoren sowie zwischen Investoren und Zugangsbegehrenden dient, und alle tatsächlichen und potenziellen Nachfrager bei Berücksichtigung des Risikos gleich behandelt werden.“</p> <p>b) In Absatz 2 Satz 1 Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „Absatz 1 Nr. 2“ durch die Wörter „Absatz 1 Satz 2 Nummer 2“ ersetzt.</p>	21. u n v e r ä n d e r t
<p>22. § 30 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Die Absätze 1 bis 3 werden wie folgt gefasst:          „(1) Einer Genehmigung durch die Bundesnetzagentur nach Maßgabe des § 31 unterliegen Entgelte für nach § 21 auferlegte Zugangsleistungen von Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze, die über beträchtliche Marktmacht verfügen. Abweichend von Satz 1 kann die Bundesnetzagentur solche Entgelte einer nachträglichen Regulierung nach § 38 oder nach § 38 Absatz 2 bis 4 unterwerfen, wenn dies ausreicht, um die Regulierungsziele nach § 2 zu erreichen.          (2) Einer nachträglichen Regulierung nach § 38 Absatz 2 bis 4 unterliegen          1. Entgelte, die ein Betreiber im Rahmen von Verpflichtungen nach § 18 verlangt, sowie          2. Entgelte eines Betreibers, der über beträchtliche Marktmacht verfügt, für andere als in Absatz 1 Satz 1 genannte Zugangsleistungen.          Abweichend von Satz 1 kann die Bundesnetzagentur solche Entgelte einer nachträglichen Regulierung nach § 38 oder einer Genehmigung nach Maßgabe des § 31 unterwerfen, wenn dies erforderlich ist, um die Regulierungsziele nach § 2 zu erreichen oder im Fall von Satz 1 Nummer 1 den End-zu-End-Verbund von Diensten zu gewährleisten.          (3) Die Bundesnetzagentur stellt bei der Regulierung von Entgelten sicher, dass alle Entgelte die wirtschaftliche Effizienz und einen nachhaltigen Wettbewerb fördern und für die Verbraucher nicht nur kurzfristig, sondern auch mittel- und langfristig möglichst vorteil-</p>	<p>22. § 30 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Die Absätze 1 bis 3 werden wie folgt gefasst:          „(1) u n v e r ä n d e r t</p> <p>(2) u n v e r ä n d e r t</p> <p>(3) Die Bundesnetzagentur stellt bei der Regulierung von Entgelten sicher, dass alle Entgelte die wirtschaftliche Effizienz und einen nachhaltigen Wettbewerb fördern und für die Verbraucher nicht nur kurzfristig, sondern auch mittel- und langfristig möglichst vorteil-</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>haft sind. Sie berücksichtigt bei der Regulierung von Entgelten die zu Grunde liegenden Investitionen und ermöglicht eine angemessene Verzinsung des eingesetzten Kapitals. Bei Netzen der nächsten Generation trägt sie dabei den etwaigen spezifischen Investitionsrisiken <i>zum Investitionszeitpunkt</i> Rechnung. <i>Soweit sich weitere Unternehmen an den Investitionsrisiken beteiligen, sind die Entgelte so zu differenzieren, dass sie das unterschiedliche Ausmaß der Risikoübernahme korrekt abbilden. Vereinbarten Risikobeteiligungsmodellen ist dabei so weit wie möglich Rechnung zu tragen.</i>“</p> <p>b) Die Absätze 4 und 5 werden aufgehoben.</p>	<p>haft sind. Sie berücksichtigt bei der Regulierung von Entgelten die zu Grunde liegenden Investitionen und ermöglicht eine angemessene Verzinsung des eingesetzten Kapitals. Bei Netzen der nächsten Generation trägt sie dabei den etwaigen spezifischen Investitionsrisiken <b>unter weitestgehender Beachtung vereinbarter Risikobeteiligungsmodelle</b> Rechnung.“</p> <p>b) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>23. Der bisherige § 32 wird § 31 und wird wie folgt gefasst:</p> <p style="text-align: center;">„§ 31 Entgeltgenehmigung</p> <p>(1) Die Bundesnetzagentur genehmigt Entgelte nach § 30 Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 2 Satz 2</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. auf der Grundlage der auf die einzelnen Dienste entfallenden Kosten der effizienten Leistungsbereitstellung nach § 32 oder</li> <li>2. auf der Grundlage der von ihr vorgegebenen Maßgrößen für die durchschnittlichen Änderungsraten der Entgelte für einen Korb zusammengefasster Dienste (Price-Cap-Verfahren) nach Maßgabe des § 33.</li> </ol> <p>Genehmigte Entgelte dürfen die Summe der Kosten der effizienten Leistungsbereitstellung und der Aufwendungen nach § 32 Absatz 2 nicht überschreiten.</p> <p>(2) Abweichend von Absatz 1 genehmigt die Bundesnetzagentur Entgelte</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. für Zugangsleistungen zu bestimmten, von einem Betreiber eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes, der über beträchtliche Marktmacht verfügt, angebotenen Diensten zu Großhandelsbedingungen, die Dritten den Weitervertrieb im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ermöglichen sollen, durch Gewährung eines Abschlags auf den Endnutzerpreis, der es einem effizienten Anbieter von Telekommunikationsdiensten ermöglicht, eine angemessene Verzinsung des eingesetzten Kapitals auf dem Endnutzermarkt zu erzielen; das Entgelt entspricht dabei mindestens den Kosten der effizienten Leistungsbereitstellung; oder</li> <li>2. auf der Grundlage anderer Vorgehensweisen, sofern die Vorgehensweisen nach Nummer 1 oder 2 besser als die in Absatz 1 genannten Vorgehensweisen geeignet</li> </ol>	<p>23. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>sind, die Regulierungsziele nach § 2 zu erreichen. Im Falle von Satz 1 Nummer 2 gilt bei der Anwendung kostenorientierter Vorgehensweisen § 32 Absatz 2 und 3 entsprechend. Ein Vorgehen nach Satz 1 Nummer 2 ist besonders zu begründen.</p> <p>(3) Genehmigungsbedürftige Entgelte für Zugangsleistungen des Betreibers eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes, der über beträchtliche Marktmacht verfügt, sind der Bundesnetzagentur einschließlich aller für die Genehmigungserteilung erforderlichen Unterlagen vor dem beabsichtigten Inkrafttreten vorzulegen. Bei befristet erteilten Genehmigungen hat die Vorlage mindestens zehn Wochen vor Fristablauf zu erfolgen.</p> <p>(4) Die Bundesnetzagentur kann dazu auffordern, Entgeltgenehmigungsanträge zu stellen. Wird der Aufforderung nicht innerhalb eines Monats nach Zugang Folge geleistet, leitet die Bundesnetzagentur ein Verfahren von Amts wegen ein. Die Bundesnetzagentur soll über Entgeltanträge in der Regel innerhalb von zehn Wochen nach Eingang der Entgeltvorlage oder nach Einleitung des Verfahrens von Amts wegen entscheiden. Abweichend von Satz 3 soll die Bundesnetzagentur über Entgeltanträge, die im Rahmen des Verfahrens nach § 33 vorgelegt worden sind, innerhalb von zwei Wochen entscheiden.“</p>	
<p>24. Der bisherige § 31 wird § 32 und wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:  „§ 32  Kosten der effizienten Leistungsbereitstellung“.</p> <p>b) Absatz 1 wird aufgehoben.</p> <p>c) Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden die Absätze 1 und 2.</p> <p>d) In dem neuen Absatz 2 wird Satz 1 wie folgt gefasst:  „(2) Aufwendungen, die nicht in den Kosten der effizienten Leistungsbereitstellung enthalten sind, werden zusätzlich zu Absatz 1 nur berücksichtigt, soweit und solange hierfür eine rechtliche Verpflichtung besteht oder das die Genehmigung beantragende Unternehmen eine sonstige sachliche Rechtfertigung nachweist.“</p> <p>e) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3.</p> <p>f) In dem neuen Absatz 3 wird Nummer 3 wie folgt gefasst:  „3. die Erfordernisse hinsichtlich der Rendite für das eingesetzte Kapital, wobei auch die leistungsspezifischen Risiken des eingesetzten Kapitals gewürdigt werden sollen. Das kann auch etwaige spezifische Risiken</p>	<p>24. un verändert</p>



Gesetzentwurf	Änderung
<p>im Zusammenhang mit der Errichtung von Netzen der nächsten Generation im Sinne des § 30 Absatz 3 umfassen;“.</p> <p>g) Die bisherigen Absätze 5 und 6 werden aufgehoben.</p>	
<p>25. Der bisherige § 34 wird § 33 und wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Absatz 3 wird die Angabe „§ 32 Nr. 2“ durch die Wörter „§ 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2“ ersetzt.</p> <p>b) In Absatz 4 wird die Angabe „§ 31 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 32 Absatz 1“ ersetzt.</p>	<p>25. un verändert</p>
<p>26. Der bisherige § 33 wird § 34 und wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In dem Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „§ 31 Abs. 5 und 6“ durch die Wörter „§ 31 Absatz 3 und 4“ ersetzt.</p> <p>bb) In Nummer 2 wird nach dem Wort „Geschäftsbedingungen“ das Wort „und“ gestrichen und werden die Wörter „sowie die Angabe, ob die Leistung Gegenstand einer Zugangsvereinbarung nach § 22, eines überprüften Standardangebots nach § 23 oder einer Zugangsanordnung nach § 25 ist,“ angefügt.</p> <p>cc) In Nummer 3 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.</p> <p>dd) Nach Nummer 3 wird folgende Nummer 4 angefügt:</p> <p>„4. soweit für bestimmte Leistungen oder Leistungsbestandteile keine Pauschaltarife beantragt werden, eine Begründung dafür, weshalb eine solche Beantragung ausnahmsweise nicht möglich ist.“</p> <p>b) In Absatz 4 wird die Angabe „§ 31 Abs. 6“ durch die Angabe „§ 31 Absatz 4“ ersetzt.</p>	<p>26. un verändert</p>
<p>27. § 35 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „§ 32 Nr. 1 in Verbindung mit § 33“ durch die Wörter „§ 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 in Verbindung mit § 34“ ersetzt.</p> <p>b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 wird die Angabe „§ 32 Nr. 1“ durch die Wörter „§ 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1“ ersetzt und werden nach der Angabe „§§ 28 und 31“ die Wörter „Absatz 1 Satz 2“ eingefügt.</p> <p>bb) In Satz 2 wird die Angabe „§ 32 Nr. 2“</p>	<p>27. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>durch die Wörter „§ 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2“ ersetzt und werden nach der Angabe „§ 31“ die Wörter „Absatz 1 Satz 2“ eingefügt.</p> <p>c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:          „Die Genehmigung ist ganz oder teilweise zu erteilen, soweit die Entgelte den Anforderungen des § 28 und im Fall einer Genehmigung nach § 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 den Anforderungen der §§ 28 und 31 Absatz 1 Satz 2 nach Maßgabe des Absatzes 2 entsprechen und keine Versagungsgründe nach Satz 2 oder 3 vorliegen.“</p> <p>bb) In Satz 3 wird die Angabe „§ 33“ durch die Angabe „§ 34“ ersetzt.</p> <p>d) Nach Absatz 5 wird folgender Absatz 6 eingefügt:          „(6) In dem Verfahren nach Absatz 5 in Verbindung mit § 123 der Verwaltungsgerichtsordnung kann das Gericht durch Beschluss anordnen, dass nur solche Personen beigeladen werden, die dies innerhalb einer bestimmten Frist beantragen. Der Beschluss ist unanfechtbar. Er ist im elektronischen Bundesanzeiger bekannt zu machen. Er muss außerdem auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht werden. Die Bekanntmachung kann zusätzlich in einem von dem Gericht für Bekanntmachungen bestimmten Informations- und Kommunikationssystem erfolgen. Die Frist muss mindestens einen Monat ab der Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger betragen. In der Veröffentlichung auf der Internetseite der Bundesnetzagentur ist mitzuteilen, an welchem Tag die Frist abläuft. Für die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Versäumung der Frist gilt § 60 der Verwaltungsgerichtsordnung entsprechend. Das Gericht soll Personen, die von der Entscheidung erkennbar in besonderem Maße betroffen werden, auch ohne Antrag beiladen.“</p> <p>e) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 7.</p>	
<p>28. § 36 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 32 Nr. 2 und § 34“ durch die Wörter „§ 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und § 33“ ersetzt.</p> <p>b) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 32 Nr. 1“ durch die Wörter „§ 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1“ und werden die Wörter „§ 31 Abs. 6 Satz 1 und 2“ durch die Wörter „§ 31 Absatz 4 Satz 1 und 2“ ersetzt.</p>	<p>28. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
29. In § 38 Absatz 2 Satz 3 wird die Angabe „§ 33“ durch die Angabe „§ 34“ ersetzt.	29. un verändert
30. § 39 wird wie folgt geändert: a) Absatz 1 wird wie folgt geändert: aa) In Satz 1 werden die Wörter „oder zur Betreiberauswahl und Betreibervorauswahl nach § 40“ und nach der Angabe „§ 2“ die Angabe „Abs. 2“ gestrichen. bb) In Satz 4 wird die Angabe „§ 32 Nr. 2“ durch die Wörter „§ 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2“ ersetzt. b) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 78 Abs. 2 Nr. 3 und 4“ durch die Wörter „§ 78 Absatz 2 Nummer 4 und 5“ ersetzt. c) In Absatz 3 Satz 4 werden dem Wort „Entgeltmaßnahmen“ die Wörter „Die Bundesnetzagentur kann Anbieter von Telekommunikationsdiensten, die über beträchtliche Marktmacht verfügen, verpflichten, ihr“ vorangestellt und werden die Wörter „sind der Bundesnetzagentur“ gestrichen.	30. un verändert
31. Die §§ 40 und 41 werden wie folgt gefasst: „§ 40 Funktionelle Trennung (1) Gelangt die Bundesnetzagentur zu dem Schluss, dass die nach den Abschnitten 2 und 3 auferlegten angemessenen Verpflichtungen nicht zu einem wirksamen Wettbewerb geführt haben und wichtige und andauernde Wettbewerbsprobleme oder Marktversagen auf den Märkten für bestimmte Zugangsprodukte auf Vorleistungsebene bestehen, so kann sie als außerordentliche Maßnahme vertikal integrierten Unternehmen die Verpflichtung auferlegen, ihre Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Bereitstellung der betreffenden Zugangsprodukte auf Vorleistungsebene in einem unabhängig arbeitenden Geschäftsbereich unterzubringen. Dieser Geschäftsbereich stellt Zugangsprodukte und -dienste allen Unternehmen, einschließlich der anderen Geschäftsbereiche des eigenen Mutterunternehmens, mit den gleichen Fristen und zu den gleichen Bedingungen, auch im Hinblick auf Preise und Dienstumfang, sowie mittels der gleichen Systeme und Verfahren zur Verfügung. (2) Beabsichtigt die Bundesnetzagentur, eine Verpflichtung nach Absatz 1 aufzuerlegen, so unterbreitet sie der Kommission einen entsprechenden Antrag, der Folgendes umfasst: 1. den Nachweis, dass die in Absatz 1 genannte Schlussfolgerung der Bundesnetzagentur be-	31. un verändert

Gesetzentwurf	Änderung
<p>gründet ist;</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>2. eine mit Gründen versehene Einschätzung, dass keine oder nur geringe Aussichten dafür bestehen, dass es innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens einen wirksamen und nachhaltigen Wettbewerb im Bereich Infrastruktur gibt;</li> <li>3. eine Analyse der erwarteten Auswirkungen auf die Bundesnetzagentur, auf das Unternehmen, insbesondere auf das Personal des getrennten Unternehmens und auf den Telekommunikationssektor insgesamt, auf die Anreize, in den Sektor insgesamt zu investieren, insbesondere im Hinblick auf die notwendige Wahrung des sozialen und territorialen Zusammenhalts, sowie auf sonstige Interessengruppen, insbesondere auch eine Analyse der erwarteten Auswirkungen auf den Wettbewerb und möglicher Folgen für die Verbraucher;</li> <li>4. eine Analyse der Gründe, die dafür sprechen, dass diese Verpflichtung das effizienteste Mittel zur Durchsetzung von Abhilfemaßnahmen wäre, mit denen auf festgestellte Wettbewerbsprobleme oder Fälle von Marktversagen reagiert werden soll.</li> </ol> <p>(3) Der der Kommission mit dem Antrag nach Absatz 2 vorzulegende Maßnahmenentwurf umfasst Folgendes:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die genaue Angabe von Art und Ausmaß der Trennung, insbesondere die Angabe des rechtlichen Status des getrennten Geschäftsbereichs;</li> <li>2. die Angabe der Vermögenswerte des getrennten Geschäftsbereichs sowie der von diesem bereitzustellenden Produkte und Dienstleistungen;</li> <li>3. die organisatorischen Modalitäten zur Gewährleistung der Unabhängigkeit des Personals des getrennten Geschäftsbereichs sowie die entsprechenden Anreize;</li> <li>4. die Vorschriften zur Gewährleistung der Einhaltung der Verpflichtungen;</li> <li>5. die Vorschriften zur Gewährleistung der Transparenz der betrieblichen Verfahren, insbesondere gegenüber den anderen Interessengruppen;</li> <li>6. ein Überwachungsprogramm, mit dem die Einhaltung der Verpflichtung sichergestellt wird und das unter anderem die Veröffentlichung eines jährlichen Berichts beinhaltet.</li> </ol> <p>(4) Im Anschluss an die Entscheidung der Kommission über den Antrag führt die Bundesnetzagentur nach den §§ 10 und 11 eine koordinierte Analyse der Märkte durch, bei denen eine Verbindung zum Anschlussnetz besteht. Auf der Grundlage ihrer Bewertung erlegt die Bundes-</p>	

Gesetzentwurf	Änderung
<p>netzagentur nach § 13 Verpflichtungen auf, behält Verpflichtungen bei, ändert sie oder hebt sie auf.</p> <p>(5) Einem Unternehmen, dem die funktionelle Trennung auferlegt wurde, kann auf jedem Einzelmarkt, auf dem es als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht nach § 11 eingestuft wurde, jede der Verpflichtungen nach den §§ 19, 20, 21, 23, 24, 30, 39 oder § 42 Absatz 4 Satz 3 auferlegt werden.</p> <p style="text-align: center;">§ 41</p> <p>Freiwillige Trennung durch ein vertikal integriertes Unternehmen</p> <p>(1) Unternehmen, die nach § 11 auf einem oder mehreren relevanten Märkten als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht eingestuft wurden, unterrichten die Bundesnetzagentur im Voraus und so rechtzeitig, dass sie die Wirkung der geplanten Transaktion einschätzen kann, von ihrer Absicht, die Anlagen ihres Ortsanschlussnetzes ganz oder zu einem großen Teil auf eine eigene Rechtsperson mit einem anderen Eigentümer zu übertragen oder einen getrennten Geschäftsbereich einzurichten, um allen Anbietern auf der Endkundenebene, einschließlich der eigenen, im Endkundenbereich tätigen Unternehmensbereiche, völlig gleichwertige Zugangsprodukte zu liefern. Die Unternehmen unterrichten die Bundesnetzagentur auch über alle Änderungen dieser Absicht sowie über das Ergebnis des Trennungsprozesses.</p> <p>(2) Die Bundesnetzagentur prüft die möglichen Folgen der beabsichtigten Transaktion auf die bestehenden Verpflichtungen nach den Abschnitten 2 und 3. Hierzu führt sie entsprechend dem Verfahren des § 11 eine koordinierte Analyse der Märkte durch, bei denen eine Verbindung zum Anschlussnetz besteht. Auf der Grundlage ihrer Bewertung erlegt die Bundesnetzagentur nach § 13 Verpflichtungen auf, behält Verpflichtungen bei, ändert sie oder hebt sie auf.</p> <p>(3) Dem rechtlich oder betrieblich getrennten Geschäftsbereich kann auf jedem Einzelmarkt, auf dem er als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht nach § 11 eingestuft wurde, jede der Verpflichtungen nach den §§ 19, 20, 21, 23, 24, 30, 39 oder § 42 Absatz 4 Satz 3 auferlegt werden.“</p>	
	<p><b>32. Nach § 41 wird folgender § 41a eingefügt:</b></p> <p style="text-align: center;"><b>„§ 41a Netzneutralität</b></p> <p style="text-align: center;"><b>(1) Die Bundesregierung wird ermächtigt, in einer Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates gegenüber Unternehmen, die Telekommunikationsnetze betreiben, die grundsätzlichen Anforde-</b></p>

Gesetzentwurf	Änderung
	<p><b>rungen an eine diskriminierungsfreie Datenübermittlung und den diskriminierungsfreien Zugang zu Inhalten und Anwendungen festzulegen, um eine willkürliche Verschlechterung von Diensten und eine ungerechtfertigte Behinderung oder Verlangsamung des Datenverkehrs in den Netzen zu verhindern; sie berücksichtigt hierbei die europäischen Vorgaben sowie die Ziele und Grundsätze des § 2.</b></p> <p><b>(2) Die Bundesnetzagentur kann in einer Technischen Richtlinie Einzelheiten über die Mindestanforderungen an die Dienstqualität durch Verfügung festlegen. Bevor die Mindestanforderungen festgelegt werden, sind die Gründe für ein Tätigwerden, die geplanten Anforderungen und die vorgeschlagene Vorgehensweise zusammenfassend darzustellen; diese Darstellung ist der Kommission und dem GEREK rechtzeitig zu übermitteln. Den Kommentaren oder Empfehlungen der Kommission ist bei der Festlegung der Anforderungen weitestgehend Rechnung zu tragen.“</b></p>
<p>32. In § 42 Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 78 Abs. 2 Nr. 3 und 4“ durch die Wörter „§ 78 Absatz 2 Nummer 4 und 5“ ersetzt.</p>	<p>33. un verändert</p>
<p>33. § 43a wird wie folgt gefasst:          „§ 43a          Verträge</p> <p>(1) Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten müssen dem Verbraucher und auf Verlangen anderen Endnutzern im Vertrag in klarer, umfassender und leicht zugänglicher Form folgende Informationen zur Verfügung stellen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. den Namen und die ladungsfähige Anschrift, ist der Anbieter eine juristische Person, auch die Rechtsform, den Sitz und das zuständige Registergericht,</li> <li>2. die Art und die wichtigsten technischen Leistungsdaten der angebotenen Telekommunikationsdienste, insbesondere diejenigen gemäß Absatz 2 und 3 Satz 1,</li> <li>3. die voraussichtliche Dauer bis zur Bereitstellung eines Anschlusses,</li> <li>4. die angebotenen Wartungs- und Kundendienste sowie die Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme mit diesen Diensten,</li> <li>5. Einzelheiten zu den Preisen der angebotenen Telekommunikationsdienste,</li> <li>6. die Fundstelle eines allgemein zugänglichen, vollständigen und gültigen Preisverzeichnisses des Anbieters von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten,</li> </ol>	<p>34. § 43a wird wie folgt gefasst:          „§ 43a          Verträge</p> <p>(1) un verändert</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. un verändert</li> <li>2. un verändert</li> <li>3. un verändert</li> <li>4. un verändert</li> <li>5. un verändert</li> <li>6. un verändert</li> </ol>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>7. die Vertragslaufzeit, einschließlich des Mindestumfangs und der Mindestdauer der Nutzung, die gegebenenfalls erforderlich sind, um Angebote im Rahmen von Werbemaßnahmen nutzen zu können,</p> <p>8. die Voraussetzungen für die Verlängerung und Beendigung des Bezuges einzelner Dienste und des gesamten Vertragsverhältnisses, einschließlich der Voraussetzungen für einen Anbieterwechsel nach § 46, die Entgelte für die Übertragung von Nummern und anderen Teilnehmerkennungen sowie die bei Beendigung des Vertragsverhältnisses fälligen Entgelte einschließlich einer Kostenanlastung für Endeinrichtungen,</p> <p>9. etwaige Entschädigungs- und Erstattungsregelungen für den Fall, dass der Anbieter die wichtigsten technischen Leistungsdaten der zu erbringenden Dienste nicht eingehalten hat,</p> <p>10. die erforderlichen Schritte zur Einleitung eines außergerichtlichen Streitbeilegungsverfahrens nach § 47a,</p> <p>11. den Anspruch des Teilnehmers auf Aufnahme seiner Daten in ein öffentliches Teilnehmerverzeichnis nach § 45m und</p> <p>12. die Arten von Maßnahmen, mit denen das Unternehmen auf Sicherheits- oder Integritätsverletzungen oder auf Bedrohungen und Schwachstellen reagieren kann.</p> <p>Anbieter öffentlicher Telekommunikationsnetze sind dazu verpflichtet, Anbietern öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste die für die Sicherstellung der in Satz 1 genannten Informationspflichten benötigten Informationen zur Verfügung zu stellen, wenn ausschließlich die Anbieter von öffentlichen Telekommunikationsnetzen darüber verfügen.</p> <p>(2) Zu den Informationen nach Absatz 1 Nummer 2 gehören</p> <p>1. Informationen darüber, ob der Zugang zu Notdiensten mit Angaben zum Anruferstandort besteht oder nicht, und über alle Beschränkungen von Notdiensten,</p> <p>2. Informationen über alle Einschränkungen im Hinblick auf den Zugang zu und die Nutzung von Diensten und Anwendungen,</p> <p>3. das angebotene Mindestniveau der Dienstqualität und gegebenenfalls anderer nach § 45o festgelegter Parameter für die Dienstqualität,</p>	<p>7. un verändert</p> <p>8. un verändert</p> <p>9. un verändert</p> <p>10. un verändert</p> <p>11. un verändert</p> <p>12. un verändert</p> <p><b>13. den Anspruch auf Sperrung bestimmter Rufnummernbereiche nach § 45d Absatz 2 Satz 1 und</b></p> <p><b>14. den Anspruch auf Sperrung der Inanspruchnahme und Abrechnung von neben der Verbindung erbrachten Leistungen über den Mobilfunkanschluss nach § 45d Absatz 3.</b></p> <p>Anbieter öffentlicher Telekommunikationsnetze sind dazu verpflichtet, Anbietern öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste die für die Sicherstellung der in Satz 1 genannten Informationspflichten benötigten Informationen zur Verfügung zu stellen, wenn ausschließlich die Anbieter von öffentlichen Telekommunikationsnetzen darüber verfügen.</p> <p>(2) un verändert</p> <p>1. un verändert</p> <p>2. un verändert</p> <p>3. das angebotene Mindestniveau der Dienstqualität und gegebenenfalls anderer nach § 41a festgelegter Parameter für die Dienstqualität,</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>4. Informationen über alle vom Unternehmen zur Messung und Kontrolle des Datenverkehrs eingerichteten Verfahren, um eine Kapazitätsauslastung oder Überlastung einer Netzverbindung zu vermeiden, und Information über die möglichen Auswirkungen dieser Verfahren auf die Dienstqualität und</p> <p>5. alle vom Anbieter auferlegten Beschränkungen für die Nutzung der von ihm zur Verfügung gestellten Endeinrichtungen.</p> <p>(3) Die Einzelheiten darüber, welche Angaben in der Regel mindestens nach Absatz 2 erforderlich sind, kann die Bundesnetzagentur nach Beteiligung der betroffenen Verbände und der Unternehmen durch Verfügung im Amtsblatt festlegen. Hierzu kann die Bundesnetzagentur die Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste oder die Anbieter öffentlicher Telekommunikationsnetze verpflichten, Erhebungen zum tatsächlichen Mindestniveau der Dienstqualität anzustellen, eigene Messungen anstellen oder Hilfsmittel entwickeln, die es dem Teilnehmer ermöglichen, eigenständige Messungen anzustellen. Ferner kann die Bundesnetzagentur das Format der Mitteilung über Vertragsänderungen und die anzugebende Information über das Widerrufsrecht festlegen, soweit nicht bereits vergleichbare Regelungen bestehen.“</p>	<p>4. un verändert</p> <p>5. un verändert</p> <p>(3) un verändert</p>
<p>34. Nach § 43a wird folgender § 43b eingefügt:</p> <p style="text-align: center;">„§ 43b Vertragslaufzeit</p> <p>Die anfängliche Mindestlaufzeit eines Vertrages zwischen einem Verbraucher und einem Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten darf 24 Monate nicht überschreiten. Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten sind verpflichtet, einem Teilnehmer zu ermöglichen, einen Vertrag mit einer Höchstlaufzeit von zwölf Monaten abzuschließen.“</p>	<p>35. un verändert</p>
<p>35. § 45 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p style="padding-left: 20px;">„(1) Die Interessen behinderter Endnutzer sind von den Anbietern öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste bei der Planung und Erbringung der Dienste zu berücksichtigen. Es ist ein Zugang zu ermöglichen, der dem Zugang gleichwertig ist, über den die Mehrheit der Endnutzer verfügt. Gleiches gilt für die Auswahl an Unternehmen und Diensten.“</p> <p>b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:</p>	<p>36. un verändert</p>



Gesetzentwurf	Änderung
<p>„(2) Nach Anhörung der betroffenen Verbände und der Unternehmen kann die Bundesnetzagentur den allgemeinen Bedarf nach Absatz 1 feststellen, der sich aus den Bedürfnissen der behinderten Endnutzer ergibt. Zur Sicherstellung des Dienstes sowie der Dienstmerkmale ist die Bundesnetzagentur befugt, den Unternehmen Verpflichtungen aufzuerlegen. Die Bundesnetzagentur kann von solchen Verpflichtungen absehen, wenn eine Anhörung der betroffenen Kreise ergibt, dass diese Dienstmerkmale oder vergleichbare Dienste als weithin verfügbar erachtet werden.“</p> <p>c) Absatz 2 wird Absatz 3.</p>	
<p>36. § 45c Absatz 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(1) Der Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten ist gegenüber dem Teilnehmer verpflichtet, die nach Artikel 17 Absatz 4 der Richtlinie 2002/21/EG verbindlich geltenden Normen für und technischen Anforderungen an die Bereitstellung von Telekommunikation für Endnutzer einzuhalten.“</p>	<p>37. un verändert</p>
<p>37. In § 45d Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „Telefonnetz“ durch das Wort „Telekommunikationsnetz“ ersetzt.</p>	<p>38. § 45d wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„Der Teilnehmer kann von dem Anbieter öffentlich zugänglicher Telefondienste und von dem Anbieter des Anschlusses an das öffentliche Telekommunikationsnetz verlangen, dass die Nutzung seines Netzzugangs für bestimmte Rufnummernbereiche im Sinne von § 3 Nummer 18a unentgeltlich netzseitig gesperrt wird, soweit dies technisch möglich ist.“</p> <p>b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:</p> <p>„(3) Der Teilnehmer kann von dem Anbieter öffentlich zugänglicher Mobilfunkdienste und von dem Anbieter des Anschlusses an das öffentliche Mobilfunknetz verlangen, dass die Identifizierung seines Mobilfunkanschlusses zur Inanspruchnahme und Abrechnung einer neben der Verbindung erbrachten Leistung unentgeltlich netzseitig gesperrt wird.“</p>
<p>38. In § 45f Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Telefonnetz“ durch das Wort „Telekommunikationsnetz“ ersetzt.</p>	<p>39. un verändert</p>
<p>39. § 45h Absatz 1 bis 3 wird wie folgt gefasst:</p>	<p>40. § 45h Absatz 1 und 4 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>„(1) Soweit ein Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten dem Teilnehmer eine Rechnung stellt, die auch Entgelte für Leistungen Dritter ausweist, muss die Rechnung des Anbieters in einer hervorgehobenen und deutlich gestalteten Form Folgendes enthalten:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Namen und ladungsfähigen Anschriften der verantwortlichen Anbieter einer neben der Verbindung erbrachten Leistung,</li> <li>2. die konkrete Bezeichnung der in Rechnung gestellten Leistungen,</li> <li>3. die Namen und ladungsfähigen Anschriften beteiligter Anbieter von Netzdienstleistungen (Verbindungsnetzbetreiber),</li> <li>4. die kostenfreien Kundendiensttelefonnummern der Anbieter von Netzdienstleistungen,</li> <li>5. die Gesamthöhe der auf jeden Anbieter entfallenden Entgelte.</li> </ol> <p>§ 45e bleibt unberührt. Zahlt der Teilnehmer den Gesamtbetrag der Rechnung an den rechnungsstellenden Anbieter, so befreit ihn diese Zahlung von der Zahlungsverpflichtung auch gegenüber den anderen auf der Rechnung aufgeführten Anbietern.</p> <p>(2) Hat der Teilnehmer vor oder bei der Zahlung nichts anderes bestimmt, so sind Teilzahlungen des Teilnehmers an den rechnungsstellenden Anbieter zunächst mit den in der Rechnung ausgewiesenen Forderungen des rechnungsstellenden Anbieters zu verrechnen. Im Übrigen sind Teilzahlungen des Teilnehmers an den rechnungsstellenden Anbieter auf die in der Rechnung ausgewiesenen Forderungen nach ihrem Anteil an der Gesamtforderung der Rechnung zu verrechnen, soweit der Teilnehmer nichts anderes bestimmt hat.</p> <p>(3) Das rechnungsstellende Unternehmen muss den Rechnungsempfänger in der Rechnung klar und verständlich auf Folgendes hinweisen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. das Recht des Rechnungsempfängers, begründete Einwendungen gegen einzelne in der Rechnung gestellte Forderungen zu erheben,</li> <li>2. die Notwendigkeit einer ausdrücklichen Tilgungsbestimmung des Rechnungsempfängers für den Fall, dass der Rechnungsempfänger bei Teilzahlung die Anwendung des Absatzes 2 ausschließen will.“</li> </ol> <p>(4) Leistungen anderer <i>Verbindungsnetzbetreiber</i> oder Diensteanbieter, die über den Anschluss eines Teilnehmernetzbetreibers von einem Endnutzer in Anspruch genommen werden, gelten für Zwecke der Umsatzsteuer als vom Teilnehmer-</p>	<p>„(1) Soweit ein Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten dem Teilnehmer eine Rechnung stellt, die auch Entgelte für Leistungen Dritter ausweist, muss die Rechnung des Anbieters in einer hervorgehobenen und deutlich gestalteten Form Folgendes enthalten:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die konkrete Bezeichnung der in Rechnung gestellten Leistungen,</li> <li>2. die Namen und ladungsfähigen Anschriften beteiligter Anbieter von Netzdienstleistungen,</li> <li>3. <b>einen Hinweis auf den Informationsanspruch des Teilnehmers nach § 45p,</b></li> <li>4. die kostenfreien <b>Kundendiensttelefonnummern der beteiligten Anbieter von Netzdienstleistungen und des rechnungsstellenden Anbieters, unter denen der Teilnehmer die Informationen nach § 45p erlangen kann,</b></li> <li>5. die Gesamthöhe der auf jeden Anbieter entfallenden Entgelte.</li> </ol> <p>§ 45e bleibt unberührt. Zahlt der Teilnehmer den Gesamtbetrag der Rechnung an den rechnungsstellenden Anbieter, so befreit ihn diese Zahlung von der Zahlungsverpflichtung auch gegenüber den anderen auf der Rechnung aufgeführten Anbietern.“</p> <p>(2) <b>entfällt</b></p> <p>(3) <b>entfällt</b></p> <p><b>b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:</b></p> <p>„(4) Leistungen anderer <b>beteiligter Anbieter von Netzdienstleistungen</b> oder Diensteanbieter, die über den Anschluss eines Teilnehmernetzbetreibers von einem Endnutzer in Anspruch genommen werden, gelten für</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>netzbetreiber in eigenem Namen und für Rechnung des <i>Verbindungsnetzbetreibers</i> oder Diensteanbieters an den Endnutzer erbracht; dies gilt entsprechend für Leistungen anderer <i>Verbindungsnetzbetreiber</i> oder Diensteanbieter gegenüber einem <i>Verbindungsnetzbetreiber</i>, der über diese Leistungen in eigenem Namen und für fremde Rechnung gegenüber dem Teilnehmer-netzbetreiber oder einem weiteren <i>Verbindungsnetzbetreiber</i> abrechnet.</p>	<p>Zwecke der Umsatzsteuer als vom Teilnehmer-netzbetreiber in eigenem Namen und für Rechnung des <b>beteiligten Anbieters von Netzdienstleistungen</b> oder Diensteanbieters an den Endnutzer erbracht; dies gilt entsprechend für Leistungen anderer beteiligter Anbieter von Netzdienstleistungen oder Diensteanbieter gegenüber einem <b>beteiligten Anbieter von Netzdienstleistungen</b>, der über diese Leistungen in eigenem Namen <b>und</b> für fremde Rechnung gegenüber dem Teilnehmer-netzbetreiber oder einem weiteren <b>beteiligten Anbieter von Netzdienstleistungen</b> abrechnet.“</p> <p>c) Folgender Absatz 5 wird angefügt:  <b>„(5) Die Einzelheiten darüber, welche Angaben nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 auf der Rechnung mindestens für einen transparenten und nachvollziehbaren Hinweis auf den Informationsanspruch des Teilnehmers nach § 45p erforderlich sind, kann die Bundesnetzagentur durch Verfügung im Amtsblatt festlegen.“</b></p>
<p>40. § 45k wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „an festen Standorten“ gestrichen <i>und wird die Angabe „§ 45o Satz 3“ durch die Angabe „§ 45p Satz 3“ ersetzt.</i></p> <p>b) In Absatz 2 werden die Sätze 2 und 3 durch folgende Sätze ersetzt:  „Bei der Berechnung der Höhe des Betrags nach Satz 1 bleiben nicht titulierte Forderungen, die der Teilnehmer form- und fristgerecht und schlüssig begründet beanstandet hat, außer Betracht. Ebenso bleiben nicht titulierte bestrittene Forderungen Dritter im Sinne des § 45h Absatz 1 Satz 1 außer Betracht. Dies gilt auch dann, wenn diese Forderungen abgetreten worden sind. Die Bestimmungen der Sätze 2 bis 4 gelten nicht, wenn der Anbieter den Teilnehmer zuvor zur vorläufigen Zahlung eines Durchschnittsbetrags nach § 45j aufgefordert und der Teilnehmer diesen nicht binnen zwei Wochen gezahlt hat.“</p>	<p>41. § 45k wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „an festen Standorten“ gestrichen.</p> <p>b) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>41. § 45n wird wie folgt gefasst:  „§ 45n  Transparenz <i>und</i> Veröffentlichung von Informationen</p> <p>(1) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, dem Bundesministerium der Justiz und dem Bundes-</p>	<p>42. § 45n wird wie folgt gefasst:  „§ 45n  Transparenz, Veröffentlichung von Informationen <b>und zusätzliche Dienstemerkmale zur Kostenkontrolle</b></p> <p>(1) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird ermächtigt im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, dem Bundesministerium der Justiz und dem Bundes-</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundestages Rahmenvorschriften zur Förderung der Transparenz <i>und</i> Veröffentlichung von Informationen auf dem Telekommunikationsmarkt zu erlassen.</p> <p>(2) In der Rechtsverordnung nach Absatz 1 können Anbieter von öffentlichen Telekommunikationsnetzen und Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste verpflichtet werden, transparente, vergleichbare, ausreichende und aktuelle Informationen zu veröffentlichen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. über geltende Preise und Tarife,</li> <li>2. über die bei Vertragskündigung anfallenden Gebühren und</li> <li>3. über Standardbedingungen für den Zugang zu den von ihnen für Endnutzer und Verbraucher bereitgestellten Diensten und deren Nutzung.</li> </ol> <p>(3) Im Rahmen des Absatzes 2 Nummer 3 können Anbieter von öffentlichen Telekommunikationsnetzen und Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste verpflichtet werden, Folgendes zu veröffentlichen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. den Namen und die ladungsfähige Anschrift, bei juristischen Personen auch die Rechtsform, den Sitz und das zuständige Registergericht,</li> <li>2. den Umfang der angebotenen Dienste,</li> <li>3. Einzelheiten zu den Preisen der angebotenen Dienste, Dienstmerkmalen und Wartungsdiensten einschließlich etwaiger besonderer Preise für bestimmte Endnutzergruppen sowie Kosten für Endeinrichtungen,</li> <li>4. Einzelheiten zu ihren Entschädigungs- und Erstattungsregelungen und deren Handhabung,</li> <li>5. ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen und die von ihnen angebotenen Mindestvertragslaufzeiten, die Voraussetzungen für einen Anbieterwechsel nach § 46, Kündigungsbedingungen sowie Verfahren und direkte Entgelte im Zusammenhang mit der Übertragung von Rufnummern oder anderen Kennungen,</li> <li>6. allgemeine und anbieterbezogene Informationen über die Verfahren zur Streitbeilegung und</li> <li>7. Informationen über grundlegende Rechte der Endnutzer von Telekommunikationsdiensten, insbesondere <ol style="list-style-type: none"> <li>a) zu Einzelbindungsnachweisen,</li> <li>b) zu beschränkten und für den Endnutzer kostenlosen Sperren abgehender Verbindungen</li> </ol> </li> </ol>	<p>ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundestages Rahmenvorschriften zur Förderung der Transparenz, Veröffentlichung von Informationen <b>und zusätzlicher Dienstmerkmale zur Kostenkontrolle</b> auf dem Telekommunikationsmarkt zu erlassen.</p> <p>(2) In der Rechtsverordnung nach Absatz 1 können Anbieter von öffentlichen Telekommunikationsnetzen und Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste verpflichtet werden, transparente, vergleichbare, ausreichende und aktuelle Informationen zu veröffentlichen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. über geltende Preise und Tarife,</li> <li>2. über die bei Vertragskündigung anfallenden Gebühren und</li> <li>3. über Standardbedingungen für den Zugang zu den von ihnen für Endnutzer und Verbraucher bereitgestellten Diensten und deren Nutzung.</li> <li><b>4. über die Dienstqualität sowie über die zur Gewährleistung der Gleichwertigkeit beim Zugang für behinderte Endnutzer getroffenen Maßnahmen.</b></li> </ol> <p>(3) <b>unverändert</b></p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>dungen oder von Kurzwahl-Datendiensten oder, soweit technisch möglich, anderer Arten ähnlicher Anwendungen,</p> <p>c) zur Nutzung öffentlicher Telekommunikationsnetze gegen Vorauszahlung,</p> <p>d) zur Verteilung der Kosten für einen Netzanschluss auf einen längeren Zeitraum,</p> <p>e) zu den Folgen von Zahlungsverzug für mögliche Sperren und</p> <p>f) zu den Dienstmerkmalen Tonwahl- und Mehrfrequenzwahlverfahren und Anzeige der Rufnummer des Anrufers.</p> <p>(4) In der Rechtsverordnung nach Absatz 1 können Anbieter von öffentlichen Telekommunikationsnetzen und Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste unter anderem verpflichtet werden,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. bei Nummern oder Diensten, für die eine besondere Preisgestaltung gilt, den Teilnehmern die dafür geltenden Tarife anzugeben; für einzelne Kategorien von Diensten kann verlangt werden, diese Informationen unmittelbar vor Herstellung der Verbindung bereitzustellen,</li> <li>2. die Teilnehmer über jede Änderung des Zugangs zu Notdiensten oder der Angaben zum Anruferstandort bei dem Dienst, bei dem sie angemeldet sind, zu informieren,</li> <li>3. die Teilnehmer über jede Änderung der Einschränkungen im Hinblick auf den Zugang zu und die Nutzung von Diensten und Anwendungen zu informieren,</li> <li>4. Informationen bereitzustellen über alle vom Betreiber zur Messung und Kontrolle des Datenverkehrs eingerichteten Verfahren, um eine Kapazitätsauslastung oder Überlastung einer Netzverbindung zu vermeiden, und über die möglichen Auswirkungen dieser Verfahren auf die Dienstqualität,</li> <li>5. nach Artikel 12 der Richtlinie 2002/58/EG die Teilnehmer über ihr Recht auf eine Entscheidung über Aufnahme oder Nichtaufnahme ihrer personenbezogenen Daten in ein Teilnehmerverzeichnis und über die Art der betreffenden Daten zu informieren sowie</li> <li>6. behinderte Teilnehmer regelmäßig über Einzelheiten der für sie bestimmten Produkte und Dienste zu informieren.</li> </ol> <p>Falls dies als zweckdienlich erachtet wird, können in der Verordnung auch Verfahren zur Selbst- oder Koregulierung vorgesehen werden.</p> <p>(5) Die Informationen sind in klarer, verständlicher und leicht zugänglicher Form zu veröffentlichen. In der Rechtsverordnung nach Absatz 1 können hinsichtlich Ort und Form der Veröffentlichung weitere Anforderungen festgelegt werden.</p>	<p>(4) u n v e r ä n d e r t</p> <p>(5) u n v e r ä n d e r t</p> <p><b>(6) In der Rechtsverordnung nach Absatz 1 können Anbieter öffentlich zugänglicher Tele-</b></p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>(6) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie kann die Ermächtigung nach Absatz 1 durch Rechtsverordnung an die Bundesnetzagentur übertragen. Eine Rechtsverordnung der Bundesnetzagentur bedarf des Einvernehmens mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, dem Bundesministerium des Innern, dem Bundesministerium der Justiz, dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und dem Bundestag.</p> <p>(7) Die Bundesnetzagentur kann in ihrem Amtsblatt oder auf ihrer Internetseite jegliche Information veröffentlichen, die für Endnutzer Bedeutung haben kann. Sonstige Rechtsvorschriften, namentlich zum Schutz personenbezogener</p>	<p><b>fondienste und Anbieter öffentlicher Telekommunikationsnetze verpflichtet werden,</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li><b>1. eine Einrichtung anzubieten, mit der der Teilnehmer auf Antrag bei den Anbietern abgehende Verbindungen oder Kurzwahl-Datendienste oder andere Arten ähnlicher Anwendungen oder bestimmte Arten von Nummern kostenlos sperren lassen kann,</b></li> <li><b>2. eine Einrichtung anzubieten, mit der der Teilnehmer bei seinem Anbieter die Identifizierung seines Mobilfunkanschlusses zur Inanspruchnahme und Abrechnung einer neben der Verbindung erbrachten Leistung unentgeltlich netzseitig sperren lassen kann,</b></li> <li><b>3. Verbrauchern einen Anschluss an das öffentliche Telekommunikationsnetz auf der Grundlage zeitlich gestreckter Zahlungen zu gewähren,</b></li> <li><b>4. eine Einrichtung anzubieten, mit der der Teilnehmer vom Anbieter Informationen über etwaige preisgünstigere alternative Tarife des jeweiligen Unternehmens anfordern kann, oder</b></li> <li><b>5. eine geeignete Einrichtung anzubieten, um die Kosten öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste zu kontrollieren, einschließlich unentgeltlicher Warnhinweise für die Verbraucher bei anormalem oder übermäßigem Verbraucherverhalten, die sich an Artikel 6a Absatz 1 bis 3 der Verordnung über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Gemeinschaft (Verordnung (EG) Nr. 717/2007 vom 27. Juni 2007, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 544/2009) orientiert.</b></li> </ol> <p><b>Eine Verpflichtung zum Angebot der zusätzlichen Dienstemerkmale nach Satz 1 kommt nach Berücksichtigung der Ansichten der Betroffenen nicht in Betracht, wenn bereits in ausreichendem Umfang Zugang zu diesen Dienstmerkmalen besteht.</b></p> <p>(7) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie kann die Ermächtigung nach Absatz 1 durch Rechtsverordnung an die Bundesnetzagentur übertragen. Eine Rechtsverordnung der Bundesnetzagentur bedarf des Einvernehmens mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, dem Bundesministerium des Innern, dem Bundesministerium der Justiz, dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und dem Bundestag.</p> <p><b>(8) u n v e r ä n d e r t</b></p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>Daten und zum Presserecht, bleiben unberührt. Die Bundesnetzagentur kann zur Bereitstellung von vergleichbaren Informationen nach Absatz 1 interaktive Führer oder ähnliche Techniken selbst oder über Dritte bereitstellen, wenn diese auf dem Markt nicht kostenlos oder zu einem angemessenen Preis zur Verfügung stehen. Zur Bereitstellung nach Satz 3 ist die Nutzung der von Anbietern von Telekommunikationsnetzen und von Anbietern öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste veröffentlichten Informationen für die Bundesnetzagentur oder für Dritte kostenlos.“</p>	
<p>42. <i>Nach § 45n wird folgender § 45o eingefügt:</i>  <i>„§ 45o</i>  <i>Dienstqualität und zusätzliche Dienstmerkmale zur Kostenkontrolle</i>  <i>(1) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, dem Bundesministerium der Justiz, dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Rahmenvorschriften für die Dienstqualität und für zusätzliche Dienstmerkmale, die der Kostenkontrolle dienen, zu erlassen.</i>  <i>(2) In der Rechtsverordnung nach Absatz 1 können Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste und Anbieter öffentlicher Telekommunikationsnetze zur Veröffentlichung vergleichbarer, angemessener und aktueller Endnutzerinformationen über die Dienstqualität sowie über die zur Gewährleistung der Gleichwertigkeit beim Zugang für behinderte Endnutzer getroffenen Maßnahmen verpflichtet werden.</i>  <i>(3) In der Rechtsverordnung nach Absatz 1 können gegenüber den Unternehmen, die öffentliche Telekommunikationsnetze betreiben, Mindestanforderungen an die Dienstqualität festgelegt werden, um eine Verschlechterung von Diensten und eine Behinderung oder Verlangsamung des Datenverkehrs in den Netzen zu verhindern. Bevor die Mindestanforderungen festgelegt werden, sind die Gründe für ein Tätigwerden, die geplanten Anforderungen und die vorgeschlagene Vorgehensweise zusammenfassend darzustellen, diese Darstellung ist der Kommission und dem GEREK rechtzeitig zu übermitteln. Den Kommentaren oder Empfehlungen der Kommission ist weitestgehend Rechnung zu tragen, wenn die Anforderungen festgelegt werden.</i>  <i>(4) In der Rechtsverordnung nach Absatz 1 können Anbieter öffentlich zugänglicher Telefon-</i></p>	<p><b>entfällt</b></p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p><i>dienste und Anbieter öffentlicher Telekommunikationsnetze verpflichtet werden,</i></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <i>eine Einrichtung anzubieten, mit der der Teilnehmer auf Antrag bei den Anbietern abgehende Verbindungen oder Kurzwahl-Datendienste oder andere Arten ähnlicher Anwendungen oder bestimmte Arten von Nummern kostenlos sperren lassen kann,</i></li> <li>2. <i>Verbrauchern einen Anschluss an das öffentliche Telekommunikationsnetz auf der Grundlage zeitlich gestreckter Zahlungen zu gewährleisten,</i></li> <li>3. <i>eine Einrichtung anzubieten, mit der der Teilnehmer vom Anbieter Informationen über etwaige preisgünstigere alternative Tarife des jeweiligen Unternehmens anfordern kann, oder</i></li> <li>4. <i>eine geeignete Einrichtung anzubieten, um die Kosten öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste zu kontrollieren, einschließlich unentgeltlicher Warnhinweise für die Verbraucher bei anormalem oder übermäßigem Verbraucherverhalten.</i></li> </ol> <p><i>Eine Verpflichtung zum Angebot der zusätzlichen Dienstmerkmale nach Satz 1 kommt nach Berücksichtigung der Ansichten der Betroffenen nicht in Betracht, wenn bereits in ausreichendem Umfang Zugang zu diesen Dienstmerkmalen besteht.</i></p> <p><i>(5) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie kann die Ermächtigung nach Absatz 1 durch Rechtsverordnung an die Bundesnetzagentur übertragen. Eine Rechtsverordnung der Bundesnetzagentur bedarf des Einvernehmens mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, dem Bundesministerium des Innern, dem Bundesministerium der Justiz, dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und dem Bundestag.“</i></p>	
<p>43. <i>Die bisherigen §§ 45o und 45p werden die §§ 45p und 45q.</i></p>	<p><b>entfällt</b></p>
	<p><b>43. Der bisherige § 45p wird wie folgt gefasst:</b>  <b>„(1) Stellt der Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten dem Teilnehmer eine Rechnung, die auch Entgelte für Leistungen Dritter ausweist, so muss er dem Teilnehmer auf Verlangen unverzüglich kostenfrei folgende Informationen zur Verfügung stellen:</b>  <b>1. die Namen und ladungsfähigen Anschriften der Dritten,</b></p>



Gesetzentwurf	Änderung
	<p><b>2. bei Diensteanbietern mit Sitz im Ausland zusätzlich die ladungsfähige Anschrift eines allgemeinen Zustellungsbevollmächtigten im Inland.</b></p> <p><b>Die gleiche Verpflichtung trifft auch den beteiligten Anbieter von Netzdienstleistungen.</b></p> <p><b>(2) Der verantwortliche Anbieter einer neben der Verbindung erbrachten Leistung muss auf Verlangen des Teilnehmers diesen über den Grund und Gegenstand des Entgeltanspruchs, der nicht ausschließlich Gegenleistung einer Verbindungsleistung ist, insbesondere über die Art der erbrachten Leistung, unterrichten.“</b></p>
<p>44. § 46 wird wie folgt gefasst:</p> <p style="text-align: center;">„§ 46</p> <p style="text-align: center;">Anbieterwechsel und Umzug</p> <p>(1) Die Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten und die Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze müssen bei einem Anbieterwechsel sicherstellen, dass die Leistung des abgebenden Unternehmens gegenüber dem Teilnehmer nicht unterbrochen wird, bevor die vertraglichen und technischen Voraussetzungen für einen Anbieterwechsel vorliegen, es sei denn, der Teilnehmer verlangt dieses. Bei einem Anbieterwechsel darf der Dienst des Teilnehmers nicht länger als einen Kalendertag unterbrochen werden. Schlägt der Wechsel innerhalb dieser Frist fehl, gilt Satz 1 entsprechend.</p> <p>(2) Das abgebende Unternehmen hat ab Beendigung der vertraglich vereinbarten Leistung bis zum Ende der Leistungspflicht nach Absatz 1 Satz 1 gegenüber dem Teilnehmer einen Anspruch auf Entgeltzahlung. Die Höhe des Entgelts richtet sich nach den ursprünglich vereinbarten Vertragsbedingungen mit der Maßgabe, dass sich die vereinbarten Anschlussentgelte um 50 Prozent reduzieren, es sei denn, das abgebende Unternehmen weist nach, dass der Teilnehmer das Scheitern des Anbieterwechsels zu vertreten hat. Das abgebende Unternehmen hat im Falle des Absatzes 1 Satz 1 gegenüber dem Teilnehmer eine taggenaue Abrechnung vorzunehmen. Der Anspruch des aufnehmenden Unternehmens auf Entgeltzahlung gegenüber dem Teilnehmer entsteht nicht vor erfolgreichem Abschluss des Anbieterwechsels.</p> <p>(3) Um den Anbieterwechsel nach Absatz 1 zu gewährleisten, müssen Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze in ihren Netzen insbesondere sicherstellen, dass Teilnehmer ihre Rufnummer unabhängig von dem Unternehmen, das den Telefondienst erbringt, wie folgt beibehalten können:</p>	<p>44. § 46 wird wie folgt gefasst:</p> <p style="text-align: center;">„§ 46</p> <p style="text-align: center;">Anbieterwechsel und Umzug</p> <p>(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>1. im Fall geografisch gebundener Rufnummern an einem bestimmten Standort und</p> <p>2. im Fall nicht geografisch gebundener Rufnummern an jedem Standort.</p> <p>Die Regelung in Satz 1 gilt nur innerhalb der Nummernräume oder Nummerteilräume, die für einen Telefondienst festgelegt wurden. Insbesondere ist die Übertragung von Rufnummern für Telefondienste an festen Standorten zu solchen ohne festen Standort und umgekehrt unzulässig.</p> <p>(4) Um den Anbieterwechsel nach Absatz 1 zu gewährleisten, müssen Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten insbesondere sicherstellen, dass ihre Endnutzer ihnen zugeteilte Rufnummern bei einem Wechsel des Anbieters von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten entsprechend Absatz 3 beibehalten können. Die technische Aktivierung der Rufnummer hat in jedem Fall innerhalb eines Kalendertages zu erfolgen. Für die Anbieter öffentlich zugänglicher Mobilfunkdienste gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass der Endnutzer jederzeit die Übertragung der zugeteilten Rufnummer verlangen kann. Der bestehende Vertrag zwischen Endnutzer und abgebendem Anbieter öffentlich zugänglicher Mobilfunkdienste bleibt davon unberührt. Der abgebende Anbieter ist in diesem Fall verpflichtet, den Endnutzer zuvor über alle anfallenden Kosten zu informieren. Auf Verlangen hat der abgebende Anbieter dem Endnutzer eine neue Rufnummer zuzuteilen.</p> <p>(5) Dem Teilnehmer können nur die Kosten in Rechnung gestellt werden, die einmalig beim Wechsel entstehen. Das Gleiche gilt für die Kosten, die ein Netzbetreiber einem Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten in Rechnung stellt. Etwaige Entgelte unterliegen einer nachträglichen Regulierung nach Maßgabe des § 38 Absatz 2 bis 4.</p> <p>(6) Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze haben in ihren Netzen sicherzustellen, dass alle Anrufe in den europäischen Telefonnummerraum ausgeführt werden.</p> <p>(7) Die Erklärung des Teilnehmers zur Einrichtung oder Änderung der Betreibervorauswahl oder die von ihm erteilte Vollmacht zur Abgabe dieser Erklärung bedarf der Textform.</p> <p>(8) Der Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten, der mit einem Verbraucher einen Vertrag über öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste geschlossen hat, ist verpflichtet, wenn der Verbraucher seinen Wohnsitz wechselt, die vertraglich geschuldete Leistung an dem neuen Wohnsitz des Verbrauchers ohne Änderung der vereinbarten</p>	<p>(4) Um den Anbieterwechsel nach Absatz 1 zu gewährleisten, müssen Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten insbesondere sicherstellen, dass ihre Endnutzer ihnen zugeteilte Rufnummern bei einem Wechsel des Anbieters von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten entsprechend Absatz 3 beibehalten können. Die technische Aktivierung der Rufnummer hat in jedem Fall innerhalb eines Kalendertages zu erfolgen. Für die Anbieter öffentlich zugänglicher Mobilfunkdienste gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass der Endnutzer jederzeit die Übertragung der zugeteilten Rufnummer verlangen kann. Der bestehende Vertrag zwischen Endnutzer und abgebendem Anbieter öffentlich zugänglicher Mobilfunkdienste bleibt davon unberührt; <b>hierauf hat der aufnehmende Anbieter den Endnutzer vor Vertragsschluss in Textform hinzuweisen.</b> Der abgebende Anbieter ist in diesem Fall verpflichtet, den Endnutzer zuvor über alle anfallenden Kosten zu informieren. Auf Verlangen hat der abgebende Anbieter dem Endnutzer eine neue Rufnummer zuzuteilen.</p> <p>(5) u n v e r ä n d e r t</p> <p>(6) u n v e r ä n d e r t</p> <p>(7) u n v e r ä n d e r t</p> <p>(8) Der Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten, der mit einem Verbraucher einen Vertrag über öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste geschlossen hat, ist verpflichtet, wenn der Verbraucher seinen Wohnsitz wechselt, die vertraglich geschuldete Leistung an dem neuen Wohnsitz des Verbrauchers ohne Änderung der vereinbarten</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>Vertragslaufzeit zu erbringen, soweit diese dort angeboten wird. Der Anbieter kann ein angemessenes Entgelt für den durch den Umzug entstandenen Aufwand verlangen. Wird die Leistung am neuen Wohnsitz nicht angeboten, ist der Verbraucher zur Kündigung des Vertrages unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten zum Ende eines Kalendermonats berechtigt. In jedem Fall ist der Anbieter des öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienstes verpflichtet, den Anbieter des öffentlichen Telekommunikationsnetzes über den Auszug des Verbrauchers unverzüglich zu informieren, wenn der Anbieter des öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienstes Kenntnis vom Umzug des Verbrauchers erlangt hat.</p> <p>(9) Die Bundesnetzagentur kann die Einzelheiten des Verfahrens für den Anbieterwechsel und die Informationsverpflichtung nach Absatz 8 Satz 4 festlegen. Dabei ist insbesondere Folgendes zu berücksichtigen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. das Vertragsrecht,</li> <li>2. die technische Entwicklung,</li> <li>3. die Notwendigkeit, dem Teilnehmer die Kontinuität der Dienstleistung zu gewährleisten, und</li> <li>4. erforderlichenfalls Maßnahmen, die sicherstellen, dass Teilnehmer während des gesamten Übertragungsverfahrens geschützt sind und nicht gegen ihren Willen auf einen anderen Anbieter umgestellt werden.</li> </ol> <p>Für Teilnehmer, die keine Verbraucher sind und mit denen der Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten eine Individualvereinbarung getroffen hat, kann die Bundesnetzagentur von den Absätzen 1 und 2 abweichende Regelungen treffen. Die Befugnisse nach Teil 2 dieses Gesetzes und nach § 77a Absatz 1 und 2 bleiben unberührt.“</p>	<p>Vertragslaufzeit <b>und der sonstigen Vertragsinhalte</b> zu erbringen, soweit diese Leistung dort angeboten wird. Der Anbieter kann ein angemessenes Entgelt für den durch den Umzug entstandenen Aufwand verlangen, <b>das jedoch nicht höher sein darf als das für die Schaltung eines Neuanschlusses vorgesehene Entgelt.</b> Wird die Leistung am neuen Wohnsitz nicht angeboten, ist der Verbraucher zur Kündigung des Vertrages unter Einhaltung einer Kündigungsfrist <b>von</b> drei Monaten zum Ende eines Kalendermonats <b>be</b>rechtigt. In jedem Fall ist der Anbieter <b>des</b> öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienstes verpflichtet, den Anbieter <b>des</b> öffentlichen Telekommunikationsnetzes <b>über den</b> Auszug des Verbrauchers unverzüglich <b>zu</b> informieren, wenn der Anbieter <b>des</b> öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienstes Kenntnis vom Umzug des Verbrauchers erlangt hat.</p> <p>(9) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
	<p><b>45. In § 47 Absatz 1 Satz 1 werden nach den Wörtern „zugänglichen Auskunftsdiensten,“ die Wörter „Diensten zur Unterrichtung über einen individuellen Gesprächswunsch eines anderen Nutzers nach § 95 Absatz 2 Satz 1“ eingefügt.</b></p>
<p>45. § 47a wird wie folgt geändert: a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst: „(1) Kommt es zwischen dem Teilnehmer und einem Betreiber von öffentlichen Telekommunikationsnetzen oder einem Anbieter</p>	<p><b>46. u n v e r ä n d e r t</b></p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten zum Streit darüber, ob der Betreiber oder Anbieter dem Teilnehmer gegenüber eine Verpflichtung erfüllt hat, die sich auf die Bedingungen oder die Ausführung der Verträge über die Bereitstellung dieser Netze oder Dienste bezieht und mit folgenden Regelungen zusammenhängt:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. den §§ 43a, 43b, 45 bis 46 oder den auf Grund dieser Regelungen erlassenen Rechtsverordnungen und § 84 oder</li> <li>2. der Verordnung (EG) Nr. 717/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2007 über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 2002/21/EG (ABl. L 171 vom 29.6.2007, S. 32), die zuletzt durch die Verordnung (EG) Nr. 544/2009 (ABl. L 167 vom 29.6.2009, S. 12) geändert worden ist,</li> </ol> <p>kann der Teilnehmer bei der Bundesnetzagentur durch einen Antrag ein Schlichtungsverfahren einleiten.“</p> <p>b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(3) Das Schlichtungsverfahren endet, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Schlichtungsantrag zurückgenommen wird,</li> <li>2. der Teilnehmer und der Anbieter sich geeinigt und dies der Bundesnetzagentur mitgeteilt haben,</li> <li>3. der Teilnehmer und der Anbieter übereinstimmend erklären, dass sich der Streit erledigt hat,</li> <li>4. die Bundesnetzagentur dem Teilnehmer und dem Anbieter schriftlich mitteilt, dass eine Einigung im Schlichtungsverfahren nicht erreicht werden konnte, oder</li> <li>5. die Bundesnetzagentur feststellt, dass Belange nach Absatz 1 nicht mehr berührt sind.“</li> </ol>	
<p>46. In § 47b werden nach dem Wort „Teils“ die Wörter „oder der auf Grund dieses Teils erlassenen Rechtsverordnungen“ eingefügt.</p>	<p>47. un verändert</p>
<p>47. § 48 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(3) Jedes zum Verkauf, zur Miete oder anderweitig angebotene digitale Fernsehempfangsgerät, das für den Empfang von konventionellen Fernsehsignalen und für eine Zugangsberechtigung vorgesehen ist, muss Signale darstellen können,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die einem einheitlichen europäischen Verschlüsselungsalgorithmus entsprechen, wie er von einer anerkannten europäischen Normen-</li> </ol>	<p>48. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>organisation verwaltet wird,</p> <p>2. die keine Zugangsberechtigung erfordern; bei Mietgeräten gilt dies nur, sofern die mietvertraglichen Bestimmungen vom Mieter eingehalten werden.“</p>	
<p>48. § 52 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:          „(1) Zur Sicherstellung einer effizienten und störungsfreien Nutzung von Frequenzen und unter Berücksichtigung der in § 2 genannten weiteren Regulierungsziele werden Frequenzbereiche zugewiesen und in Frequenznutzungen aufgeteilt, Frequenzen zugeteilt und Frequenznutzungen überwacht.“</p>	<p>49. un verändert</p>
<p>49. § 53 wird wie folgt gefasst:          „§ 53          Frequenzzuweisung          (1) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, die Frequenzzuweisungen für die Bundesrepublik Deutschland sowie darauf bezogene weitere Festlegungen in einer Frequenzverordnung vorzunehmen. Verordnungen, in denen Frequenzen dem Rundfunk zugewiesen werden, bedürfen der Zustimmung des Bundesrates. In die Vorbereitung sind die von Frequenzzuweisungen betroffenen Kreise einzubeziehen.          (2) Bei der Frequenzzuweisung sind die einschlägigen internationalen Übereinkünfte, einschließlich der Vollzugsordnung für den Funkdienst (VO Funk), die europäische Harmonisierung und die technische Entwicklung zu berücksichtigen. Sind im Rahmen der Frequenzzuweisung auch Bestimmungen über Frequenznutzungen und darauf bezogene nähere Festlegungen betroffen, so sind Beschränkungen nur aus den in Artikel 9 Absatz 3 und 4 der Richtlinie 2002/21/EG genannten Gründen zulässig.“</p>	<p>50. un verändert</p>
<p>50. § 54 wird wie folgt gefasst:          „§ 54          Frequenznutzung          (1) Auf der Grundlage der Frequenzzuweisungen und Festlegungen in der Verordnung nach § 53 teilt die Bundesnetzagentur die Frequenzbereiche in Frequenznutzungen sowie darauf bezogene Nutzungsbestimmungen auf (Frequenzplan). Dabei beteiligt sie die betroffenen Bundes- und Landesbehörden, die betroffenen Kreise und die Öffentlichkeit und berücksichtigt die in § 2 genannten Regulierungsziele. Die Frequenznutzung und die Nutzungsbestimmungen werden durch</p>	<p>51. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>technische, betriebliche oder regulatorische Parameter beschrieben. Zu diesen Parametern können auch Angaben zu Nutzungsbeschränkungen und zu geplanten Nutzungen gehören. Der Frequenzplan sowie dessen Änderungen sind zu veröffentlichen.</p> <p>(2) Frequenzen für den drahtlosen Netzzugang zu Telekommunikationsdiensten sind unbeschadet von Absatz 3 so auszuweisen, dass alle hierfür vorgesehenen Technologien verwendet werden dürfen und alle Arten von Telekommunikationsdiensten zulässig sind.</p> <p>(3) § 53 Absatz 2 gilt entsprechend.“</p>	
<p>51. § 55 wird wie <b>folgt geändert</b>:</p> <p>a) In Absatz 1 Satz 3 wird das Wort „Frequenznutzungsplanes“ durch das Wort „Frequenzplanes“ ersetzt.</p> <p>b) Absatz 1 Satz 5 wird wie folgt gefasst:          „Sofern für Behörden zur Ausübung gesetzlicher Befugnisse die Nutzung bereits anderen zugewiesener Frequenzen erforderlich ist und diese Nutzung keine wesentlichen zeitlichen und räumlichen Nutzungsbeeinträchtigungen erwarten lässt, ist die Nutzung unter Einhaltung der von der Bundesnetzagentur im Benehmen mit den Bedarfsträgern und Rechteinhabern festgelegten Rahmenbedingungen gestattet, ohne dass dies einer Frequenzzuteilung bedarf.“</p> <p>c) Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Nutzung“ die Wörter „von bestimmten Frequenzen“ gestrichen.</p> <p>bb) In Satz 2 wird das Wort „Frequenzzuteilung“ durch das Wort „Allgemeinzuteilung“ ersetzt.</p> <p>d) Die Absätze 3 und 4 werden wie folgt gefasst:          „(3) Ist eine Allgemeinzuteilung nicht möglich, werden durch die Bundesnetzagentur Frequenzen für einzelne Frequenznutzungen natürlichen Personen, juristischen Personen oder Personenvereinigungen, soweit ihnen ein Recht zustehen kann, auf Antrag einzeln zugewiesen. Frequenzen werden insbesondere dann einzeln zugewiesen, wenn eine Gefahr von funktionsmäßigen Störungen nicht anders ausgeschlossen werden kann oder wenn dies zur Sicherstellung einer effizienten Frequenznutzung notwendig ist. Die Entscheidung über die Gewährung von Nutzungsrechten, die für das Angebot von Telekommunikationsdiensten bestimmt sind, wird veröffentlicht.</p> <p>(4) Der Antrag auf Einzelzuteilung nach Absatz 3 ist in Textform zu stellen. In dem Antrag ist das Gebiet zu bezeichnen, in dem</p>	<p>52. § 55 wird wie <b>folgt gefasst</b>:</p> <p>a) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>b) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>c) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>d) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>die Frequenz genutzt werden soll. Die Erfüllung der subjektiven Voraussetzungen für die Frequenzzuteilung ist im Hinblick auf eine effiziente und störungsfreie Frequenznutzung und weitere Bedingungen nach Anhang B der Richtlinie 2002/20/EG darzulegen. Die Bundesnetzagentur entscheidet über vollständige Anträge innerhalb von sechs Wochen. Von dieser Frist unberührt bleiben geltende internationale Vereinbarungen über die Nutzung von Funkfrequenzen und Erdumlaufpositionen.“</p> <p>e) Absatz 5 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 Nummer 1 wird das Wort „Frequenznutzungsplan“ durch das Wort „Frequenzplan“ ersetzt.</p> <p>bb) Satz 2 wird <i>wie folgt gefasst</i>:</p> <p>„Eine Frequenzzuteilung kann ganz oder teilweise versagt werden, wenn die vom Antragsteller beabsichtigte Nutzung mit den Regulierungszielen nach § 2 nicht vereinbar ist. Sind Belange der Länder bei der Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder betroffen, ist auf der Grundlage der rundfunkrechtlichen Festlegungen das Benehmen mit der zuständigen Landesbehörde herzustellen.“</p> <p>f) Nach Absatz 5 wird folgender Absatz 6 eingefügt:</p> <p>„(6) Der Antragsteller hat keinen Anspruch auf eine bestimmte Einzelfrequenz.“</p> <p>g) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 7 und Satz 2 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„Bei der Bundesnetzagentur anzuzeigen sind Namensänderungen, Anschriftenänderungen, unmittelbare und mittelbare Änderungen in den Eigentumsverhältnissen, auch bei verbundenen Unternehmen, und identitätswahrende Umwandlungen.“</p> <p>h) Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 8 und wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 wird das Wort „Schriftform“ durch das Wort „Textform“ ersetzt.</p> <p>bb) Die Sätze 3 und 4 werden wie folgt gefasst:</p> <p>„Dem Änderungsantrag ist zuzustimmen, wenn die Voraussetzungen für eine Frequenzzuteilung nach Absatz 5 vorliegen, eine Wettbewerbsverzerrung auf dem sachlich und räumlich relevanten Markt nicht zu besorgen ist und eine effiziente und störungsfreie Frequenznutzung gewährleistet ist. Werden Frequenzzuteilungen nicht mehr</p>	<p>e) Absatz 5 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>bb) Satz 2 wird <b>durch folgende Sätze ersetzt:</b> <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>f) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>g) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>h) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>genutzt, ist der Verzicht auf sie unverzüglich schriftlich zu erklären.“</p> <p>i) Der bisherige Absatz 8 wird Absatz 9 und wird wie folgt gefasst:          „(9) Frequenzen werden in der Regel befristet zugeteilt. Die Befristung muss für die betreffende Nutzung angemessen sein und die Amortisation der dafür notwendigen Investitionen angemessen berücksichtigen. Eine befristete Zuteilung ist zu verlängern, wenn die Voraussetzungen für eine Frequenzzuteilung nach Absatz 5 vorliegen.“</p> <p>j) Der bisherige Absatz 9 wird Absatz 10 und in Satz 1 werden die Wörter „auf Grund der von der Bundesnetzagentur festzulegenden Bedingungen“ gestrichen.</p> <p>k) Der bisherige Absatz 10 wird aufgehoben.</p>	<p>i) un verändert</p> <p>j) un verändert</p> <p>k) un verändert</p>
<p>52. § 56 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Dem Absatz 1 wird folgender Absatz 1 vorangestellt:          „(1) Natürliche oder juristische Personen mit Wohnsitz beziehungsweise Sitz in der Bundesrepublik Deutschland, die Orbitpositionen und Frequenzen durch Satelliten nutzen, unterliegen den Verpflichtungen, die sich aus der Konstitution und Konvention der Internationalen Telekommunikationsunion ergeben.“</p> <p>b) Die bisherigen Absätze 1 bis 3 werden die Absätze 2 bis 4.</p> <p>c) In dem neuen Absatz 4 werden die Wörter „Absatzes 1 Satz 3“ durch die Wörter „Absatzes 2 Satz 3“ ersetzt.</p>	<p>53. un verändert</p>
<p>53. § 57 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:          „§ 57          Frequenzzuteilung für Rundfunk, Luftfahrt, Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt und sicherheitsrelevante Funkanwendungen“.</p> <p>b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 5 wird das Wort „Frequenzbereichszuweisungsplan“ durch das Wort „Frequenzplan“ ersetzt und werden die Wörter „und im Frequenznutzungsplan ausgewiesenen“ gestrichen.</p> <p>bb) Folgende Sätze werden angefügt:          „Hat die zuständige Landesbehörde die inhaltliche Belegung einer analogen oder digitalen Frequenznutzung zur Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder einem Inhaltenanbieter zur alleinigen Nutzung zugewiesen, so kann dieser einen Ver-</p>	<p>54. un verändert</p>



Gesetzentwurf	Änderung
<p>trag mit einem Sendernetzbetreiber seiner Wahl abschließen, soweit dabei gewährleistet ist, dass den rundfunkrechtlichen Festlegungen entsprochen wurde. Sofern der Sendernetzbetreiber die Zuteilungsvoraussetzungen erfüllt, teilt ihm die Bundesnetzagentur die Frequenz auf Antrag zu. Die Frequenzzuteilung ist auf die Dauer der rundfunkrechtlichen Zuweisung der zuständigen Landesbehörde zu befristen und kann bei Fortdauern dieser Zuweisung verlängert werden.“</p> <p>c) In Absatz 2 wird das Wort „Frequenznutzungsplan“ durch das Wort „Frequenzplan“ ersetzt.</p> <p>d) Absatz 3 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 werden die Wörter „im Frequenznutzungsplan“ gestrichen und die Wörter „den Flugfunkdienst“ durch die Wörter „die Luftfahrt“ ersetzt.</p> <p>bb) Folgender Satz wird angefügt: „Dies gilt nur für Frequenzen, die auf Grund einer gültigen nationalen Erlaubnis des jeweiligen Landes, in dem das Fahrzeug registriert ist, genutzt werden.“</p> <p>e) In Absatz 4 werden die Wörter „im Frequenznutzungsplan“ gestrichen.</p> <p>f) Absatz 5 wird wie folgt gefasst: „(5) Die Bundesnetzagentur teilt Frequenzen für die Nutzung des Flugfunkdienstes zu, wenn die nach dem Luftverkehrsrecht erforderlichen Entscheidungen des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung vorliegen. Die nach § 55 festgelegte Zuständigkeit der Bundesnetzagentur und deren Eingriffsmöglichkeiten bleiben unberührt.“</p>	
<p>54. § 58 wird wie folgt gefasst: „§ 58 Gemeinsame Frequenznutzung, Erprobung innovativer Technologien, kurzfristig auftretender Frequenzbedarf (1) Frequenzen, bei denen eine effiziente Nutzung durch einen Einzelnen allein nicht zu erwarten ist, können auch mehreren zur gemeinschaftlichen Nutzung zugeteilt werden. Die Inhaber dieser Frequenzzuteilungen haben Beeinträchtigungen hinzunehmen, die sich aus einer bestimmungsgemäßen gemeinsamen Nutzung der Frequenz ergeben. (2) In begründeten Einzelfällen, insbesondere zur Erprobung innovativer Technologien in der Telekommunikation oder bei kurzfristig auftretendem Frequenzbedarf, kann von den im Fre-</p>	<p>55. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>quenzplan enthaltenen Festlegungen bei der Zuteilung von Frequenzen befristet abgewichen werden. Voraussetzung hierfür ist, dass keine Frequenznutzung beeinträchtigt wird. Sind Belange der Länder bei der Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder betroffen, ist auf der Grundlage der rundfunkrechtlichen Festlegungen das Benehmen mit der zuständigen Landesbehörde herzustellen.“</p>	
<p>55. § 59 wird aufgehoben.</p>	<p>56. un verändert</p>
<p>56. § 60 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 wird das Wort „In“ durch die Wörter „Im Rahmen“ ersetzt.</p> <p>bb) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:</p> <p>„Bei der Festlegung von Art und Umfang der Frequenzzuteilung sind internationale Vereinbarungen zur Frequenzkoordinierung zu beachten.“</p> <p>b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Frequenzen“ die Wörter „sowie der weiteren in § 2 genannten Regulierungsziele“ eingefügt.</p> <p>bb) In Satz 2 wird das Wort „Technik“ durch das Wort „Technologien“ ersetzt.</p> <p>c) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„Die Frequenzzuteilung kann Hinweise darauf enthalten, welche Parameter die Bundesnetzagentur den Festlegungen zu Art und Umfang der Frequenznutzung bezüglich der Empfangsanlagen zu Grunde gelegt hat.“</p>	<p>57. un verändert</p>
<p>57. § 61 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 55 Abs. 9“ durch die Angabe „§ 55 Absatz 10“ ersetzt.</p> <p>b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(2) Grundsätzlich ist das in Absatz 4 geregelte Versteigerungsverfahren durchzuführen, es sei denn, dieses Verfahren ist nicht geeignet, die Regulierungsziele nach § 2 sicherzustellen. Dies kann insbesondere der Fall sein, wenn für die Frequenznutzung, für die die Funkfrequenzen unter Beachtung des Frequenzplanes verwendet werden dürfen, bereits Frequenzen ohne Versteigerungsverfahren zugeteilt wurden oder wenn ein Antragsteller für die zuzuteilenden Frequenzen eine gesetzlich begründete Präferenz geltend machen</p>	<p>58. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>kann. Für Frequenzen, die für die Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder vorgesehen sind, findet das in Absatz 4 geregelte Verfahren keine Anwendung.“</p> <p>c) Absatz 3 wird aufgehoben.</p> <p>d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3 und Satz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Nummer 1 wird nach dem Wort „erfüllenden“ das Wort „subjektiven,“ eingefügt.</p> <p>bb) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:          „2. die Frequenznutzung, für die die zu vergebenden Frequenzen unter Beachtung des Frequenzplanes verwendet werden dürfen,“.</p> <p>e) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 4 und folgende Sätze werden angefügt:          „Der Versteigerung geht ein Verfahren voraus, in dem die Zulassung zur Versteigerung schriftlich zu beantragen ist. Die Bundesnetzagentur entscheidet über die Zulassung durch schriftlichen Bescheid. Der Antrag auf Zulassung ist abzulehnen, wenn der Antragsteller nicht darlegt und nachweist, dass er die nach Absatz 3 Satz 2 festgelegten und die nach § 55 Absatz 5 bestehenden Voraussetzungen erfüllt.“</p> <p>f) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 5 und wird wie folgt gefasst:          „(5) Im Fall der Ausschreibung bestimmt die Bundesnetzagentur vor Durchführung des Vergabeverfahrens die Kriterien, nach denen die Eignung der Bewerber bewertet wird. Kriterien sind die Zuverlässigkeit, Fachkunde und Leistungsfähigkeit der Bewerber, die Eignung von vorzulegenden Planungen für die Nutzung der ausgeschriebenen Frequenzen, die Förderung eines nachhaltig wettbewerbsorientierten Marktes und der räumliche Versorgungsgrad. Bei ansonsten gleicher Eignung ist derjenige Bewerber auszuwählen, der einen höheren räumlichen Versorgungsgrad mit den entsprechenden Telekommunikationsdiensten gewährleistet.“</p> <p>g) Die bisherigen Absätze 7 und 8 werden die Absätze 6 und 7.</p> <p>h) In dem neuen Absatz 7 Satz 1 werden die Angabe „Absatz 5“ durch die Angabe „Absatz 4“ und die Angabe „Absatz 6“ durch die Angabe „Absatz 5“ ersetzt.</p>	
<p>58. § 62 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:          „§ 62          Flexibilisierung“.</p> <p>b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:</p>	<p>59. unverändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>„(1) Die Bundesnetzagentur kann nach Anhörung der betroffenen Kreise Frequenzbereiche zum Handel, zur Vermietung oder zur kooperativen, gemeinschaftlichen Nutzung (Frequenzpooling) freigeben, um flexible Frequenznutzungen zu ermöglichen. Sie legt die Rahmenbedingungen und das Verfahren fest.“</p> <p>c) Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>aaa) In dem Satzteil vor Nummer 1 werden nach dem Wort „Verfahren“ die Wörter „für den Handel“ gestrichen.</p> <p>bbb) In Nummer 2 werden die Wörter „nach Frequenzhandel“ gestrichen.</p> <p>ccc) In Nummer 3 werden die Wörter „auf dem sachlich und räumlich relevanten Markt“ gestrichen.</p> <p>bb) In Satz 2 werden die Wörter „für den Frequenzhandel“ gestrichen.</p> <p>d) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(3) Erlöse, die aus Maßnahmen nach Absatz 1 erzielt werden, stehen abzüglich der Verwaltungskosten demjenigen zu, der seine Frequenznutzungsrechte Dritten überträgt oder zur Nutzung oder Mitbenutzung überlässt.“</p>	
<p>59. § 63 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Die bisherigen Absätze 1 und 2 werden durch folgenden Absatz 1 ersetzt:</p> <p>„(1) Eine Frequenzzuteilung kann widerrufen werden, wenn nicht innerhalb eines Jahres nach der Zuteilung mit der Nutzung der Frequenz im Sinne des mit der Zuteilung verfolgten Zwecks begonnen wurde oder wenn die Frequenz länger als ein Jahr nicht im Sinne des mit der Zuteilung verfolgten Zwecks genutzt worden ist. Die Frequenzzuteilung kann neben den Fällen des § 49 Absatz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes auch widerrufen werden, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. eine der Voraussetzungen nach § 55 Absatz 5 und § 57 Absatz 4 bis 6 nicht mehr gegeben ist,</li> <li>2. einer Verpflichtung, die sich aus der Frequenzzuteilung ergibt, schwer oder wiederholt zuwidergehandelt oder trotz Aufforderung nicht nachgekommen wird,</li> <li>3. nach der Frequenzzuteilung Wettbewerbsverzerrungen wahrscheinlich sind oder</li> <li>4. durch eine Änderung der Eigentumsverhältnisse in der Person des Inhabers der Frequenzzuteilung eine Wettbewerbsver-</li> </ol>	<p>60. § 63 wird wie folgt gefasst:</p> <p>a) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>zerrung zu besorgen ist.</p> <p>Die Frist bis zum Wirksamwerden des Widerrufs muss angemessen sein. Sofern Frequenzen für die Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder betroffen sind, stellt die Bundesnetzagentur auf der Grundlage der rundfunkrechtlichen Festlegungen das Benehmen mit der zuständigen Landesbehörde her.“</p> <p>b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2 und Satz 2 wird wie folgt gefasst:          „Wenn bei einer Frequenz nach Satz 1 eine oder alle rundfunkrechtlichen Festlegungen nach Satz 1 entfallen sind und innerhalb von sechs Monaten keine neue rundfunkrechtliche Festlegung erteilt wird, kann die Bundesnetzagentur im Benehmen mit der zuständigen Landesbehörde dem bisherigen Inhaber diese Frequenz zuteilen mit eingeschränkter Verpflichtung oder ohne Verpflichtung zur Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder nach Maßgabe des Frequenzplanes, auch wenn dies nicht dem vorherigen Vergabeverfahren entspricht.“</p> <p>c) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3 und die Wörter „Absätzen 2 und 3“ werden durch die Wörter „Absätzen 1 und 2“ ersetzt.</p> <p>d) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 4 und wird wie folgt gefasst:  <i>„(4) Die Bundesnetzagentur soll Frequenzzuteilungen für den analogen Hörfunk auf Ultrakurzwelle auf der Grundlage der rundfunkrechtlichen Festlegungen der zuständigen Landesbehörde nach Maßgabe des Frequenzplanes mit Ablauf des 31. Dezember 2015 widerrufen. Auf Antrag des bisherigen Zuteilungsinhabers kann die Bundesnetzagentur die Frequenzzuteilungen bis zu zehn Jahren verlängern. Die Verbreitung von digitalen Empfangsgeräten auf dem Markt ist hierbei zu berücksichtigen.“</i></p> <p>e) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 5.</p>	<p>b) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>c) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>d) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 4 und wird wie folgt gefasst:  <b>„(4) Frequenzzuteilungen für den analogen Hörfunk auf Ultrakurzwelle, die zum 31. Dezember 2015 befristet sind, sollen entsprechend § 57 Absatz 1 Satz 8 von der Bundesnetzagentur bis zum Ende der Zuweisung von Übertragungskapazitäten nach Landesrecht, längstens jedoch um zehn Jahre verlängert werden, sofern der Inhalteanbieter dem zustimmt. Nicht zu diesem Zeitpunkt befristete Zuteilungen sollen widerrufen werden, wenn ein nach § 57 Absatz 1 Satz 8 vom Inhalteanbieter ausgewählter Sendernetzbetreiber auf Antrag die Zuteilung an ihn verlangen kann. Für die Widerrufsentscheidung gilt § 63 Absatz 1 Satz 4 entsprechend. Für das Wirksamwerden des Widerrufs ist eine angemessene Frist von mindestens drei Monaten, frühestens jedoch der 31. Dezember 2015 vorzusehen.“</b></p> <p>e) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>60. Dem § 66 wird folgender Absatz 5 angefügt:          „(5) Ist im Vergabeverfahren für generische Domänen oberster Stufe für die Zuteilung oder Verwendung einer geografischen Bezeichnung, die mit dem Namen einer Gebietskörperschaft identisch ist, eine Einverständniserklärung oder</p>	<p>61. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>Unbedenklichkeitsbescheinigung durch eine deutsche Regierungs- oder Verwaltungsstelle erforderlich, obliegt die Entscheidung über die Erteilung des Einverständnisses oder die Ausstellung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung der nach dem jeweiligen Landesrecht zuständigen Stelle. Weisen mehrere Gebietskörperschaften identische Namen auf, liegt die Entscheidungsbezugnis bei der Gebietskörperschaft, die nach der Verkehrsauffassung die größte Bedeutung hat.“</p>	
	<p><b>62.</b> § 66b wird wie folgt gefasst:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Absatz 1 wird wie folgt geändert: <ul style="list-style-type: none"> <li>aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Premium-Dienste“ die Wörter „<b>und für sprachgestützte Betreiberauswahl</b>“ eingefügt.</li> <li>bb) Nach Satz 3 wird folgender Satz eingefügt: „<b>Beim Einsatz von Warteschleifen nach § 66g Absatz 1 Nummer 5 stellt weder der Beginn noch das Ende der Warteschleife eine Änderung des Preises im Sinne des Satzes 3 dar, wenn der vom Endnutzer im Sinne des Satzes 1 zu zahlende Preis für den Tarifabschnitt nach der Warteschleife unverändert gegenüber dem Preis für den Tarifabschnitt vor der Warteschleife ist.</b>“</li> <li>cc) In den Sätzen 5 und 6 wird jeweils die Angabe „3“ durch die Angabe „4“ ersetzt.</li> </ul> </li> <li>b) In Absatz 3 Satz 2 wird nach der Angabe „Satz 3“ die Angabe „<b>und 4</b>“ eingefügt.</li> <li>c) In Absatz 4 Satz 1 wird die Angabe „5“ durch die Angabe „6“ ersetzt.</li> </ul>
<p><b>61.</b> Dem § 66d wird folgender Absatz 5 angefügt:  „(5) Der Preis für Anrufe in den und aus dem Europäischen Telefonnummerierungsraum (ETNS) muss mit dem jeweils geltenden Höchstpreis für Auslandsanrufe in andere oder aus anderen Mitgliedstaaten vergleichbar sein. Die Einzelheiten regelt die Bundesnetzagentur durch Verfügung im Amtsblatt.“</p>	<p><b>63.</b> u n v e r ä n d e r t</p>
<p><b>62.</b> Nach § 66f wird folgender § 66g eingefügt:  „§ 66g  Warteschleifen  (1) Warteschleifen dürfen nur eingesetzt werden, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:  1. der Anruf erfolgt zu einer entgeltfreien Rufnummer,  2. der Anruf erfolgt zu einer ortsgebundenen Rufnummer,</p>	<p><b>64.</b> Nach § 66f wird folgender § 66g eingefügt:  „§ 66g  Warteschleifen  (1) Warteschleifen dürfen nur eingesetzt werden, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:  1. der Anruf erfolgt zu einer entgeltfreien Rufnummer,  2. der Anruf erfolgt zu einer ortsgebundenen Rufnummer <b>oder einer Rufnummer, die die</b></p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>3. der Anruf erfolgt zu einer Rufnummer für mobile Dienste (015, 016 oder 017),</p> <p>4. für den Anruf gilt ein Festpreis pro Verbindung oder</p> <p>5. der Angerufene trägt die Kosten des Anrufs für die Dauer der Warteschleife, soweit es sich nicht um Kosten handelt, die bei Anrufen aus dem Ausland für die Herstellung der Verbindung im Ausland entstehen.</p> <p>(2) Beim Einsatz einer Warteschleife, die nicht unter Absatz 1 Nummer 1 bis 3 fällt, hat der Angerufene sicherzustellen, dass der Anrufende mit Beginn der Warteschleife über ihre voraussichtliche Dauer und, unbeschadet der §§ 66a bis 66c, darüber informiert wird, ob für den Anruf ein Festpreis gilt oder der Angerufene gemäß Absatz 1 Nummer 5 die Kosten des Anrufs für die Dauer der Warteschleife trägt.“</p>	<p><b>Bundesnetzagentur den ortsgebundenen Rufnummern nach Absatz 3 gleichgestellt hat,</b></p> <p>3. der Anruf erfolgt zu einer Rufnummer für mobile Dienste (015, 016 oder 017),</p> <p>4. für den Anruf gilt ein Festpreis pro Verbindung oder</p> <p>5. der <b>Anruf ist</b> für die Dauer der Warteschleife <b>für den Anrufer kostenfrei</b>, soweit es sich nicht um Kosten handelt, die bei Anrufen aus dem Ausland für die Herstellung der Verbindung im Ausland entstehen.</p> <p>(2) Beim <b>ersten</b> Einsatz einer Warteschleife <b>im Rahmen des Anrufs</b>, die nicht unter Absatz 1 Nummer 1 bis 3 fällt, hat <b>der Angerufene</b> sicherzustellen, dass der Anrufende mit Beginn der Warteschleife über ihre <b>voraussichtliche</b> Dauer und, unbeschadet <b>der §§ 66a bis 66c</b>, darüber informiert wird, ob für den Anruf ein Festpreis gilt oder der <b>Anruf</b> gemäß Absatz 1 Nummer <b>5 für die Dauer des Einsatzes dieser Warteschleife für den Anrufer kostenfrei ist. Die Ansage kann mit Beginn der Bearbeitung vorzeitig beendet werden.</b></p> <p>(3) <b>Die Bundesnetzagentur stellt auf Antrag des Zuteilungnehmers Rufnummern den ortsgebundenen Rufnummern nach Absatz 1 Nummer 2 in Bezug auf den Einsatz von Warteschleifen gleich, wenn</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Angerufene vom Anrufer weder unmittelbar noch mittelbar über den Anbieter von Telekommunikationsdiensten ein Entgelt für den Anruf zu dieser Nummer erhält und Anrufe zu dieser Nummer in der Regel von den am Markt verfügbaren Pauschaltarifen erfasst sind, und</li> <li>2. die Tarifierung dieser Rufnummer auch im Übrigen keine abweichende Behandlung gegenüber den ortsgebundenen Rufnummern rechtfertigt.“</li> </ol>
<p>63. Der bisherige § 66g wird § 66h und wird wie folgt geändert:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>a) In Nummer 1 werden nach dem Wort „informiert“ die Wörter „oder eine auf Grund des § 45n Absatz 4 Nummer 1 im Rahmen einer Rechtsverordnung erlassene Regelung nicht erfüllt“ eingefügt.</li> <li>b) In Nummer 2 werden nach dem Wort „erfolgt“ die Wörter „oder eine auf Grund des § 45n Absatz 4 Nummer 1 im Rahmen einer Rechtsverordnung erlassene Regelung nicht erfüllt wurde“ eingefügt.</li> <li>c) In Nummer 6 wird das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.</li> <li>d) In Nummer 7 wird der Punkt am Ende durch</li> </ol>	<p>65. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>das Wort „oder“ ersetzt.</p> <p>e) Folgende Nummer 8 wird angefügt: „8. der Angerufene entgegen § 66g Absatz 1 während des Anrufs eine oder mehrere Warteschleifen einsetzt oder die Angaben nach § 66g Absatz 2 nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig gemacht werden. In diesen Fällen entfällt die Entgeltzahlungspflicht des Anrufers für den gesamten Anruf.“</p>	
<p>64. Der bisherige § 66h wird § 66i und wird wie folgt gefasst:</p> <p>„§ 66i Auskunftsanspruch, Datenbank für (0)900er-Rufnummern</p> <p>(1) Jeder, der ein berechtigtes Interesse daran hat, kann in Textform von der Bundesnetzagentur Auskunft über den Namen und die ladungsfähige Anschrift desjenigen verlangen, der eine Nummer von der Bundesnetzagentur zugeteilt bekommen hat. Die Auskunft soll unverzüglich nach Eingang der Anfrage nach Satz 1 erteilt werden.</p> <p>(2) Alle zugeteilten (0)900er-Rufnummern werden in einer Datenbank bei der Bundesnetzagentur erfasst. Diese Datenbank ist mit Angabe des Namens und mit der ladungsfähigen Anschrift des Diensteanbieters, bei Diensteanbietern mit Sitz im Ausland zusätzlich der ladungsfähigen Anschrift eines allgemeinen Zustellungsbevollmächtigten im Inland, im Internet zu veröffentlichen. Jedermann kann in Textform von der Bundesnetzagentur Auskunft über die in der Datenbank gespeicherten Daten verlangen.</p> <p>(3) Jeder, der ein berechtigtes Interesse daran hat, kann von demjenigen, dem von der Bundesnetzagentur Rufnummern für Massenverkehrsdienste, Neuartige Dienste oder Kurzwahldienste zugeteilt sind, unentgeltlich Auskunft über den Namen und die ladungsfähige Anschrift desjenigen verlangen, der über eine dieser Rufnummern Dienstleistungen anbietet, oder die Mitteilung verlangen, an wen die Rufnummer gemäß § 46 des Telekommunikationsgesetzes übertragen wurde. Bei Kurzwahlnummern, die nicht von der Bundesnetzagentur zugeteilt wurden, besteht der Anspruch gegenüber demjenigen, in dessen Netz die Kurzwahlnummer geschaltet ist. Bei gemäß § 46 übertragenen Rufnummern besteht der Anspruch auf Auskunft über den Namen und die ladungsfähige Anschrift desjenigen, der über eine Rufnummer Dienstleistungen anbietet, gegenüber dem Anbieter, zu dem die Rufnummer übertragen wurde. Die Auskünfte nach den Sätzen 1 bis 3 sollen innerhalb von zehn Werktagen nach Ein-</p>	<p>66. un verändert</p>





Gesetzentwurf	Änderung
	<p>wesentliche Beeinträchtigung entstehenden <b>Kosten beziehungsweise den höheren Verwaltungsaufwand übernimmt.</b></p> <p><b>Satz 2 und 3 finden keine Anwendung auf die Verlegung von Glasfaserleitungen oder Leerrohrsystemen in Bundesautobahnen und autobahnähnlich ausgebauten Bundesfernstraßen.“</b></p>
	<p>73. In § 69 Absatz 1 werden nach dem Wort „Betreiber“ die Wörter „oder Eigentümer“ eingefügt.</p>
	<p>74. § 76 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In der Überschrift werden nach dem Wort „Grundstücken“ die Wörter „und Gebäuden“ angefügt.</p> <p>b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(1) Der Eigentümer eines Grundstücks, das kein Verkehrsweg im Sinne des § 68 Absatz 1 Satz 2 ist, kann die Errichtung, den Betrieb und die Erneuerung von Telekommunikationslinien auf seinem Grundstück sowie den Anschluss der auf dem Grundstück befindlichen Gebäude an öffentliche Telekommunikationsnetze der nächsten Generation insoweit nicht verbieten, als</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. auf dem Grundstück einschließlich der Gebäudeanschlüsse eine durch ein Recht gesicherte Leitung oder Anlage auch die Errichtung, den Betrieb und die Erneuerung einer Telekommunikationslinie genutzt und hierdurch die Nutzbarkeit des Grundstücks nicht dauerhaft zusätzlich eingeschränkt wird oder</li> <li>2. das Grundstück einschließlich der Gebäude durch die Benutzung nicht unzumutbar beeinträchtigt wird.“</li> </ol>
<p>70. Nach § 77 wird folgender § 77a eingefügt:</p> <p style="text-align: center;">„§ 77a</p> <p style="text-align: center;">Gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen durch Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze</p> <p>(1) Die Bundesnetzagentur kann die gemeinsame Nutzung von Verkabelungen in Gebäuden oder bis zum ersten Konzentrations- oder Verteilerpunkt, sofern dieser außerhalb des Gebäudes liegt, durch Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze folgenden Personen gegenüber anordnen:</p>	<p>75. Nach § 77 werden die folgenden §§ 77a, b, c, d und e eingefügt:</p> <p style="text-align: center;">„§ 77a</p> <p style="text-align: center;">Gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen durch Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze</p> <p>(1) Die Bundesnetzagentur kann die gemeinsame Nutzung von Verkabelungen <b>oder Kabelkanälen</b> in Gebäuden oder bis zum ersten Konzentrations- oder Verteilerpunkt, sofern dieser außerhalb des Gebäudes liegt, durch Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze folgenden Personen gegenüber anordnen:</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Telekommunikationsnetzbetreibern, die über eine Nutzungsberechtigung nach § 69 Absatz 1 in Verbindung mit § 68 Absatz 1 oder über eine sonstige Berechtigung verfügen, Einrichtungen auf, über oder unter öffentlichen oder privaten Grundstücken zu errichten oder zu installieren, oder</li> <li>2. Telekommunikationsnetzbetreibern, die ein Verfahren zur Enteignung oder Nutzung von Grundstücken in Anspruch nehmen können, oder</li> <li>3. den Eigentümern von Verkabelungen.</li> </ol> <p>Die Anordnung kann getroffen werden, wenn eine Vervielfachung der Infrastruktur wirtschaftlich ineffizient oder praktisch unmöglich wäre. Vor dem Erlass der Anordnung gibt die Bundesnetzagentur allen interessierten Kreisen die Gelegenheit, innerhalb angemessener Zeit Stellung zu nehmen.</p> <p>(2) Die Bundesnetzagentur setzt im Rahmen der Anordnung nach Absatz 1 eine angemessene Umlegung der Kosten einschließlich einer angemessenen Risikoanpassung fest.</p> <p>(3) Die Bundesnetzagentur kann von den Telekommunikationsnetzbetreibern <i>und</i> von Unternehmen, die über Einrichtungen verfügen, die zu Telekommunikationszwecken genutzt werden können, diejenigen Informationen verlangen, die für die Erstellung eines detaillierten Verzeichnisses über Art, Verfügbarkeit und geografische Lage dieser Einrichtungen erforderlich sind. Zu den Einrichtungen nach Satz 1 zählen unter anderem Gebäude, Gebäudezugänge, Verkabelungen in Gebäuden, Masten, Antennen, Türme und andere Trägerstrukturen, Leitungsrohre, Leerrohre, Einstiegsschächte und Verteilerkästen. Betrifft eine nach Satz 1 zu erteilende Information eine Einrichtung, bei deren Ausfall die Versorgung der Bevölkerung erheblich beeinträchtigt wird, ist von einer Aufnahme in das Verzeichnis abzusehen. Das Verzeichnis kann Interessenten zur Verfügung gestellt werden, falls die von der Bundesnetzagentur festgelegten Bedingungen für eine Einsichtnahme erfüllt sind. Dabei sind Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu wahren.</p> <p>(4) Die von der Bundesnetzagentur getroffenen Maßnahmen nach den Absätzen 1 bis 3 müssen objektiv, transparent und verhältnismäßig sein und dürfen nicht diskriminieren.“</p>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Telekommunikationsnetzbetreibern, die über eine Nutzungsberechtigung nach § 69 Absatz 1 in Verbindung mit § 68 Absatz 1 oder über eine sonstige Berechtigung verfügen, Einrichtungen auf, über oder unter öffentlichen oder privaten Grundstücken zu errichten oder zu installieren, oder</li> <li>2. Telekommunikationsnetzbetreibern, die ein Verfahren zur Enteignung oder Nutzung von Grundstücken in Anspruch nehmen können, oder</li> <li>3. den Eigentümern von Verkabelungen <b>oder Kabelkanälen</b>.</li> </ol> <p>Die Anordnung kann getroffen werden, wenn eine Vervielfachung der Infrastruktur wirtschaftlich ineffizient oder praktisch unmöglich wäre. Vor dem Erlass der <b>Anordnung</b> gibt die Bundesnetzagentur allen interessierten Kreisen die Gelegenheit, innerhalb angemessener Zeit Stellung zu nehmen.</p> <p>(2) Die Bundesnetzagentur setzt im Rahmen der Anordnung nach Absatz 1 <b>ein angemessenes Entgelt, das auch eine angemessene Risikoanpassung enthalten kann</b>, fest.</p> <p>(3) Die Bundesnetzagentur kann von den Telekommunikationsnetzbetreibern <b>sowie</b> von Unternehmen <b>und von juristischen Personen des öffentlichen Rechts</b>, die über Einrichtungen verfügen, die zu Telekommunikationszwecken genutzt werden können, diejenigen Informationen verlangen, die für die Erstellung eines detaillierten Verzeichnisses über Art, Verfügbarkeit und geografische Lage dieser Einrichtungen erforderlich sind. Zu den Einrichtungen nach Satz 1 zählen unter anderem Gebäude, Gebäudezugänge, Verkabelungen <b>oder Kabelkanäle</b> in Gebäuden, Masten, Antennen, Türme und andere Trägerstrukturen, Leitungsrohre, Leerrohre, Einstiegsschächte und Verteilerkästen. Betrifft eine nach Satz 1 zu erteilende Information eine Einrichtung, bei deren Ausfall die Versorgung der Bevölkerung erheblich beeinträchtigt wird, ist von einer Aufnahme in das Verzeichnis abzusehen. Interessenten <b>kann Einsicht in das Verzeichnis gewährt werden</b>, falls die von der Bundesnetzagentur festgelegten <b>Voraussetzungen</b> für eine Einsichtnahme erfüllt sind. Dabei sind Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu wahren.</p> <p>(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
	<p style="text-align: center;"><b>§ 77b</b>  <b>Alternative Infrastrukturen</b>  <b>(1) Unternehmen und juristische Personen des öffentlichen Rechts, die über Einrichtun-</b></p>

Gesetzentwurf	Änderung
	<p>gen verfügen, die zum Auf- und Ausbau von Netzen der nächsten Generation genutzt werden können, sind verpflichtet, Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze auf schriftliche Anfrage ein Angebot zur Mitnutzung dieser Einrichtungen gegen ein angemessenes Entgelt zu unterbreiten.</p> <p>(2) Kommt zwischen den Beteiligten eine Einigung nicht zustande, so kann jeder Beteiligte binnen einer Frist von vier Wochen ab Zugang der Anfrage bei der Bundesnetzagentur durch einen Antrag ein Schlichtungsverfahren einleiten.</p> <p>(3) Im Rahmen des Schlichtungsverfahrens ist der Antragsgegner verpflichtet, binnen einer von der Bundesnetzagentur zu bestimmenden Frist seine Einwendungen gegen das Mitnutzungsrecht oder das vorgeschlagene Entgelt darzulegen. Hierauf kann der Antragsteller innerhalb einer ebenfalls von der Bundesnetzagentur zu bestimmenden Frist antworten. Die Bundesnetzagentur kann die Beteiligten im Interesse einer gütlichen Einigung anhören. Ist eine Einigung nicht möglich, trifft die Bundesnetzagentur unter Abwägung der beiderseitigen Interessen eine Entscheidung (Schlichterspruch). Die Beteiligten sind zur Annahme des Schlichterspruchs nicht verpflichtet. Im Übrigen gilt für das Schlichtungsverfahren die Schlichtungsordnung der Bundesnetzagentur entsprechend.“</p>
	<p style="text-align: center;">§ 77c</p> <p style="text-align: center;"><b>Mitnutzung von Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes</b></p> <p>(1) Der Bund als Träger der Straßenbaulast nach § 5 Bundesfernstraßengesetz hat auf schriftliche Anfrage den Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze die Mitnutzung der Teile einer Bundesfernstraße zu gestatten, die zum Auf- und Ausbau von Netzen der nächsten Generation genutzt werden können. Die Mitnutzung ist so auszugestalten, dass sie den Anforderungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie den anerkannten Regeln der Technik genügt. Die Mitnutzung und deren Abänderung bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Trägers der Straßenbaulast. Die Zustimmung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden, die diskriminierungsfrei zu gestalten sind; die Zustimmung kann außerdem von der Leistung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden. Die Nebenbestimmungen dürfen nur die Art und Weise der Errichtung der Mitnutzung sowie die dabei zu beachtenden</p>

Gesetzentwurf	Änderung
	<p>Regeln der Technik und die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs und die Verkehrssicherungspflichten regeln. § 8 Bundesfernstraßengesetz bleibt unberührt. Für die Mitnutzung kann ein kostendeckendes Entgelt verlangt werden.</p> <p>(2) Kommt zwischen den Beteiligten eine Einigung nicht zustande, so gilt das Verfahren nach § 133 Absatz 1 und 4 entsprechend.</p> <p>(3) Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung teilt der Bundesnetzagentur die für die Bearbeitung des Mitnutzungsantrags nach Absatz 1 zuständige Stelle mit. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht diese Angaben im Amtsblatt und auf ihrer Internetseite.</p>
	<p style="text-align: center;"><b>§ 77d</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Mitnutzung von Bundeswasserstraßen</b></p> <p>(1) Der Bund als Eigentümer der Bundeswasserstraßen hat auf schriftliche Anfrage den Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze die Mitnutzung der Teile einer Bundeswasserstraße zu gestatten, die zum Auf- und Ausbau von Netzen der nächsten Generation genutzt werden können. Die Mitnutzung ist so auszugestalten, dass sie den Anforderungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie den anerkannten Regeln der Technik genügt. Die Mitnutzung und deren Abänderung bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Eigentümers. Die Zustimmung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden, die diskriminierungsfrei zu gestalten sind; die Zustimmung kann außerdem von der Leistung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden. Die Nebenbestimmungen dürfen nur die Art und Weise der Errichtung der Mitnutzung sowie die dabei zu beachtenden Regeln der Technik und die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs und die Verkehrssicherungspflichten regeln. Für die Mitnutzung kann ein kostendeckendes Entgelt verlangt werden.</p> <p>(2) Kommt zwischen den Beteiligten eine Einigung nicht zustande, so gilt das Verfahren nach § 133 Absatz 1 und 4 entsprechend.</p> <p>(3) Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung teilt der Bundesnetzagentur die für die Bearbeitung des Mitnutzungsantrags nach Absatz 1 zuständige Stelle mit. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht diese Angaben im Amtsblatt und auf ihrer Internetseite.</p>
	<p><b>§ 77e</b></p>

Gesetzentwurf	Änderung
	<p><b>Mitnutzung von Eisenbahninfrastruktur</b></p> <p>(1) Eisenbahninfrastrukturunternehmen, die sich überwiegend in der Hand des Bundes oder eines mehrheitlich dem Bund gehörenden Unternehmens befinden, haben auf schriftliche Anfrage Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze die Mitnutzung der Teile der Eisenbahninfrastruktur zu gestatten, die zum Auf- und Ausbau von Netzen der nächsten Generation genutzt werden können. Die Mitnutzung ist so auszugestalten, dass sie den Anforderungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie den anerkannten Regeln der Technik genügt. Die Mitnutzung und deren Abänderung bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Eisenbahninfrastrukturunternehmens. Die Zustimmung kann mit Bedingungen versehen werden, die diskriminierungsfrei zu gestalten sind; die Zustimmung kann außerdem von der Leistung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden. Die Bedingungen dürfen nur die Art und Weise der Errichtung der Mitnutzung sowie die dabei zu beachtenden Regeln der Technik und die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs und die Verkehrssicherungspflichten regeln, um die Beeinträchtigung des Eisenbahnbetriebs weitestgehend zu reduzieren. Für die Mitnutzung kann ein kostendeckendes Entgelt verlangt werden.</p> <p>(2) Kommt zwischen den Beteiligten eine Einigung nicht zustande, so gilt das Verfahren nach § 133 Absatz 1 und 4 entsprechend. Die zuständige Eisenbahnaufsichtsbehörde ist Beteiligte im Verfahren.</p> <p>(3) Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung teilt der Bundesnetzagentur die für Mitnutzungsanfragen nach Absatz 1 zuständige Stelle mit. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht diese Angaben im Amtsblatt und auf ihrer Internetseite.“</p>
<p>71. § 78 Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„1. der Anschluss an ein öffentliches Telekommunikationsnetz an einem festen Standort, der Gespräche, Telefaxübertragungen und die Datenkommunikation mit Übertragungsraten ermöglicht, die für einen funktionalen Internetzugang ausreichen,“.</p> <p>b) Nach Nummer 1 wird folgende Nummer 2 eingefügt:</p> <p>„2. der Zugang zu öffentlich zugänglichen Telefondiensten über den in Nummer 1 genannten Netzanschluss,“.</p>	<p>76. § 78 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) un verändert</p> <p>b) un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>c) Die bisherigen Nummern 2 und 3 werden die Nummern 3 und 4.</p> <p>d) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 5 und nach dem Wort „Kartentelefonen“ werden die Wörter „oder anderer Zugangspunkte für den öffentlichen Sprachtelefondienst“ eingefügt.</p> <p>e) Die bisherige Nummer 5 wird Nummer 6.</p>	<p>c) un verändert</p> <p>d) un verändert</p> <p>e) Die bisherige Nummer 5 wird Nummer 6 und wie folgt gefasst:  <b>„6. die Möglichkeit, von allen öffentlichen Münz- oder Kartentelefonen unentgeltlich und ohne Verwendung eines Zahlungsmittels Notrufe durch einfache Handhabung mit den Notrufnummern 110 und 112 durchzuführen.“</b></p>
<p>72. § 79 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 78 Abs. 2 Nr. 1“ durch die Wörter „§ 78 Absatz 2 Nummer 1 und 2“ ersetzt.</p> <p>b) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 78 Abs. 2 Nr. 2 bis 4“ durch die Wörter „§ 78 Absatz 2 Nummer 3 bis 5“ ersetzt.</p>	<p>77. un verändert</p>
<p>73. In § 84 Absatz 3 Satz 2 werden die Wörter „des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über den Universaldienst und Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten (Universaldienststrichtlinie) (ABl. EG Nr. L 108 S. 51)“ gestrichen.</p>	<p>78. un verändert</p>
	<p>79. In § 88 Absatz 4 werden die Wörter „Fahrzeugs für Seefahrt oder Luftfahrt“ durch die Wörter „Wasser- oder Luftfahrzeugs“ ersetzt.</p>
<p>74. § 90 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:  „§ 90  Missbrauch von Sende- oder sonstigen Telekommunikationsanlagen“.</p> <p>b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Sendeanlagen“ die Wörter „oder sonstige Telekommunikationsanlagen“, nach den Wörtern „dieser Umstände“ die Wörter „oder auf Grund ihrer Funktionsweise“ und nach dem Wort „geeignet“ die Wörter „und dazu bestimmt“ eingefügt.</p> <p>bb) Satz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>aaa) In dem Satzteil vor Nummer 1 werden das Wort „Sendeanlagen“ durch das Wort „Anlagen“ und das Wort „Sendeanlage“</p>	<p>80. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>durch das Wort „Anlage“ ersetzt.</p> <p>bbb) In den Nummern 2 und 7 wird jeweils das Wort „Sendeanlage“ durch das Wort „Anlage“ ersetzt.</p> <p>c) In Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Wort „Sendeanlagen“ die Wörter „oder sonstigen Telekommunikationsanlagen“ eingefügt.</p> <p>d) In Absatz 3 werden nach dem Wort „Sendeanlagen“ die Wörter „oder sonstige Telekommunikationsanlagen“ eingefügt und werden die Wörter „die Anlagen“ durch das Wort „sie“ ersetzt.</p>	
<p>75. § 91 wird wie folgt geändert: In Absatz 1 Satz 1 werden nach den Wörtern „geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste“ die Wörter „in Telekommunikationsnetzen, einschließlich Telekommunikationsnetzen, die Datenerfassungs- und Identifizierungsgeräte unterstützen,“ eingefügt.</p>	<p><b>81.</b> un verändert</p>
<p>76. § 92 wird aufgehoben.</p>	<p><b>82.</b> un verändert</p>
<p>77. § 93 Absatz 3 wird wie folgt gefasst: „(3) Im Fall einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten haben die betroffenen Teilnehmer oder Personen die Rechte aus § 109a Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit Absatz 2.“</p>	<p><b>83.</b> un verändert</p>
<p>78. In § 95 Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „zur Versendung von Informationen nach § 98 Abs. 1 Satz 3,“ gestrichen.</p>	<p><b>84.</b> un verändert</p>
<p>79. In § 96 Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „Telekommunikationsdienstes für die Öffentlichkeit“ durch die Wörter „öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienstes“ ersetzt und nach den Wörtern „von Diensten mit Zusatznutzen“ die Wörter „im dazu erforderlichen Maß und“ eingefügt.</p>	<p><b>85.</b> un verändert</p>
<p>80. § 97 wird wie folgt geändert: a) In Absatz 1 Satz 2 werden das Wort „Telefonnetz“ durch das Wort „Telekommunikationsnetz“ und das Wort „Telefonnetzes“ durch das Wort „Telekommunikationsnetzes“ ersetzt. b) In Absatz 3 Satz 3 werden die Wörter „ , soweit sie nicht nach § 113a zu speichern sind“</p>	<p><b>86.</b> § 97 wird wie folgt gefasst: a) un verändert  b) un verändert</p>



Gesetzentwurf	Änderung
<p>gestrichen.</p> <p>c) <i>In Absatz 4 wird folgender Satz 2 angefügt: „Diese Daten dürfen maximal drei Monate nach Versendung der Rechnung gespeichert werden.“</i></p>	<p>c) <b>entfällt</b></p>
<p>81. § 98 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(1) Standortdaten, die in Bezug auf die Nutzer von öffentlichen Telekommunikationsnetzen oder öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten verwendet werden, dürfen nur im zur Bereitstellung von Diensten mit Zusatznutzen erforderlichen Umfang und innerhalb des dafür erforderlichen Zeitraums verarbeitet werden, wenn sie anonymisiert wurden oder wenn der Teilnehmer dem Anbieter des Dienstes mit Zusatznutzen seine Einwilligung erteilt hat. In diesen Fällen hat der Anbieter des Dienstes mit Zusatznutzen bei jeder Feststellung des Standortes des Mobilfunkendgerätes den Nutzer durch eine Textmitteilung an das Endgerät, dessen Standortdaten ermittelt wurden, zu informieren. Dies gilt nicht, wenn der Standort nur auf dem Endgerät angezeigt wird, dessen Standortdaten ermittelt wurden. Werden die Standortdaten für einen Dienst mit Zusatznutzen verarbeitet, der die Übermittlung von Standortdaten eines Mobilfunkendgerätes an einen anderen Teilnehmer oder Dritte, die nicht Anbieter des Dienstes mit Zusatznutzen sind, zum Gegenstand hat, muss der Teilnehmer abweichend von § 94 seine Einwilligung ausdrücklich, gesondert und schriftlich gegenüber dem Anbieter des Dienstes mit Zusatznutzen erteilen. In diesem Fall gilt die Verpflichtung nach Satz 2 entsprechend für den Anbieter des Dienstes mit Zusatznutzen. Der Anbieter des Dienstes mit Zusatznutzen darf die erforderlichen Bestandsdaten zur Erfüllung seiner Verpflichtung aus Satz 2 nutzen. Der Teilnehmer muss Mitbenutzer über eine erteilte Einwilligung unterrichten. Eine Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden.“</p> <p>b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(3) Bei Verbindungen zu Anschlüssen, die unter der Notrufnummer 112 oder 110 oder der Rufnummer 124 124 erreicht werden, hat der Diensteanbieter sicherzustellen, dass nicht im Einzelfall oder dauernd die Übermittlung von Standortdaten ausgeschlossen wird.“</p>	<p>87. § 98 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(3) Bei Verbindungen zu Anschlüssen, die unter der Notrufnummer 112 oder 110 oder der Rufnummer 124 124 <b>oder 116 117</b> erreicht werden, hat der Diensteanbieter sicherzustellen, dass nicht im Einzelfall oder dauernd die Übermittlung von Standortdaten ausgeschlossen wird.“</p>
<p>82. In § 100 werden die Absätze 2 und 3 wie folgt</p>	<p>88. In § 100 werden die Absätze 2 und 3 wie folgt</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>gefasst:</p> <p>„(2) Zur Durchführung von Umschaltungen sowie zum Erkennen und Eingrenzen von Störungen im Netz ist dem Betreiber der Telekommunikationsanlage oder seinem Beauftragten das Aufschalten auf bestehende Verbindungen erlaubt, soweit dies betrieblich erforderlich ist. Eventuelle, bei der Aufschaltung erstellte Aufzeichnungen sind unverzüglich zu löschen. Das Aufschalten muss den betroffenen Kommunikationsteilnehmern durch ein akustisches oder sonstiges Signal zeitgleich angezeigt und ausdrücklich mitgeteilt werden. Sofern dies technisch nicht möglich ist, muss der betriebliche Datenschutzbeauftragte unverzüglich detailliert über die Verfahren und Umstände jeder einzelnen Maßnahme informiert werden. Diese Informationen sind beim betrieblichen Datenschutzbeauftragten für zwei Jahre aufzubewahren.</p> <p>(3) Wenn tatsächliche Anhaltspunkte für die rechtswidrige Inanspruchnahme eines Telekommunikationsnetzes oder -dienstes vorliegen, muss der Diensteanbieter <i>diese dokumentieren</i>. Zur Sicherung seines Entgeltanspruchs darf er die Bestandsdaten und Verkehrsdaten verwenden, die erforderlich sind, um die rechtswidrige Inanspruchnahme des Telekommunikationsnetzes oder -dienstes aufzudecken und zu unterbinden. Der Diensteanbieter darf die nach § 96 erhobenen Verkehrsdaten in der Weise verwenden, dass aus dem Gesamtbestand aller Verkehrsdaten, die nicht älter als sechs Monate sind, die Daten derjenigen Verbindungen des Netzes ermittelt werden, für die tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht der rechtswidrigen Inanspruchnahme von Telekommunikationsnetzen und -diensten begründen. Der Diensteanbieter darf aus den <i>nach Satz 2 erhobenen Verkehrsdaten</i> und Bestandsdaten einen pseudonymisierten Gesamtdatenbestand bilden, der Aufschluss über die von einzelnen Teilnehmern erzielten Umsätze gibt und unter Zugrundelegung geeigneter <i>Missbrauchskriterien</i> das Auffinden solcher Verbindungen des Netzes ermöglicht, bei denen der Verdacht einer <i>missbräuchlichen</i> Inanspruchnahme besteht. Die Daten anderer Verbindungen sind unverzüglich zu löschen. Die Bundesnetzagentur und der Bundesbeauftragte für den Datenschutz sind über die Einführung und Änderung eines Verfahrens nach Satz 2 unverzüglich in Kenntnis zu setzen.“</p>	<p>gefasst:</p> <p>(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>„(3) Wenn <b>zu dokumentierende</b> tatsächliche Anhaltspunkte für die rechtswidrige Inanspruchnahme eines Telekommunikationsnetzes oder -dienstes vorliegen, <b>insbesondere für eine Leistungerschleichung oder einen Betrug, darf</b> der Diensteanbieter zur Sicherung seines Entgeltanspruchs die Bestandsdaten und Verkehrsdaten verwenden, die erforderlich sind, um die rechtswidrige Inanspruchnahme des Telekommunikationsnetzes oder -dienstes aufzudecken und zu unterbinden. Der Diensteanbieter darf die nach § 96 erhobenen Verkehrsdaten in der Weise verwenden, dass aus dem Gesamtbestand aller Verkehrsdaten, die nicht älter als sechs Monate sind, die Daten derjenigen Verbindungen des Netzes ermittelt werden, für die tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht der rechtswidrigen Inanspruchnahme von Telekommunikationsnetzen und -diensten begründen. Der Diensteanbieter darf aus den Verkehrsdaten und Bestandsdaten <b>nach Satz 1</b> einen pseudonymisierten Gesamtdatenbestand bilden, der Aufschluss über die von einzelnen Teilnehmern erzielten Umsätze gibt und unter Zugrundelegung geeigneter <b>Kriterien</b> das Auffinden solcher Verbindungen des Netzes ermöglicht, bei denen der Verdacht einer <b>rechtswidrigen</b> Inanspruchnahme besteht. Die Daten anderer Verbindungen sind unverzüglich zu löschen. Die Bundesnetzagentur und der Bundesbeauftragte für den Datenschutz sind über die Einführung und Änderung eines Verfahrens nach Satz <b>1</b> unverzüglich in Kenntnis zu setzen.“</p>
	<p>89. § 102 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:          „(2) Abweichend von Absatz 1 Satz 1 dürfen Anrufende bei Werbung mit einem Telefonanruf ihre Rufnummernanzeige nicht unterdrü-</p>

Gesetzentwurf	Änderung
	<p><b>cken oder bei dem Diensteanbieter veranlassen, dass diese unterdrückt wird; der Anrufer hat sicherzustellen, dass dem Angerufenen die dem Anrufer zugeteilte Rufnummer übermittelt wird.“</b></p>
<p>83. § 102 Absatz 8 wird wie folgt gefasst:          „(8) Bei Verbindungen zu Anschlüssen, die unter der Notrufnummer 112 oder 110 oder der Rufnummer 124 124 erreicht werden, hat der Diensteanbieter sicherzustellen, dass nicht im Einzelfall oder dauernd die Anzeige von Nummern der Anrufenden ausgeschlossen wird.“</p>	<p>90. § 102 Absatz 8 wird wie folgt gefasst:          „(8) Bei Verbindungen zu Anschlüssen, die unter der Notrufnummer 112 oder 110 oder der Rufnummer 124 124 <b>oder 116 117</b> erreicht werden, hat der Diensteanbieter sicherzustellen, dass nicht im Einzelfall oder dauernd die Anzeige von Nummern der Anrufenden ausgeschlossen wird.“</p>
<p>84. § 108 wird wie folgt geändert:          a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:          „(1) Wer öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste für das Führen von ausgehenden Inlandsgesprächen zu einer oder mehreren Nummern des nationalen Telefonnummernplans bereitstellt, hat Vorkehrungen zu treffen, damit Endnutzern unentgeltliche Verbindungen möglich sind, die entweder durch die Wahl der europaeinheitlichen Notrufnummer 112 oder der zusätzlichen nationalen Notrufnummer 110 oder durch das Aussenden entsprechender Signalisierungen eingeleitet werden (Notrufverbindungen). Wer derartige öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt, den Zugang zu solchen Diensten ermöglicht oder Telekommunikationsnetze betreibt, die für diese Dienste einschließlich der Durchleitung von Anrufen genutzt werden, hat gemäß Satz 4 sicherzustellen oder im notwendigen Umfang daran mitzuwirken, dass Notrufverbindungen unverzüglich zu der örtlich zuständigen Notrufabfragestelle hergestellt werden, und er hat alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit Notrufverbindungen jederzeit möglich sind. Die Diensteanbieter nach den Sätzen 1 und 2 haben gemäß Satz 6 sicherzustellen, dass der Notrufabfragestelle</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Rufnummer des Anschlusses, von dem die Notrufverbindung ausgeht, <i>mit der Notrufverbindung übermittelt wird</i> und</li> <li>2. die Daten, die zur Ermittlung des Standortes erforderlich sind, von dem die Notrufverbindung ausgeht, <i>mit der Notrufverbindung übermittelt oder zeitgleich auf andere Weise bereitgestellt werden.</i></li> </ol> <p>Notrufverbindungen sind vorrangig vor anderen Verbindungen herzustellen, sie stehen vorrangigen Verbindungen nach dem Post- und</p>	<p>91. § 108 wird wie folgt geändert:          a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:          „(1) Wer öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste für das Führen von ausgehenden Inlandsgesprächen zu einer oder mehreren Nummern des nationalen Telefonnummernplans bereitstellt, hat Vorkehrungen zu treffen, damit Endnutzern unentgeltliche Verbindungen möglich sind, die entweder durch die Wahl der europaeinheitlichen Notrufnummer 112 oder der zusätzlichen nationalen Notrufnummer 110 oder durch das Aussenden entsprechender Signalisierungen eingeleitet werden (Notrufverbindungen). Wer derartige öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt, den Zugang zu solchen Diensten ermöglicht oder Telekommunikationsnetze betreibt, die für diese Dienste einschließlich der Durchleitung von Anrufen genutzt werden, hat gemäß Satz 4 sicherzustellen oder im notwendigen Umfang daran mitzuwirken, dass Notrufverbindungen unverzüglich zu der örtlich zuständigen Notrufabfragestelle hergestellt werden, und er hat alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit Notrufverbindungen jederzeit möglich sind. Die Diensteanbieter nach den Sätzen 1 und 2 haben gemäß Satz 6 sicherzustellen, dass der Notrufabfragestelle <b>auch Folgendes mit der Notrufverbindung übermittelt wird:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Rufnummer des Anschlusses, von dem die Notrufverbindung ausgeht, und</li> <li>2. die Daten, die zur Ermittlung des Standortes erforderlich sind, von dem die Notrufverbindung ausgeht.</li> </ol> <p>Notrufverbindungen sind vorrangig vor anderen Verbindungen herzustellen, sie stehen vorrangigen Verbindungen nach dem Post- und</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>Telekommunikationssicherstellungsgesetz gleich. Daten, die nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach Absatz 3 zur Verfolgung von Missbrauch des Notrufs erforderlich sind, dürfen auch verzögert an die Notrufabfragestelle übermittelt werden. Die Übermittlung <i>oder Bereitstellung</i> der Daten nach den Sätzen 3 und 5 erfolgt unentgeltlich. Die für Notrufverbindungen entstehenden Kosten trägt jeder Diensteanbieter selbst.“</p> <p>b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:  „(2) Im Hinblick auf Notrufverbindungen, die durch sprach- oder hörbehinderte Endnutzer unter Verwendung eines Telefaxgerätes eingeleitet werden, gilt Absatz 1 entsprechend.“</p> <p>c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und Satz 1 wird wie folgt geändert:  aa) Die Nummern 1 bis 3 werden wie folgt gefasst:  „1. zu den Grundsätzen der Festlegung von Einzugsgebieten von Notrufabfragestellen und deren Unterteilungen durch die für den Notruf zuständigen Landes- und Kommunalbehörden sowie zu den Grundsätzen des Abstimmungsverfahrens zwischen diesen Behörden und den betroffenen Teilnehmernetzbetreibern und Mobilfunknetzbetreibern, soweit diese Grundsätze für die Herstellung von Notrufverbindungen erforderlich sind,  2. zur Herstellung von Notrufverbindungen zur jeweils örtlich zuständigen Notrufabfragestelle oder Ersatznotrufabfragestelle,  3. zum Umfang der für Notrufverbindungen zu erbringenden Leistungsmerkmale, einschließlich  a) der <i>Bereitstellung und</i> Übermittlung der Daten nach Absatz 1 Satz 3 und  b) zulässiger Abweichungen hinsichtlich der nach Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 <i>bereitzustellenden</i> Daten in unausweichlichen technisch bedingten Sonderfällen,“.</p> <p>bb) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:  „6. zu den Aufgaben der Bundesnetzagentur auf den in den Nummern 1 bis 5 aufgeführten Gebieten, insbesondere im Hinblick auf die Festlegung von Kriterien für die Genau-</p>	<p>Telekommunikationssicherstellungsgesetz gleich. Daten, die nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach Absatz 3 zur Verfolgung von Missbrauch des Notrufs erforderlich sind, dürfen auch verzögert an die Notrufabfragestelle übermittelt werden. Die Übermittlung der Daten nach den Sätzen 3 und 5 erfolgt unentgeltlich. Die für Notrufverbindungen entstehenden Kosten trägt jeder Diensteanbieter <b>selbst; die Entgeltlichkeit von Vorleistungen bleibt unberührt.</b>“</p> <p>b) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und Satz 1 wird wie folgt geändert:  aa) Die Nummern 1 bis 3 werden wie folgt gefasst:  „1. zu den Grundsätzen der Festlegung von Einzugsgebieten von Notrufabfragestellen und deren Unterteilungen durch die für den Notruf zuständigen Landes- und Kommunalbehörden sowie zu den Grundsätzen des Abstimmungsverfahrens zwischen diesen Behörden und den betroffenen Teilnehmernetzbetreibern und Mobilfunknetzbetreibern, soweit diese Grundsätze für die Herstellung von Notrufverbindungen erforderlich sind,  2. zur Herstellung von Notrufverbindungen zur jeweils örtlich zuständigen Notrufabfragestelle oder Ersatznotrufabfragestelle,  3. zum Umfang der für Notrufverbindungen zu erbringenden Leistungsmerkmale, einschließlich  a) der Übermittlung der Daten nach Absatz 1 Satz 3 und  b) zulässiger Abweichungen hinsichtlich der nach Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 <b>zu übermittelnden</b> Daten in unausweichlichen technisch bedingten Sonderfällen,“.</p> <p>bb) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:  „6. zu den Aufgaben der Bundesnetzagentur auf den in den Nummern 1 bis 5 aufgeführten Gebieten, insbesondere im Hinblick auf die Festlegung von Kriterien für die Genauigkeit und Zuverlässig-</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>igkeit und Zuverlässigkeit der Daten, die zur Ermittlung des Standortes erforderlich sind, von dem die Notrufverbindung ausgeht.“</p> <p>d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4 und wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) Satz 1 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:</p> <p>„Die technischen Einzelheiten zu den in Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 bis 5 aufgeführten Gegenständen, insbesondere die Kriterien für die Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Angaben zu dem Standort, von dem die Notrufverbindung ausgeht, legt die Bundesnetzagentur in einer Technischen Richtlinie fest; dabei berücksichtigt sie die Vorschriften der Verordnung nach Absatz 3. Die Bundesnetzagentur erstellt die Richtlinie unter Beteiligung</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Verbände der durch Absatz 1 Satz 1 und 2 und Absatz 2 betroffenen Diensteanbieter und Betreiber von Telekommunikationsnetzen,</li> <li>2. der vom Bundesministerium des Innern benannten Vertreter der Betreiber von Notrufabfragestellen und</li> <li>3. der Hersteller der in den Telekommunikationsnetzen und Notrufabfragestellen eingesetzten technischen Einrichtungen.“</li> </ol> <p>bb) In dem neuen Satz 3 wird das Wort „Dabei“ durch die Wörter „Bei den Festlegungen in der Technischen Richtlinie“ ersetzt.</p> <p>cc) In dem neuen Satz 4 werden nach dem Wort „Bundesnetzagentur“ die Wörter „auf ihrer Internetseite zu veröffentlichen; die Veröffentlichung hat die Bundesnetzagentur“ eingefügt.</p> <p>dd) In dem neuen Satz 5 werden die Wörter „Absatz 1 Satz 2“ durch die Wörter „Absatz 1 Satz 1 bis 3 und Absatz 2“ ersetzt.</p>	<p>keit der Daten, die zur Ermittlung des Standortes erforderlich sind, von dem die Notrufverbindung ausgeht.“</p> <p>d) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>85. § 109 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(1) Jeder Diensteanbieter hat erforderliche technische Vorkehrungen und sonstige Maßnahmen zu treffen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. zum Schutz des Fernmeldegeheimnisses und</li> <li>2. gegen die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten.</li> </ol>	<p>92. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>Dabei ist der Stand der Technik zu berücksichtigen.“</p> <p>b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(2) Wer ein öffentliches Telekommunikationsnetz betreibt oder öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt, hat bei den hierfür betriebenen Telekommunikations- und Datenverarbeitungssystemen angemessene technische Vorkehrungen und sonstige Maßnahmen zu treffen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. zum Schutz gegen Störungen, die zu erheblichen Beeinträchtigungen von Telekommunikationsnetzen und -diensten führen, auch soweit sie durch äußere Angriffe und Einwirkungen von Katastrophen bedingt sein können, und</li> <li>2. zur Beherrschung der Risiken für die Sicherheit von Telekommunikationsnetzen und -diensten.</li> </ol> <p>Insbesondere sind Maßnahmen zu treffen, um Telekommunikations- und Datenverarbeitungssysteme gegen unerlaubte Zugriffe zu sichern und Auswirkungen von Sicherheitsverletzungen für Nutzer oder für zusammenschaltete Netze so gering wie möglich zu halten. Wer ein öffentliches Telekommunikationsnetz betreibt, hat Maßnahmen zu treffen, um den ordnungsgemäßen Betrieb seiner Netze zu gewährleisten und dadurch die fortlaufende Verfügbarkeit der über diese Netze erbrachten Dienste sicherzustellen. Technische Vorkehrungen und sonstige Schutzmaßnahmen sind angemessen, wenn der dafür erforderliche technische und wirtschaftliche Aufwand nicht außer Verhältnis zur Bedeutung der zu schützenden Telekommunikationsnetze oder -dienste steht. § 11 Absatz 1 des Bundesdatenschutzgesetzes gilt entsprechend.“</p> <p>c) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:</p> <p>„(3) Bei gemeinsamer Nutzung eines Standortes oder technischer Einrichtungen hat jeder Beteiligte die Verpflichtungen nach den Absätzen 1 und 2 zu erfüllen, soweit bestimmte Verpflichtungen nicht einem bestimmten Beteiligten zugeordnet werden können.“</p> <p>d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4 und wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(4) Wer ein öffentliches Telekommunikationsnetz betreibt oder öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt, hat einen Sicherheitsbeauftragten zu benennen und ein Sicherheitskonzept zu erstellen, aus dem hervorgeht,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. welches öffentliche Telekommunikationsnetz betrieben und welche öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienste</li> </ol>	<p style="text-align: center; color: lightblue; font-size: 2em; opacity: 0.5;">Vorab-Fassung*</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>erbracht werden,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>2. von welchen Gefährdungen auszugehen ist und</li> <li>3. welche technischen Vorkehrungen oder sonstigen Schutzmaßnahmen zur Erfüllung der Verpflichtungen aus den Absätzen 1 und 2 getroffen oder geplant sind.</li> </ol> <p>Wer ein öffentliches Telekommunikationsnetz betreibt, hat der Bundesnetzagentur das Sicherheitskonzept unverzüglich nach der Aufnahme des Netzbetriebs vorzulegen. Wer öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt, kann nach der Bereitstellung des Telekommunikationsdienstes von der Bundesnetzagentur verpflichtet werden, das Sicherheitskonzept vorzulegen. Mit dem Sicherheitskonzept ist eine Erklärung vorzulegen, dass die darin aufgezeigten technischen Vorkehrungen und sonstigen Schutzmaßnahmen umgesetzt sind oder unverzüglich umgesetzt werden. Stellt die Bundesnetzagentur im Sicherheitskonzept oder bei dessen Umsetzung Sicherheitsmängel fest, so kann sie deren unverzügliche Beseitigung verlangen. Sofern sich die dem Sicherheitskonzept zu Grunde liegenden Gegebenheiten ändern, hat der nach Satz 2 oder 3 Verpflichtete das Konzept anzupassen und der Bundesnetzagentur unter Hinweis auf die Änderungen erneut vorzulegen. Die Bundesnetzagentur kann die Umsetzung des Sicherheitskonzeptes überprüfen.“</p> <p>e) Folgende Absätze 5 bis 7 werden angefügt:</p> <p>„(5) Wer ein öffentliches Telekommunikationsnetz betreibt oder öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt, hat der Bundesnetzagentur eine Sicherheitsverletzung einschließlich Störungen von Telekommunikationsnetzen oder -diensten unverzüglich mitzuteilen, sofern hierdurch beträchtliche Auswirkungen auf den Betrieb der Telekommunikationsnetze oder das Erbringen von Telekommunikationsdiensten entstehen. Die Bundesnetzagentur kann von dem nach Satz 1 Verpflichteten einen detaillierten Bericht über die Sicherheitsverletzung und die ergriffenen Abhilfemaßnahmen verlangen. Erforderlichenfalls unterrichtet die Bundesnetzagentur das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, die nationalen Regulierungsbehörden der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit über die Sicherheitsverletzungen. Die Bundesnetzagentur kann die Öffentlichkeit informieren oder die nach Satz 1 Verpflichteten zu dieser Unterrichtung auffordern, wenn sie zu dem</p>	

Gesetzentwurf	Änderung
<p>Schluss gelangt, dass die Bekanntgabe der Sicherheitsverletzung im öffentlichen Interesse liegt. Die Bundesnetzagentur legt der Kommission, der Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit und dem Bundesamt für Sicherheit der Informationstechnik einmal pro Jahr einen zusammenfassenden Bericht über die eingegangenen Mitteilungen und die ergriffenen Abhilfemaßnahmen vor.</p> <p>(6) Die Bundesnetzagentur erstellt im Benehmen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit einen Katalog von Sicherheitsanforderungen für das Betreiben von Telekommunikations- und Datenverarbeitungssystemen sowie für die Verarbeitung personenbezogener Daten als Grundlage für das Sicherheitskonzept nach Absatz 4 und für die zu treffenden technischen Vorkehrungen und sonstigen Maßnahmen nach den Absätzen 1 und 2. Sie gibt den Herstellern, den Verbänden der Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze und den Verbänden der Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste Gelegenheit zur Stellungnahme. Der Katalog wird von der Bundesnetzagentur veröffentlicht.</p> <p>(7) Die Bundesnetzagentur kann anordnen, dass sich die Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze oder die Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste einer Überprüfung durch eine qualifizierte unabhängige Stelle oder eine zuständige nationale Behörde unterziehen, in der festgestellt wird, ob die Anforderungen nach den Absätzen 1 bis 3 erfüllt sind. Der nach Satz 1 Verpflichtete hat eine Kopie des Überprüfungsberichts unverzüglich an die Bundesnetzagentur zu übermitteln. Er trägt die Kosten dieser Überprüfung.“</p>	
<p>86. Nach § 109 wird folgender § 109a eingefügt:</p> <p style="text-align: center;">„§ 109a Datensicherheit</p> <p>(1) Wer öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt, hat im Fall einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten unverzüglich die Bundesnetzagentur und den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit von der Verletzung zu benachrichtigen. Ist anzunehmen, dass durch die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten Teilnehmer oder andere Personen schwerwiegend in ihren Rechten oder schutzwürdigen Interessen</p>	<p>93. Nach § 109 wird folgender § 109a eingefügt:</p> <p style="text-align: center;">„§ 109a Datensicherheit</p> <p>(1) Wer öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt, hat im Fall einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten unverzüglich die Bundesnetzagentur und den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit von der Verletzung zu benachrichtigen. Ist anzunehmen, dass durch die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten Teilnehmer oder andere Personen schwerwiegend in ihren Rechten oder schutzwürdigen Interessen</p>



Gesetzentwurf	Änderung
<p>beeinträchtigt werden, hat der Anbieter des Telekommunikationsdienstes zusätzlich die Betroffenen unverzüglich von dieser Verletzung zu benachrichtigen. In Fällen, in denen in dem Sicherheitskonzept nachgewiesen wurde, dass die von der Verletzung betroffenen personenbezogenen Daten durch geeignete technische Vorkehrungen gesichert, insbesondere unter Anwendung eines als sicher anerkannten Verschlüsselungsverfahrens gespeichert wurden, ist eine Benachrichtigung nicht erforderlich. Unabhängig von Satz 3 kann die Bundesnetzagentur den Anbieter des Telekommunikationsdienstes unter Berücksichtigung der wahrscheinlichen nachteiligen Auswirkungen der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten zu einer Benachrichtigung der Betroffenen verpflichten.</p> <p>(2) Die Benachrichtigung an die Betroffenen muss mindestens enthalten</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Art der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten,</li> <li>2. Angaben zu den Kontaktstellen, bei denen weitere Informationen erhältlich sind, und</li> <li>3. Empfehlungen zu Maßnahmen, die mögliche nachteilige Auswirkungen der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten begrenzen.</li> </ol> <p>In der Benachrichtigung an die Bundesnetzagentur und den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit hat der Anbieter des Telekommunikationsdienstes zusätzlich zu den Angaben nach Satz 1 die Folgen der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten und die beabsichtigten oder ergriffenen Maßnahmen darzulegen.</p> <p>(3) Die Anbieter der Telekommunikationsdienste haben ein Verzeichnis der Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten zu führen, das Angaben zu Folgendem enthält:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. zu den Umständen der Verletzungen,</li> <li>2. zu den Auswirkungen der Verletzungen und</li> <li>3. zu den ergriffenen Abhilfemaßnahmen.</li> </ol> <p>Diese Angaben müssen ausreichend sein, um der Bundesnetzagentur und dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit die Prüfung zu ermöglichen, ob die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 eingehalten wurden. Das Verzeichnis enthält nur die zu diesem Zweck erforderlichen Informationen und muss nicht Verletzungen berücksichtigen, die mehr als fünf Jahre zurückliegen.</p> <p>(4) Vorbehaltlich technischer Durchführungsmaßnahmen der Europäischen Kommission nach Artikel 4 Absatz 5 der Richtlinie 2002/58/EG kann die Bundesnetzagentur Leitli-</p>	<p>beeinträchtigt werden, hat der Anbieter des Telekommunikationsdienstes zusätzlich die Betroffenen unverzüglich von dieser Verletzung zu benachrichtigen. In Fällen, in denen in dem Sicherheitskonzept nachgewiesen wurde, dass die von der Verletzung betroffenen personenbezogenen Daten durch geeignete technische Vorkehrungen gesichert, insbesondere unter Anwendung eines als sicher anerkannten Verschlüsselungsverfahrens gespeichert wurden, ist eine Benachrichtigung nicht erforderlich. Unabhängig von Satz 3 kann die Bundesnetzagentur den Anbieter des Telekommunikationsdienstes unter Berücksichtigung der wahrscheinlichen nachteiligen Auswirkungen der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten zu einer Benachrichtigung der Betroffenen verpflichten. <b>Im Übrigen gilt § 42a Satz 6 des Bundesdatenschutzgesetzes entsprechend.</b></p> <p>(2) unverändert</p> <p>(3) unverändert</p> <p>(4) unverändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>nien vorgeben bezüglich des Formats, der Verfahrensweise und der Umstände, unter denen eine Benachrichtigung über eine Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten erforderlich ist.“</p>	
<p>87. In § 112 Absatz 2 Nummer 3 werden die Wörter „§ 39 des Außenwirtschaftsgesetzes“ durch die Wörter „§ 23a des Zollfahndungsdienstgesetzes“ ersetzt.</p>	<p>94. un verändert</p>
<p>88. § 115 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:  a) In Nummer 1 werden die Angabe „§ 113a,“ gestrichen, die Angabe „§ 108 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 108 Absatz 3“ und die Angabe „§ 108 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 108 Absatz 4“ ersetzt.  b) In Nummer 2 werden die Wörter „den §§ 109, 112 Abs. 1, 3 Satz 4, Abs. 5 Satz 1 und 2 oder § 114 Abs. 1“ durch die Wörter „§§ 109, 109a, 112 Absatz 1, 3 Satz 4, Absatz 5 Satz 1 und 2 oder § 114 Absatz 1“ ersetzt.</p>	<p>95. un verändert</p>
<p>89. § 120 wird wie folgt geändert:  a) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 61 Abs. 4 Nr. 2 und 4“ durch die Wörter „§ 61 Absatz 3 Nummer 2 und 4“ ersetzt.  b) In Nummer 6 wird das Wort „Frequenznutzungsplanes“ durch das Wort „Frequenzplanes“ ersetzt.</p>	<p>96. un verändert</p>
<p>90. In § 122 Absatz 1 werden nach dem Wort „Marktdaten“ die Wörter „einschließlich der Entwicklung und Höhe der Endnutzertarife der Dienste nach § 78 Absatz 2, die entweder von nach den §§ 81 bis 87 verpflichteten Unternehmen oder auf dem Markt erbracht werden, und deren Verhältnis zu den nationalen Verbraucherpreisen und Einkommen,“ eingefügt.</p>	<p>97. un verändert</p>
<p>91. § 123 wird wie folgt geändert:  a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:  „§ 123  Zusammenarbeit mit anderen Behörden auf nationaler Ebene“.  b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:  aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:  „In den Fällen der §§ 10, 11, 40, 41 und 62 Absatz 2 Nummer 3 entscheidet die Bundesnetzagentur im Einvernehmen mit dem Bundeskartellamt.“  bb) In Satz 2 werden nach den Wörtern</p>	<p>98. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>„Teil 2 Abschnitt 2 bis 5“ die Wörter „oder § 77a Absatz 1 und 2“ eingefügt.</p> <p>cc) In Satz 3 werden die Wörter „Artikel 82 des EG-Vertrages“ durch die Wörter „Artikel 102 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ ersetzt.</p> <p>dd) In Satz 4 werden nach dem Wort „Gesetzes“ die Wörter „, auch beim Erlass von Verwaltungsvorschriften,“ eingefügt.</p>	
<p>92. Nach § 123 werden die folgenden §§ 123a und 123b eingefügt:</p> <p style="text-align: center;">„§ 123a</p> <p>Zusammenarbeit mit anderen Behörden auf der Ebene der Europäischen Union</p> <p>(1) Die Bundesnetzagentur arbeitet mit den nationalen Regulierungsbehörden anderer Mitgliedstaaten, der Kommission und dem GEREK auf transparente Weise zusammen, um eine einheitliche Anwendung der Bestimmungen der Richtlinie 2002/21/EG und der Einzelrichtlinien zu gewährleisten. Sie arbeitet insbesondere mit der Kommission und dem GEREK bei der Ermittlung der Maßnahmen zusammen, die zur Bewältigung bestimmter Situationen auf dem Markt am besten geeignet sind.</p> <p>(2) Die Bundesnetzagentur unterstützt die Ziele des GEREK in Bezug auf bessere regulatorische Koordinierung und mehr Kohärenz.</p> <p>(3) Die Bundesnetzagentur trägt bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben weitestgehend den Empfehlungen Rechnung, die die Kommission nach Artikel 19 Absatz 1 und 2 der Richtlinie 2002/21/EG erlässt. Beschließt die Bundesnetzagentur, sich nicht an eine solche Empfehlung zu halten, so teilt sie dies der Kommission unter Angabe ihrer Gründe mit.</p> <p style="text-align: center;">§ 123b</p> <p>Bereitstellung von Informationen</p> <p>(1) Die Bundesnetzagentur stellt der Kommission auf deren begründeten Antrag nach Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie 2002/21/EG hin die Informationen zur Verfügung, die die Kommission benötigt, um ihre Aufgaben auf Grund des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union wahrzunehmen. Beziehen sich die bereitgestellten Informationen auf Informationen, die zuvor von Unternehmen auf Anforderung der Bundesnetzagentur bereitgestellt wurden, so werden die Unternehmen hiervon unterrichtet.</p> <p>(2) Die Bundesnetzagentur kann ihr übermittelte Informationen der nationalen Regulierungsbehörde eines anderen Mitgliedstaats auf deren be-</p>	<p>99. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>gründeten Antrag hin zur Verfügung stellen, soweit dies erforderlich ist, damit diese nationale Regulierungsbehörde ihre Verpflichtungen aus dem Recht der Europäischen Union erfüllen kann.</p> <p>(3) Im Rahmen des Informationsaustausches nach den Absätzen 1 und 2 stellt die Bundesnetzagentur eine vertrauliche Behandlung aller Informationen sicher, die von der nationalen Regulierungsbehörde eines anderen Mitgliedstaats oder von dem Unternehmen, das die Informationen an die Bundesnetzagentur übermittelt hat, nach den Vorschriften des Rechts der Europäischen Union und den einzelstaatlichen Vorschriften über das Geschäftsgeheimnis als vertraulich angesehen werden.</p> <p>(4) Die Bundesnetzagentur kennzeichnet im Rahmen der Bereitstellung von Informationen an die Kommission, an nationale Regulierungsbehörden anderer Mitgliedstaaten, an das GEREK und an das Büro des GEREK vertrauliche Informationen. Sie kann bei der Kommission beantragen, dass die Informationen, die sie der Kommission bereitstellt, Behörden anderer Mitgliedstaaten nicht zur Verfügung gestellt werden. Der Antrag ist zu begründen.“</p>	
<p>93. In § 126 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2007 über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 2002/21/EG (ABl. EG Nr. L 171 S. 32)“ gestrichen.</p>	<p><b>100.</b> un v e r ä n d e r t</p>
<p>94. Dem § 127 Absatz 2 werden folgende Sätze angefügt:  „Die Bundesnetzagentur kann von den nach Absatz 1 in der Telekommunikation tätigen Unternehmen insbesondere Auskünfte über künftige Netz- und Diensteentwicklungen verlangen, wenn diese Entwicklungen sich auf Dienste auf Vorleistungsebene auswirken können, die die Unternehmen Wettbewerbern zugänglich machen. Die Bundesnetzagentur kann ferner von Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht auf Vorleistungsmärkten verlangen, Rechnungslegungsdaten zu den mit diesen Vorleistungsmärkten verbundenen Endnutzermärkten vorzulegen.“</p>	<p><b>101.</b> un v e r ä n d e r t</p>
<p>95. § 132 wird wie folgt geändert:  a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „§ 55 Abs. 9, der §§ 61, 62 und 81“ durch die Wörter „§ 55 Absatz 10, der §§ 61, 62, 77a Absatz 1 und 2 und des § 81“ ersetzt.</p>	<p><b>102.</b> un v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 wird die Angabe „§ 55 Abs. 9“ durch die Angabe „§ 55 Absatz 10“ ersetzt.</p> <p>bb) In Satz 3 wird die Angabe „§ 61 Abs. 4 Nr. 2 und 4“ durch die Wörter „§ 61 Absatz 3 Nummer 2 und 4“ ersetzt.</p> <p>c) In Absatz 4 Satz 2 wird die Angabe „§§ 18, 19, 20, 21, 24, 30, 39, 40, 41 Abs. 1“ durch die Angabe „§§ 19, 20, 21, 23, 24, 30, 39, 40, 41 Absatz 2“ ersetzt.</p>	
<p>96. § 133 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:          „Ergeben sich im Zusammenhang mit Verpflichtungen aus diesem Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes Streitigkeiten zwischen Unternehmen, die öffentliche Telekommunikationsnetze betreiben oder öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste anbieten, oder zwischen diesen und anderen Unternehmen, denen Zugangs- oder Zusammenschaltungsverpflichtungen aus diesem Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes zugute kommen, trifft die Beschlusskammer, soweit dies gesetzlich nicht anders geregelt ist, auf Antrag einer Partei nach Anhörung der Beteiligten eine verbindliche Entscheidung.“</p> <p>b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 werden die Wörter „Regulierungsbehörde von mindestens zwei Mitgliedstaaten“ durch die Wörter „Regulierungsbehörden von mehr als einem Mitgliedstaat“ ersetzt.</p> <p>bb) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:          „Fällt die Streitigkeit in den Zuständigkeitsbereich der Bundesnetzagentur, so koordiniert sie ihre Maßnahmen mit den zuständigen nationalen Regulierungsbehörden der anderen betroffenen Mitgliedstaaten.“</p> <p>c) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:          „(3) Bei Streitigkeiten nach Absatz 2 kann die Bundesnetzagentur das GEREK beratend hinzuziehen, um die Streitigkeit im Einklang mit den in § 2 genannten Zielen dauerhaft beizulegen. Sie kann das GEREK um eine Stellungnahme zu der Frage ersuchen, welche Maßnahmen zur Streitbeilegung zu ergreifen sind. Hat die Bundesnetzagentur oder die zuständige nationale Regulierungsbehörde eines anderen betroffenen Mitgliedstaats das GEREK um eine Stellungnahme ersucht, so trifft die Beschlusskammer ihre Entscheidung</p>	<p><b>103. unverändert</b></p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>nicht, bevor das GEREK seine Stellungnahme abgegeben hat. § 130 bleibt hiervon unberührt.“</p> <p>d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.</p>	
<p>97. § 137 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „Beschwerde“ die Wörter „nach der Verwaltungsgerichtsordnung oder nach dem Gerichtsverfassungsgesetz“ eingefügt.</p> <p>b) In Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „§ 138 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 138 Absatz 4“ ersetzt.</p>	<p><b>104.</b> un verändert</p>
<p>98. § 138 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„§ 138 Vorlage- und Auskunftspflicht der Bundesnetzagentur</p> <p>(1) Für die Vorlage von Urkunden oder Akten, die Übermittlung elektronischer Dokumente oder die Erteilung von Auskünften (Vorlage von Unterlagen) durch die Bundesnetzagentur ist § 99 Absatz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung mit der Maßgabe anzuwenden, dass anstelle des Rechts der obersten Aufsichtsbehörde nach § 99 Absatz 1 Satz 2 der Verwaltungsgerichtsordnung, die Vorlage zu verweigern, das Recht der Bundesnetzagentur tritt, die Unterlagen als geheimhaltungsbedürftig zu kennzeichnen. Das Gericht der Hauptsache unterrichtet die Beteiligten, deren Geheimhaltungsinteresse durch die Offenlegung der Unterlagen im Hauptsacheverfahren berührt werden könnte, darüber, dass die Unterlagen vorgelegt worden sind.</p> <p>(2) Das Gericht der Hauptsache entscheidet auf Antrag eines Beteiligten, der ein Geheimhaltungsinteresse an den vorgelegten Unterlagen geltend macht, durch Beschluss, inwieweit die §§ 100 und 108 Absatz 1 Satz 2 sowie Absatz 2 der Verwaltungsgerichtsordnung auf die Entscheidung in der Hauptsache anzuwenden sind. Die Beteiligtenrechte nach den §§ 100 und 108 Absatz 1 Satz 2 sowie Absatz 2 der Verwaltungsgerichtsordnung sind auszuschließen, soweit nach Abwägung aller Umstände das Geheimhaltungsinteresse das Interesse der Beteiligten auf rechtliches Gehör auch unter Beachtung des Rechts auf effektiven Rechtsschutz überwiegt. Insoweit dürfen die Entscheidungsgründe im Hauptsacheverfahren die Art und den Inhalt der geheim gehaltenen Unterlagen nicht erkennen lassen. Die Mitglieder des Gerichts sind zur Geheimhaltung verpflichtet.</p> <p>(3) Der Antrag nach Absatz 2 Satz 1 ist innerhalb eines Monats zu stellen, nachdem das Ge-</p>	<p><b>105.</b> un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>richt die Beteiligten, deren Geheimhaltungsinteressen durch die Offenlegung der Unterlagen berührt werden könnten, über die Vorlage der Unterlagen durch die Bundesnetzagentur unterrichtet hat. In diesem Verfahren ist § 100 der Verwaltungsgerichtsordnung nicht anzuwenden. Absatz 2 Satz 3 und 4 gilt sinngemäß.</p> <p>(4) Gegen die Entscheidung nach Absatz 2 Satz 1 ist die Beschwerde zum Bundesverwaltungsgericht gegeben. Über die Beschwerde entscheidet der für die Hauptsache zuständige Revisions Senat. Absatz 2 Satz 3 und 4 und Absatz 3 Satz 2 gelten sinngemäß.“</p>	
<p>99. Nach § 138 wird folgender § 138a eingefügt:          „§ 138a          Informationssystem zu eingelegten Rechtsbehelfen          Die Bundesnetzagentur erhebt zu den gegen ihre Entscheidungen eingelegten Rechtsbehelfen die folgenden Informationen:          1. die Anzahl und den allgemeinen Inhalt der eingelegten Rechtsbehelfe,          2. die Dauer der Verfahren und          3. die Anzahl der Entscheidungen im vorläufigen Rechtsschutz.          Sie stellt diese Informationen der Kommission und dem GEREK auf deren begründete Anfrage zur Verfügung.“</p>	<p>106. un verändert</p>
<p>100. § 140 wird wie folgt geändert:          a) Der Wortlaut wird Absatz 1 und in Satz 2 werden die Wörter „Europäischen Gemeinschaften“ durch die Wörter „Europäischen Union“ ersetzt.          b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:          „(2) Die Bundesnetzagentur unterrichtet das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie vorab über die wesentlichen Inhalte geplanter Sitzungen in europäischen und internationalen Gremien. Sie fasst die wesentlichen Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Sitzungen zusammen und übermittelt sie unverzüglich an das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Bei Aufgaben, die die Bundesnetzagentur nach Absatz 1 Satz 2 in eigener Zuständigkeit wahrnimmt, finden die Sätze 1 und 2 keine Anwendung, soweit zwingende Vorschriften die vertrauliche Behandlung von Informationen fordern.“</p>	<p>107. un verändert</p>
<p>101. § 142 wird wie folgt geändert:          a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:          aa) In Nummer 2 wird das Wort „Rufnummern“ durch das Wort „Num-</p>	<p>108. § 142 wird wie folgt gefasst:          a) un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>mern“ ersetzt.</p> <p>bb) In Nummer 8 werden die Wörter „über Zusammenschaltungsverpflichtungen und Zugangsanordnungen“ durch die Wörter „der Zugangsregulierung“ und wird die Angabe „§ 23 Abs. 1 und 6“ durch die Angabe „§ 23“ ersetzt.</p> <p>cc) Nummer 10 wird aufgehoben.</p> <p>dd) Die bisherige Nummer 11 wird Nummer 10 und der Punkt wird am Ende durch ein Komma ersetzt.</p> <p>ee) Nach Nummer 10 wird die folgende Nummer 11 eingefügt: „11. Entscheidungen über sonstige Streitigkeiten zwischen Unternehmen nach § 133.“</p> <p>b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst: „(2) Die Gebühren nach Absatz 1 werden, vorbehaltlich der Regelung in Absatz 4, zur Deckung des Verwaltungsaufwandes erhoben. Zur Ermittlung des Verwaltungsaufwandes sind die Kosten, die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen als Einzel- und Gemeinkosten zurechenbar und ansatzfähig sind, insbesondere Personal- und Sachkosten sowie kalkulatorische Kosten zu Grunde zu legen.“</p> <p>c) Nach Absatz 2 werden folgende Absätze 3 und 4 eingefügt: „(3) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die gebührenpflichtigen Tatbestände nach Absatz 1 sowie die Höhe der hierfür zu erhebenden Gebühren näher zu bestimmen und dabei feste Sätze auch in Form von Gebühren nach Zeitaufwand oder Rahmensätze vorzusehen,</li> <li>2. eine bestimmte Zahlungsweise der Gebühren anzuordnen,</li> <li>3. <i>in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 8 bis 11 das Verfahren zur Ermittlung des Gegenstandswertes näher zu bestimmen und</i></li> <li>4. das Nähere zur Ermittlung des Verwaltungsaufwandes nach Absatz 2 Satz 2 zu bestimmen.</li> </ol> <p>Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie kann die Ermächtigung nach Satz 1 durch Rechtsverordnung unter Sicherstellung der Einvernehmensregelung auf die Bundesnetzagentur übertragen. Eine Rechtsverordnung der Bundesnetzagentur, ihre Änderung und ihre Aufhebung bedürfen des Einvernehmens mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und mit dem</p>	<p>b) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>c) Nach Absatz 2 werden folgende Absätze 3 und 4 eingefügt: „(3) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <b>u n v e r ä n d e r t</b></li> <li>2. <b>u n v e r ä n d e r t</b></li> </ol> <p><b>entfällt</b></p> <p>3. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie kann die Ermächtigung nach Satz 1 durch Rechtsverordnung unter Sicherstellung der Einvernehmensregelung auf die Bundesnetzagentur übertragen. Eine Rechtsverordnung der Bundesnetzagentur, ihre Änderung und ihre Aufhebung bedürfen des Einvernehmens mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und mit dem</p>



Gesetzentwurf	Änderung
<p>Bundesministerium der Finanzen.</p> <p>(4) Abweichend von Absatz 2 Satz 1 kann die Gebühr für Entscheidungen über die Zuteilungen nach Absatz 1 Nummer 1 und 2 so festgesetzt werden, dass sie als Lenkungszweck die optimale Nutzung und eine den Zielen dieses Gesetzes verpflichtete effiziente Verwendung dieser Güter sicherstellt. Absatz 2 Satz 1 und 2 findet keine Anwendung, wenn Nummern oder Frequenzen von außerordentlichem wirtschaftlichem Wert durch wettbewerbsorientierte oder vergleichende Auswahlverfahren vergeben werden <i>sowie wenn einer der Fälle des Absatzes 1 Nummer 8 bis 11 vorliegt.</i>“</p> <p>d) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden die Absätze 5 und 6.</p> <p>e) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 7 und die Angabe „§ 61 Abs. 5“ wird durch die Angabe „§ 61 Absatz 4“ ersetzt.</p> <p>f) Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 8.</p>	<p>Bundesministerium der Finanzen.</p> <p>(4) Abweichend von Absatz 2 Satz 1 kann die Gebühr für Entscheidungen über die Zuteilungen nach Absatz 1 Nummer 1 und 2 so festgesetzt werden, dass sie als Lenkungszweck die optimale Nutzung und eine den Zielen dieses Gesetzes verpflichtete effiziente Verwendung dieser Güter sicherstellt. Absatz 2 Satz 1 und 2 findet keine Anwendung, wenn Nummern oder Frequenzen von außerordentlichem wirtschaftlichem Wert durch wettbewerbsorientierte oder vergleichende Auswahlverfahren vergeben werden.“</p> <p>d) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>e) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>f) Der bisherige Absatz <b>6</b> wird Absatz 8.</p>
<p>102. § 143 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 2 Satz 3 wird aufgehoben.</p> <p>b) In Absatz 3 werden die Wörter „§ 10 oder § 11 des Gesetzes über die elektromagnetische Verträglichkeit von Geräten vom 18. September 1998 (BGBl. I S. 2882)“ durch die Wörter „§ 17 oder § 19 des Gesetzes über die elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln vom 26. Februar 2008 (BGBl. I S. 220)“ ersetzt.</p> <p>c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 werden nach den Wörtern „die Beitragssätze“ die Wörter „ , die Beitragskalkulation“ eingefügt.</p> <p>bb) Folgender Satz wird angefügt:  „Eine Rechtsverordnung der Bundesnetzagentur, ihre Änderung und ihre Aufhebung bedürfen des Einvernehmens mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und mit dem Bundesministerium der Finanzen.“</p>	<p><b>109. u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>103. In § 148 Absatz 1 Nummer 2 werden nach dem Wort „Sendeanlage“ die Wörter „oder eine sonstige Telekommunikationsanlage“ eingefügt.</p>	<p><b>110. u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>104. § 149 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) Nummer 4 wird wie folgt geändert:</p> <p>aaa) In Buchstabe a werden nach der Angabe „§ 20“ die Wörter „Absatz 1, 2 oder Absatz 3 Satz 1“ einge-</p>	<p><b>111. § 149 wird wie folgt geändert:</b></p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) Nummer 4 wird wie folgt geändert:</p> <p>aaa) In Buchstabe a werden nach der Angabe „§ 20“ die Wörter „Absatz 1, 2 oder Absatz 3 Satz 1“ einge-</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>fügt.</p> <p>bbb) Buchstabe b wird wie folgt gefasst: „b) § 46 Absatz 9 Satz 1, § 67 Absatz 1 Satz 1, 2, 6 oder 7 oder § 109 Absatz 4 Satz 3 oder Satz 5,“.</p> <p>ccc) In Buchstabe c wird die Angabe „§ 127 Abs. 2 Nr. 1“ durch die Wörter „§ 127 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1, Satz 2 und 3“ ersetzt.</p> <p>bb) Nummer 5 wird aufgehoben.</p> <p>cc) In Nummer 6 wird die Angabe „§ 30 Abs. 1“ durch die Wörter „§ 30 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 Satz 2 zweiter Fall“ ersetzt.</p> <p>dd) Nach Nummer 7 werden die folgenden neuen Nummern 7a bis 7d eingefügt:</p> <p>„7a. entgegen § 43a Absatz 1 Satz 1 eine Information nicht, nicht richtig oder nicht vollständig zur Verfügung stellt,</p> <p>7b. entgegen § 45k Absatz 1 Satz 1 eine Leistung ganz oder teilweise verweigert,</p> <p>7c. einer Rechtsverordnung nach a) § 45n Absatz 1 oder § 45o Absatz 2 oder Absatz 4 oder b) § 45o Absatz 3 Satz 1 oder einer vollziehbaren Anordnung auf Grund einer solchen Rechtsverordnung zuwiderhandelt, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist,</p> <p>7d. entgegen § 46 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 3, nicht sicherstellt, dass die Leistung beim Anbieterwechsel gegenüber dem Teilnehmer nicht unterbrochen wird,</p> <p>7e. entgegen § 46 Absatz 1 Satz 2 den Telekommunikationsdienst unterbricht,“.</p> <p>ee) In Nummer 11 wird die Angabe „§ 56 Abs. 1 Satz 1“ durch die Wörter „§ 56 Absatz 2 Satz 1“ ersetzt.</p>	<p>fügt.</p> <p>bbb) Buchstabe b wird wie folgt gefasst: „b) § 46 Absatz 9 Satz 1, § 67 Absatz 1 Satz 1, 2, 6 oder 7 oder § 109 Absatz 4 Satz 3 oder Satz 5,“.</p> <p>ccc) In Buchstabe c wird die Angabe „§ 127 Abs. 2 Nr. 1“ durch die Wörter „§ 127 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1, Satz 2 und 3“ ersetzt.</p> <p>bb) Nummer 5 wird aufgehoben.</p> <p>cc) In Nummer 6 wird die Angabe „§ 30 Abs. 1“ durch die Wörter „§ 30 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 Satz 2 zweiter Fall“ ersetzt.</p> <p>dd) Nach Nummer 7 werden die folgenden neuen Nummern 7a bis 7h eingefügt: „7a. einer Rechtsverordnung nach § 41a Absatz 1 oder einer vollziehbaren Anordnung auf Grund einer solchen Rechtsverordnung zuwiderhandelt, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist,</p> <p>7b. entgegen § 43a Absatz 1 Satz 1 eine Information nicht, nicht richtig oder nicht vollständig zur Verfügung stellt,</p> <p>7c. entgegen § 45k Absatz 1 Satz 1 eine Leistung ganz oder teilweise verweigert,</p> <p>7d. einer Rechtsverordnung nach § 45n Absatz 1 oder einer vollziehbaren Anordnung auf Grund einer solchen Rechtsverordnung zuwiderhandelt, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist,</p> <p>7e. entgegen § 45p Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2, eine Information nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,</p> <p>7f. entgegen § 45p Absatz 2 den Teilnehmer nicht, nicht richtig oder nicht vollständig unterrichtet,</p> <p>7g. entgegen § 46 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 3, nicht sicherstellt, dass die Leistung beim Anbieterwechsel gegenüber dem Teilnehmer nicht unterbrochen wird,</p> <p>7h. entgegen § 46 Absatz 1 Satz 2 den Telekommunikationsdienst unterbricht,“.</p> <p>ee) u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>ff) Nach Nummer 13h werden folgende neue Nummern 13i und 13j eingefügt:          „13i. entgegen § 66g Absatz 1 eine Warteschleife einsetzt,          13j. entgegen § 66 g Absatz 2 nicht sicherstellt, dass der Anrufende informiert wird,“.</p>	<p>ff) un verändert</p>
<p>gg) Die bisherige Nummer 13i wird die neue Nummer 13k und die Angabe „§ 66i Abs. 1 Satz 2“ wird durch die Wörter „§ 66j Absatz 1 Satz 2“ ersetzt.</p>	<p>gg) un verändert</p>
<p>hh) Die bisherige Nummer 13j wird durch die folgenden neuen Nummern 13l bis 13o ersetzt:          „13l. entgegen § 66k Absatz 1 Satz 1 nicht sicherstellt, dass eine vollständige Rufnummer übermittelt und gekennzeichnet wird,          13m. entgegen § 66k Absatz 1 Satz 3 eine Rufnummer oder eine Nummer für Kurzwahl-Sprachdienste übermittelt,          13n. entgegen § 66k Absatz 1 Satz 4 eine übermittelte Rufnummer verändert,          13o. entgegen § 66k Absatz 2 eine Rufnummer oder eine Nummer für Kurzwahl-Sprachdienste aufsetzt oder übermittelt,“.</p>	<p>hh) un verändert</p>
<p>ii) In Nummer 15 werden nach dem Wort „Sendeanlage“ die Wörter „oder eine sonstige Telekommunikationsanlage“ eingefügt.</p>	<p>ii) un verändert</p>
<p>jj) In Nummer 17b wird die Angabe „§ 98 Abs. 1 Satz 3“ durch die Wörter „§ 98 Absatz 1 Satz 2, auch in Verbindung mit Satz 5,“ ersetzt.</p>	<p>jj) un verändert</p>
<p>kk) Nummer 19 wird wie folgt gefasst:          „19. entgegen § 108 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Absatz 2, nicht sicherstellt, dass eine unentgeltliche Notrufverbindung möglich ist,“.</p>	<p>kk) un verändert</p>
<p>ll) Nach Nummer 19 wird folgende neue Nummer 19a eingefügt:          „19a. entgegen § 108 Absatz 1 Satz 2, auch in Verbindung mit Absatz 2 oder einer Rechtsverordnung nach Absatz 3 Satz 1 Nummer 2, nicht sicherstellt, dass eine Notrufverbindung hergestellt wird,“.</p>	<p>ll) un verändert</p>
<p>mm) Nummer 20 wird wie folgt gefasst:          „20. entgegen § 108 Absatz 1 Satz 3, auch in Verbindung mit Absatz 2 oder einer Rechtsverordnung nach Absatz 3 Satz 1 Nummer 3, nicht sicherstellt, dass die Rufnummer</p>	<p>mm) un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>des Anschlusses übermittelt wird oder die dort genannten Daten übermittelt oder bereitgestellt werden,“.</p> <p>nn) In Nummer 21 werden die Wörter „§ 109 Abs. 3 Satz 2 oder 4“ durch die Wörter „§ 109 Absatz 4 Satz 2 oder Satz 6“ ersetzt.</p> <p>oo) Nach Nummer 21 werden die folgenden neuen Nummern 21a bis 21c eingefügt:          „21a. entgegen § 109 Absatz 5 Satz 1 eine Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht,          21b. entgegen § 109a Absatz 1 Satz 1 oder Satz 2 die Bundesnetzagentur, den Beauftragten für den Datenschutz und die Informationssicherheit oder einen Betroffenen nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig benachrichtigt,          21c. entgegen § 109a Absatz 3 Satz 1 das dort genannte Verzeichnis nicht, nicht richtig oder nicht vollständig führt,“.</p> <p>pp) In Nummer 34 wird nach dem Wort „übermittelt“ das Komma durch das Wort „oder“ ersetzt.</p> <p>qq) In Nummer 35 werden die Wörter „, auch in Verbindung mit § 113b Satz 2,“ gestrichen und wird nach dem Wort „wahr“ das Komma durch einen Punkt ersetzt.</p> <p>rr) Die Nummern 36 bis 39 werden aufgehoben.</p> <p>b) Absatz 1a wird wie folgt gefasst:          „(1a) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EG) Nr. 717/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2007 über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 2002/21/EG (ABl. L 171 vom 29.6.2007, S. 32), die durch die Verordnung (EG) Nr. 544/2009 (ABl. L 167 vom 29.6.2009, S. 12) geändert worden ist, verstößt, indem er vorsätzlich oder fahrlässig          1. als Betreiber eines besuchten Netzes dem Betreiber des Heimatnetzes eines Roamingkunden ein höheres durchschnittliches Großkundenentgelt als das in Artikel 3 Absatz 2 Satz 2 genannte Entgelt berechnet,          2. als Heimatanbieter seinem Roamingkunden für die Abwicklung eines regulierten Roaminganrufs ein höheres Endkundenentgelt als das in Artikel 4 Absatz 2 Satz 3 genannte Entgelt berechnet,</p>	<p>nn) u n v e r ä n d e r t</p> <p>oo) u n v e r ä n d e r t</p> <p>pp) u n v e r ä n d e r t</p> <p>qq) u n v e r ä n d e r t</p> <p>rr) u n v e r ä n d e r t</p> <p>b) u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>3. als Betreiber eines besuchten Netzes dem Betreiber des Heimatnetzes eines Roamingkunden für die Abwicklung einer aus dem betreffenden besuchten Netz abgehenden regulierten SMS-Roamingnachricht ein höheres als das in Artikel 4a Absatz 1 genannte Großkundenentgelt berechnet,</p> <p>4. als Heimatanbieter eines Roamingkunden für die Abwicklung einer vom Kunden versendeten SMS-Roamingnachricht ein höheres Endkundenentgelt als das in Artikel 4b Absatz 2 genannte Entgelt berechnet,</p> <p>5. als Betreiber eines besuchten Netzes dem Betreiber des Heimatnetzes eines Roamingkunden für die Abwicklung regulierter Datenroamingnetze über das betreffende besuchte Netz ein höheres durchschnittliches Großkundenentgelt als das in Artikel 6a Absatz 4 Buchstabe a Satz 1 genannte Entgelt berechnet oder</p> <p>6. entgegen Artikel 7 Absatz 4 Satz 2 eine Information nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig übermittelt.“</p> <p>c) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:          „Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 4 Buchstabe a, Nummer 6, 10, 22, 27 und 31 mit einer Geldbuße bis zu fünfhunderttausend Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nummer <i>7b Buchstabe b</i>, Nummer 16, 17, 17a, 18, 26, 29, 30a und 34 mit einer Geldbuße bis zu dreihunderttausend Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 4 Buchstabe b, Nummer <i>7a, 7b Buchstabe a</i>, Nummer <i>7c und 7d</i>, 12, 13 bis 13b, 13d bis 13o, 15, 17c, 19, 19a, 20, 21, 21b und 30 sowie des Absatzes 1a Nummer 1 bis 5 mit einer Geldbuße bis zu einhunderttausend Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 7, 8, 9, 11, 17b, 21a, 21c, 23 und 24 mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro und in den übrigen Fällen des Absatzes 1 mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.“</p>	<p>c) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:          „Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 4 Buchstabe a, Nummer 6, 10, 22, 27 und 31 mit einer Geldbuße bis zu fünfhunderttausend Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nummer <b>7a</b>, Nummer 16, 17, 17a, 18, 26, 29, 30a und 34 mit einer Geldbuße bis zu dreihunderttausend Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 4 Buchstabe b, Nummer <b>7b bis 7d, 7g, 7h</b>, 12, 13 bis 13b, 13d bis 13o, 15, 17c, 19, 19a, 20, 21, 21b und 30 sowie des Absatzes 1a Nummer 1 bis 5 mit einer Geldbuße bis zu einhunderttausend Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 7, 8, 9, 11, 17b, 21a, 21c, 23 und 24 mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro und in den übrigen Fällen des Absatzes 1 <b>sowie im Fall des Absatzes 1a Nummer 6</b> mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.“</p>
<p><b>105.</b> § 150 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 4a wird Absatz 5.</p> <p>b) Der bisherige Absatz 5 wird aufgehoben.</p> <p>c) Absatz 7 wird wie folgt gefasst:          „(7) Warteschleifen dürfen bis zum Inkrafttreten von § 66g nur eingesetzt werden, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:</p> <p>1. der Anruf erfolgt zu einer entgeltfreien Rufnummer,</p>	<p><b>112.</b> § 150 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>b) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>c) Absatz 7 wird wie folgt gefasst:          „(7) Warteschleifen dürfen bis zum Inkrafttreten von § 66g nur eingesetzt werden, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:</p> <p>1. der Anruf erfolgt zu einer entgeltfreien Rufnummer,</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>2. der Anruf erfolgt zu einer ortsgebundenen Rufnummer,</p> <p>3. der Anruf erfolgt zu einer Rufnummer für mobile Dienste (015, 016 oder 017),</p> <p>4. für den Anruf gilt ein Festpreis pro Verbindung,</p> <p>5. der Angerufene trägt die Kosten des Anrufs für die Dauer der Warteschleife, soweit es sich nicht um Kosten handelt, die bei Anrufen aus dem Ausland für die Herstellung der Verbindung im Ausland entstehen, oder</p> <p>6. unabhängig von der vom Angerufenen verwendeten Rufnummer oder der grundsätzlichen Tarifierung des Anrufs sind mindestens zwei Minuten der Verbindung ab Rufaufbau für den Anrufer kostenfrei; wird die Warteschleife innerhalb dieser Zeit durch Bearbeitung beendet, endet die Kostenfreiheit ab dem Zeitpunkt der Bearbeitung.</p> <p>Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen Satz 1 Warteschleifen einsetzt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu einhunderttausend Euro geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht der in Satz 4 genannte Betrag hierfür nicht aus, so kann er überschritten werden.</p> <p>d) Dem Absatz 8 werden folgende Sätze angefügt:          „Die Bundesnetzagentur überprüft auf Antrag der Inhaber von Frequenznutzungsrechten, die vor dem 26. Mai 2011 zugeteilt wurden und für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren ab diesem Zeitpunkt ihre Gültigkeit behalten, ob Beschränkungen der Nutzungsrechte, die über die in § 53 Absatz 2 Satz 2 genannten Beschränkungen hinausgehen, aufrechterhalten oder aufgehoben werden. Dem Antragsteller ist vor der Entscheidung Gelegenheit zu geben, den Antrag zurückzuziehen.“</p> <p>e) In Absatz 9 werden die Wörter „diesem Gesetz“ durch die Wörter „dem Telekommunikationsgesetz vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190)“ ersetzt.</p> <p>f) Absatz 9a wird aufgehoben.</p> <p>g) Der bisherige Absatz 12 wird Absatz 10.</p> <p>h) Absatz 12b wird aufgehoben.</p> <p>i) Die Absätze 13 und 14 werden die Absätze 11 und 12.</p>	<p>2. der Anruf erfolgt zu einer ortsgebundenen Rufnummer <b>oder einer Rufnummer, die die Bundesnetzagentur den ortsgebundenen Rufnummern nach § 66g Absatz 3 gleichgestellt hat,</b></p> <p>3. der Anruf erfolgt zu einer Rufnummer für mobile Dienste (015, 016 oder 017),</p> <p>4. für den Anruf gilt ein Festpreis pro Verbindung,</p> <p>5. der <b>Anruf ist</b> für die Dauer der Warteschleife <b>für den Anrufer kostenfrei</b>, soweit es sich nicht um Kosten handelt, die bei Anrufen aus dem Ausland für die Herstellung der Verbindung <b>im</b> Ausland entstehen, oder</p> <p>6. unabhängig von <b>der</b> vom Angerufenen verwendeten <b>Rufnummer</b> oder der <b>grundsätzlichen</b> Tarifierung des Anrufs sind <b>mindestens</b> zwei Minuten der Verbindung ab Rufaufbau für den Anrufer kostenfrei; <b>wird die Warteschleife innerhalb dieser Zeit durch Bearbeitung beendet, endet die Kostenfreiheit ab dem Zeitpunkt der Bearbeitung.</b></p> <p>Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen Satz 1 Warteschleifen einsetzt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu einhunderttausend Euro geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht der in Satz 3 genannte Betrag hierfür nicht aus, so kann er überschritten werden.“</p> <p>d) u n v e r ä n d e r t</p> <p>e) u n v e r ä n d e r t</p> <p>f) u n v e r ä n d e r t</p> <p>g) u n v e r ä n d e r t</p> <p>h) u n v e r ä n d e r t</p> <p>i) u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
106. In § 21 Absatz 1 Satz 2 Nummer 7, § 24 Absatz 2 Satz 2, § 25 Absatz 4, § 27 Absatz 2 Satz 2, § 29 Absatz 3 Satz 1, § 62 Absatz 2 Nummer 5 und § 69 Absatz 2 Satz 2 wird die Angabe „§ 2 Abs. 2“ jeweils durch die Angabe „§ 2“ ersetzt.	113. un verändert
107. Es werden ersetzt: a) in § 7 Nummer 1 und 2, § 44a Satz 1, § 45a Absatz 1, 2 und 3 Satz 1, §§ 45b, 45e Absatz 1 Satz 1, § 45g Absatz 1 Satzteil vor Nummer 1, 1 und 3, § 45i Absatz 3 Satz 1 und 2, § 45j Absatz 1 Satz 1, § 67 Absatz 1 Satz 2, § 86 Absatz 1 Satz 1, § 127 Absatz 1 Satz 1 Satzteil vor Nummer 1, § 134 Absatz 2 Nummer 2 die Wörter „Telekommunikationsdiensten für die Öffentlichkeit“ jeweils durch die Wörter „öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten“, b) in § 6 Absatz 1 Satz 1, § 7 Satzteil vor Nummer 1, § 47 Absatz 1 Satz 1, § 110 Absatz 1 Satz 1 Satzteil vor Nummer 1 und Satz 2, § 112 Absatz 1 Satz 1, § 114 Absatz 1 Satz 1 die Wörter „Telekommunikationsdienste für die Öffentlichkeit“ jeweils durch die Wörter „öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste“ und c) in § 45i Absatz 1 Satz 1 die Wörter „Telekommunikationsdienst für die Öffentlichkeit“ durch die Wörter „öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienst“.	114. un verändert
<b>Artikel 2</b> <b>Änderung der Verordnung über</b> <b>Notrufverbindungen</b>	<b>Artikel 2</b> <b>Änderung der Verordnung über</b> <b>Notrufverbindungen</b>
Auf Grund des § 108 Absatz 3 des Telekommunikationsgesetzes vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190), der zuletzt durch Artikel 1 Nummer 84 des Gesetzes zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Regelungen vom ... (BGBl. I S. ...) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales:	un verändert
Die Verordnung über Notrufverbindungen vom 6. März 2009 (BGBl. I S. 481) wird wie folgt geändert:	un verändert
1. § 1 wird aufgehoben.	1. un verändert
2. § 2 wird wie folgt gefasst: § 2	2. un verändert

Gesetzentwurf	Änderung
<p style="text-align: center;"><b>Begriffsbestimmungen</b></p> <p>Im Sinne dieser Verordnung ist</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. „Einzugsgebiet“ der aus einem oder mehreren Notrufursprungsbereichen bestehende örtliche Zuständigkeitsbereich einer Notrufabfragestelle;</li> <li>2. „Notrufabfragestelle“ die nach Landesrecht zuständige Stelle zur Entgegennahme von Notrufen;</li> <li>3. „Notrufanschluss“ der Anschluss einer Notrufabfragestelle an ein Telekommunikationsnetz, der je nach technischer Ausgestaltung ausschließlich genutzt wird für die Entgegennahme <ol style="list-style-type: none"> <li>a) von Notrufverbindungen einschließlich der zugehörigen Daten oder</li> <li>b) der den Notruf begleitenden Daten;</li> </ol> </li> <li>4. „Notrufcodierung“ die Nummer mit mindestens einer von den Ziffern 0 bis 9 verschiedenen hexadezimalen Ziffer, mit der in öffentlichen Telefonnetzen ein Notrufanschluss adressiert wird;</li> <li>5. „Notrufursprungsbereich“ das geografisch zusammenhängende Gebiet, aus dem alle unter der Notrufnummer 110 oder 112 eingeleiteten Notrufverbindungen aus einem Telekommunikationsnetz zum selben der jeweiligen Notrufnummer zugeordneten Notrufanschluss gelenkt werden;</li> <li>6. „Notrufverbindung“ die Telefon- oder Telefaxverbindung, die zu einem Notrufanschluss über einen öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienst für das Führen von ausgehenden Inlandsgesprächen zu einer oder mehreren Nummern des nationalen Telefonnummernplans aufgebaut wird; die Telefon- oder Telefaxverbindung wird eingeleitet durch Wahl einer Notrufnummer oder durch Aussenden einer in den technischen Standards für die Gestaltung von Telekommunikationsnetzen ausschließlich für Notruf vorgesehenen Signalisierungsinformation, wobei das Endgerät zum Aussenden der Notrufnummer oder der entsprechenden Signalisierungsinformation veranlasst wird durch <ol style="list-style-type: none"> <li>a) Eingabe einer Notrufnummer über die Zifferntasten,</li> <li>b) Betätigen einer ausschließlich für Notruf vorgesehenen Taste oder Tastenkombination oder</li> <li>c) einen entsprechenden Auslösemechanismus;</li> </ol> </li> <li>7. „Telefondiensteanbieter“ wer öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste für das Führen von ausgehenden Inlandsgesprächen zu einer oder mehreren Nummern des nationalen Telefonnummernplans erbringt.‘</li> </ol>	
<ol style="list-style-type: none"> <li>3. § 3 wird wie folgt geändert: <ol style="list-style-type: none"> <li>a) Absatz 1 wird wie folgt geändert: <ol style="list-style-type: none"> <li>aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst: <p style="margin-left: 40px;">„(1) Die nach Landesrecht zuständigen Behörden legen die Notrufabfragestellen</p> </li> </ol> </li> </ol> </li> </ol>	<ol style="list-style-type: none"> <li>3. un verändert</li> </ol>



Gesetzentwurf	Änderung
<p>mit ihren Einzugsgebieten und Notrufursprungsbereichen sowie die jeweiligen Ersatz-Notrufabfragestellen im Benehmen mit den betroffenen Netzbetreibern fest; dabei sollen die Grenzen der Notrufursprungsbereiche nach Möglichkeit so festgelegt werden, dass einerseits nicht unnötig feine Unterteilungen der gewachsenen Struktur der Teilnehmernetze erforderlich werden, andererseits aber die Standorte der Notrufenden so genau wie möglich den Notrufanschlüssen der örtlich zuständigen Notrufabfragestelle zugeordnet werden.“</p> <p>bb) In Satz 2 werden das Wort „Einzugsgebiete“ durch das Wort „Notrufursprungsbereiche“ und die Angabe „§ 108 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 108 Absatz 4“ ersetzt.</p> <p>cc) In den Sätzen 3, 5 und 6 wird jeweils das Wort „Einzugsgebiete“ durch das Wort „Notrufursprungsbereiche“ ersetzt.</p> <p>b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:          „(2) Nach Eingang einer Mitteilung nach Absatz 1 Satz 6 ordnet die Bundesnetzagentur jedem Notrufursprungsbereich und jeder Notrufabfragestelle je eine eindeutige Kennzeichnung zu und legt für jeden Notrufanschluss eine Notrufcodierung fest. Sie stellt die ihr übermittelten Informationen sowie die von ihr vergebenen Kennzeichnungen und festgelegten Notrufcodierungen unverzüglich in einem Verzeichnis bereit, das von den betroffenen Netzbetreibern und Telefondiensteanbietern sowie von den nach Absatz 1 zuständigen Behörden und den von diesen benannten Notrufabfragestellen abgerufen werden kann, und veröffentlicht einen Hinweis auf die Abrufmöglichkeit in ihrem Amtsblatt. Das Verzeichnis ist gegen unberechtigte Zugriffe und unbefugte Veränderungen zu sichern.“</p> <p>c) In Absatz 3 wird das Wort „Telefondienste“ durch die Wörter „Telekommunikationsdienste für das Führen von ausgehenden Inlandsgesprächen zu einer oder mehreren Nummern des nationalen Telefonnummernplans“ ersetzt.</p>	

Gesetzentwurf	Änderung
<p>4. § 4 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Dem Absatz 1 wird folgender Absatz 1 vorangestellt:          „(1) Die Forderung aus § 108 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes nach unentgeltlicher Bereitstellung von Notrufverbindungen schließt ein, dass Notrufe auch ohne Verwendung eines Zahlungsmittels möglich sein müssen; Absatz 8 Nummer 1 bleibt unberührt.“</p> <p>b) Der bisherige Absatz 1 wird Absatz 2 und wird wie folgt gefasst:          „(2) Die an der Herstellung einer Notrufverbindung beteiligten Telefondiensteanbieter und Netzbetreiber haben dafür zu sorgen, dass Notrufverbindungen unverzüglich zur örtlich zuständigen Notrufabfragestelle mit der für den jeweiligen Telefondienst üblichen Sprachqualität hergestellt werden. In Fällen von Telefaxverbindungen tritt an die Stelle der üblichen Sprachqualität die übliche Übertragungsqualität. Der Telefondiensteanbieter, der den unter einer Notrufnummer geäußerten Verbindungswunsch eines Nutzers entgegennimmt, hat der Verbindung die nach § 3 Absatz 2 festgelegte Notrufcodierung der örtlich zuständigen Notrufabfragestelle zuzuordnen. Maßgeblich für die Ermittlung der örtlich zuständigen Notrufabfragestelle ist der vom Telekommunikationsnetz festgestellte Standort des Endgerätes, von dem die Notrufverbindung ausgeht (Ursprung der Notrufverbindung); dabei sind die nach § 3 festgelegten Notrufursprungsbereiche zu beachten. In Fällen, in denen sich Telefondiensteanbieter und Netzbetreiber unterscheiden, hat der Telefondiensteanbieter bei den beteiligten Zugangsanbietern oder Netzbetreibern auf technischem Weg unverzüglich Informationen über diesen Standort anzufordern; die technischen Schnittstellen, über die diese Informationen angefordert werden, sind durch angemessene Maßnahmen gegen Missbrauch zu sichern. Auf dieser Grundlage sind</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die zuständige Notrufabfragestelle zu ermitteln und</li> <li>2. die Notrufverbindung unverzüglich herzustellen.</li> </ol> <p>Vorgaben zur Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Standortfeststellung werden in der Technischen Richtlinie nach § 6 unter Berücksichtigung technologischer Gegebenheiten und des Stands der Technik festgelegt.“</p> <p>c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und Satz 1 wird wie folgt gefasst:          „(3) Die an der Herstellung einer Notrufverbindung beteiligten Telefondiensteanbieter</p>	<p>4. § 4 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) un verändert</p> <p>b) un verändert</p> <p>c) un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>und Netzbetreiber haben Notrufverbindungen im Rahmen der technischen Möglichkeiten jederzeit und unabhängig davon herzustellen, in welchem Netz oder bei welchem Telefondiensteanbieter die Notrufverbindungen ihren Ursprung haben.“</p> <p>d) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden die Absätze 4 und 5 und werden wie folgt gefasst:</p> <p>„(4) Der Telefondiensteanbieter, der den unter einer Notrufnummer geäußerten Verbindungswunsch eines Teilnehmers entgegennimmt, hat der Notrufabfragestelle als Teil der Notrufverbindung</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Rufnummer des Anschlusses <i>zu übermitteln</i>, von dem die Notrufverbindung ausgeht, auch wenn die Anzeige der Rufnummer im Einzelfall oder dauernd ausgeschlossen ist (§ 102 Absatz 8 des Telekommunikationsgesetzes),</li> <li>2. Angaben zum Standort des Endgerätes <i>zu übermitteln oder bereitzustellen</i>, von dem die Notrufverbindung ausgeht, auch wenn die Übermittlung von Angaben zum Standort im Einzelfall oder dauernd ausgeschlossen ist (§ 98 Absatz 3 des Telekommunikationsgesetzes), und</li> <li>3. seine Anbieterkennung <i>zu übermitteln</i>.</li> </ol> <p>Die übrigen an der Notrufverbindung beteiligten Diensteanbieter haben dafür zu sorgen, dass diese Daten an die Notrufabfragestelle übermittelt werden. Die technischen Verfahren für die Übermittlung <i>oder Bereitstellung</i> dieser Daten werden in der Technischen Richtlinie nach § 6 festgelegt.</p> <p>(5) Der Telefondiensteanbieter, in dessen Bereich die Notrufverbindung ihren Ursprung hat, hat sicherzustellen, dass die Wahl der Ziffernfolge „110“ oder „112“, der andere Ziffern vorangehen, nicht zu einer Verbindung zu einer Notrufabfragestelle führt. Dies gilt nicht für das Voranstellen von Kennzahlen zur Betreiberauswahl. Eine Notrufverbindung ist ungeachtet der Notrufnummer folgender Ziffern unverzüglich zu der zuständigen Notrufabfragestelle herzustellen. Die an der Herstellung einer Notrufverbindung beteiligten Telefondiensteanbieter und Netzbetreiber haben sicherzustellen, dass Notrufverbindungen mit einem vom Netz festgestellten Ursprung im Ausland nicht zu Notrufanschlüssen im Inland hergestellt oder weitergeleitet werden.“</p> <p>e) Die bisherigen Absätze 5 und 6 werden die Absätze 6 und 7.</p> <p>f) Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 8 und wird wie folgt geändert:</p>	<p>d) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden die Absätze 4 und 5 und werden wie folgt gefasst:</p> <p>„(4) Der Telefondiensteanbieter, der <b>den</b> unter einer Notrufnummer geäußerten Verbindungswunsch eines Teilnehmers entgegennimmt, <b>hat</b> der Notrufabfragestelle als Teil der Notrufverbindung <b>zu übermitteln</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Rufnummer des <b>Anschlusses</b>, von dem die Notrufverbindung ausgeht, auch wenn die Anzeige der <b>Rufnummer</b> im Einzelfall oder dauernd ausgeschlossen ist (§ 102 Absatz 8 des Telekommunikationsgesetzes),</li> <li>2. Angaben zum Standort des Endgerätes, von dem die Notrufverbindung ausgeht, auch wenn die Übermittlung von Angaben zum <b>Standort</b> im Einzelfall oder dauernd ausgeschlossen ist (§ 98 Absatz 3 des Telekommunikationsgesetzes), und</li> <li>3. seine Anbieterkennung.</li> </ol> <p>Die übrigen an der Notrufverbindung beteiligten Diensteanbieter haben dafür zu sorgen, dass diese Daten an die Notrufabfragestelle übermittelt werden. Die technischen Verfahren für die Übermittlung dieser Daten werden in der Technischen Richtlinie nach § 6 festgelegt.</p> <p>(5) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>e) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>f) Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 8 und wird wie folgt geändert:</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>aa) Die Nummern 1 bis 3 werden wie folgt gefasst:</p> <p>„1. Notrufverbindungen von Mobiltelefonen ohne Mobilfunkkarte sind nicht zulässig.</p> <p>2. Jeder Mobilfunknetzbetreiber hat im Rahmen von Nummer 1 sicherzustellen, dass auch für Teilnehmer anderer Mobilfunknetze Notrufverbindungen unter der europaeinheitlichen Notrufnummer 112 von jedem in seinem Netz technisch verwendbaren Mobiltelefon möglich sind. Dies gilt nicht, wenn die Mobilfunkkarte beim Einbuchungsversuch als ungültig bewertet wird. Die Verpflichtung nach Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 besteht für einen Mobilfunknetzbetreiber nur, wenn die Mobilfunkkarte in seinem Netz eingebucht ist.</p> <p>3. Für die Bestimmung der örtlich zuständigen Notrufabfragestelle im Sinne des Absatzes 2 Satz 3 ist der vom Mobilfunknetz festgestellte Ursprung der Notrufverbindung bei Verbindungsbeginn maßgebend. Der Ursprung der Notrufverbindung ist mit mindestens der Genauigkeit zu ermitteln, die dem Stand der Technik kommerziell genutzter Lokalisierungsdienste entspricht. Solange es dem Stand der Technik entspricht, hat der Mobilfunknetzbetreiber zumindest die Funkzelle zu Grunde zu legen. In den Fällen des Satzes 3 hat der Mobilfunknetzbetreiber als Standortangabe die Bezeichnung der Funkzelle <i>anzugeben. Er hat darüber hinaus entweder die geografischen Koordinaten des Standortes des die Funkzelle versorgenden Mobilfunksenders und dessen Hauptabstrahlrichtung oder die geografischen Koordinaten des Zellschwerpunktes</i> anzugeben. Zu den Angaben nach Satz 4 hat der Mobilfunknetzbetreiber den Notrufabfragestellen aktuelle Informationen bereitzustellen, die für die Umsetzung von Funkzellenbezeichnungen in geografische Angaben erforderlich sind; <i>zu den Informationen nach Satz 5 sollen ergänzende Angaben zur Zellengröße und Zellenform bereitgestellt werden.</i>“</p>	<p>aa) Die Nummern 1 bis 3 werden wie folgt gefasst:</p> <p>„1. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>2. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>3. Für die Bestimmung der örtlich zuständigen Notrufabfragestelle im Sinne des Absatzes 2 Satz 3 ist der vom Mobilfunknetz festgestellte Ursprung der Notrufverbindung bei Verbindungsbeginn maßgebend. Der Ursprung der Notrufverbindung ist mit mindestens der Genauigkeit zu ermitteln, die dem Stand der Technik kommerziell genutzter Lokalisierungsdienste entspricht. Solange es dem Stand der Technik entspricht, hat der Mobilfunknetzbetreiber zumindest die Funkzelle zu Grunde zu legen. In den Fällen des Satzes 3 hat der Mobilfunknetzbetreiber als Standortangabe die Bezeichnung der Funkzelle <b>und</b> die geografischen Koordinaten des Standortes des die Funkzelle versorgenden Mobilfunksenders <b>einschließlich</b> dessen Hauptabstrahlrichtung anzugeben. Zu den Angaben nach Satz 4 hat der Mobilfunknetzbetreiber den Notrufabfragestellen <b>unabhängig von einer Notrufverbindung</b> aktuelle Informationen bereitzustellen, die für die Umsetzung von Funkzellenbezeichnungen <b>und Angaben zu den Standorten der Mobilfunksender</b> in geografische Angaben <b>über die Lage, Größe und Form der Funkzellen</b> erforderlich sind.“</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>bb) Nummer 4 wird aufgehoben.</p> <p>cc) Die bisherigen Nummern 5 und 6 werden die Nummern 4 und 5.</p> <p>dd) In der neuen Nummer 4 werden die Wörter „(Absatz 4 Satz 3)“ durch die Wörter „(Absatz 5 Satz 3)“ ersetzt.</p> <p>ee) Die neue Nummer 5 wird wie folgt gefasst:          „5. Abweichend von Absatz 6 ist das automatische Herstellen einer Notrufverbindung unter der Notrufnummer 112 auch ohne unmittelbares Tätigwerden eines Menschen mittels dafür vorgesehener, in Kraftfahrzeugen installierter Einrichtungen (E-Call) zulässig.“</p>	<p>bb) un verändert</p> <p>cc) un verändert</p> <p>dd) un verändert</p> <p>ee) Die neue Nummer 5 wird wie folgt gefasst:          „5. Abweichend von Absatz 6 ist das automatische Herstellen einer Notrufverbindung unter der Notrufnummer 112 auch ohne unmittelbares Tätigwerden eines Menschen mittels dafür vorgesehener, in Kraftfahrzeugen installierter Einrichtungen (<b>pan-europäischer E-Call</b>) zulässig.“</p>
<p>5. § 5 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Satz 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) Die Nummern 1 und 2 werden wie folgt gefasst:</p> <p>„1. die Betriebsbereitschaft dieser Anschlüsse ständig zu überwachen und sicherzustellen sowie diese Anschlüsse so zu gestalten, dass der Notrufabfragestelle neben den zu übertragenden Telefon- oder Telefaxsignalen auch die Daten nach § 4 Absatz 4 Satz 1 und Absatz 8 Nummer 3 Satz 2 oder 4 übermittelt werden;</p> <p>2. diese Anschlüsse unter den von der Bundesnetzagentur nach § 3 Absatz 2 Satz 1 vorgegebenen Notrufcodierungen erreichbar zu machen;“</p> <p>bb) Nummer 7 wird aufgehoben.</p> <p>cc) Die bisherige Nummer 8 wird Nummer 7.</p> <p>b) Satz 2 wird wie folgt gefasst:          „Bei der Umleitung von Notrufverbindungen nach Satz 1 Nummer 5 und 6 sind der Ersatznotrufabfragestelle auch die zugehörigen Daten nach § 4 Absatz 4 Satz 1 und Absatz 8 Nummer 3 Satz 2 oder 4 zu übermitteln.“</p>	<p>5. un verändert</p>
<p>6. § 6 Satz 1 wird wie folgt gefasst:          „Die technischen Einzelheiten zu § 3 Absatz 1 Satz 2 Halbsatz 1 und Absatz 2, zu § 4 Absatz 2, 4, 5, 7 und 8 Nummer 3 sowie zu § 5 Satz 1 Nummer 1, 5 und 6 und Satz 2 legt die Bundesnetzagentur in der Technischen Richtlinie nach § 108 Absatz 4 des Telekommunikationsgesetzes unter Berücksichtigung der dort genannten Vorgaben fest.“</p>	<p>6. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>7. § 7 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:  „(1) Bis zum 30. April 2009 in Betrieb genommene öffentliche Münz- oder Kartentelefone nach § 78 Absatz 2 Nummer 5 des Telekommunikationsgesetzes, die Notrufverbindungen mit der Notrufnummer 112 oder 110 aufbauen können, dürfen bis zum 31. Dezember 2013 betrieben werden.“</p> <p>b) In Absatz 4 werden nach dem Wort „Einzugsgebiete“ die Wörter „und Notrufursprungsbereiche“ eingefügt.</p> <p>c) Absatz 5 wird aufgehoben.</p> <p>d) In Absatz 6 wird die Angabe „§ 4 Abs. 3 Nr. 2“ durch die Wörter „§ 4 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2“ ersetzt.</p> <p>e) Absatz 7 wird aufgehoben.</p>	<p>7. § 7 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) u n v e r ä n d e r t</p> <p>b) In Absatz 4 werden nach dem Wort „Einzugsgebiete“ die Wörter „und Notrufursprungsbereiche“ eingefügt <b>und werden die Wörter „§ 3 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 1“ durch die Wörter „§ 3 Absatz 1 Satz 2 erster Halbsatz“ ersetzt.</b></p> <p>c) u n v e r ä n d e r t</p> <p>d) u n v e r ä n d e r t</p> <p>e) Absatz 7 wird <b>wie folgt gefasst.</b>  „(7) <b>Abweichend von § 4 Absatz 8 Nummer 3 Satz 4 ist es bis zum 31. Dezember 2014 ausreichend, wenn die geografischen Koordinaten des Standortes des die Funkzelle versorgenden Mobilfunksenders einschließlich dessen Hauptstrahlrichtung nach Maßgabe der Technischen Richtlinie gemäß § 108 Absatz 4 des Telekommunikationsgesetzes übermittelt werden.“</b></p>
<b>Artikel 3</b> <b>Bekanntmachungserlaubnis</b>	<b>Artikel 3</b> <b>Bekanntmachungserlaubnis</b>
Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie kann den Wortlaut des Telekommunikationsgesetzes in der am 1. <i>Januar</i> 2012 geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.	Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie kann den Wortlaut des Telekommunikationsgesetzes in der am 1. <b>März</b> 2012 geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.
	<b>Artikel 4</b> <b>Die Betriebskostenverordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2346, 2347) wird wie folgt geändert:</b> <b>§ 2 Nummer 15 Buchstabe b wird wie folgt gefasst:</b> <b>„b) des Betriebs der mit einem Breitbandnetz verbundenen privaten Verteilanlage, hierzu gehören die Kosten entsprechend Buchstabe a, ferner die laufenden monatlichen Grundgebühren für Breitbandanschlüsse;“.</b>
<b>Artikel 4</b> <b>Inkrafttreten</b>	<b>Artikel 5</b> <b>Inkrafttreten</b>
(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 am Tag nach der Verkündung in Kraft.	(1) u n v e r ä n d e r t

Gesetzentwurf	Änderung
<p>(2) Artikel 1 tritt vorbehaltlich der Sätze 2 und 3 am Tag nach der Verkündung in Kraft. Die §§ 66a, 66b und 66c sind mit dem Inkrafttreten einer Rechtsverordnung nach § 45n Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 4 Nummer 1 und § 45d Absatz 2 ist mit Inkrafttreten einer Rechtsverordnung nach § 45o Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 4 Nummer 1 nicht mehr anzuwenden. § 150 Absatz 7 tritt am ersten Tag des vierten, § 46 Absatz 1 Satz 3 tritt am ersten Tag des siebten, die §§ 66g, 66 h Nummer 8 und § 149 Absatz 1 Nummer 13i und 13j treten am ersten Tag des dreizehnten auf die Verkündung dieses Gesetzes folgenden Kalendermonats in Kraft.</p>	<p>(2) Artikel 1 tritt vorbehaltlich der Sätze 2 und 3 am Tag nach der Verkündung in Kraft. Die §§ 66a, 66b und 66c sind mit dem Inkrafttreten einer Rechtsverordnung nach § 45n Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 4 Nummer 1, § 45d Absatz 2 ist mit Inkrafttreten einer Rechtsverordnung nach § 45n Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 6 Nummer 1 <b>und § 45d Absatz 3 ist mit Inkrafttreten einer Rechtsverordnung nach § 45n Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 6 Nummer 2 nicht</b> mehr anzuwenden. § 150 Absatz 7 tritt am ersten Tag des vierten, § 46 Absatz 1 Satz 3 tritt am ersten Tag des siebten, <b>§ 66b Absatz 1 Satz 4</b>, die §§ 66g, 66h Nummer 8 und § 149 Absatz 1 Nummer 13i <b>und 13j</b> treten am ersten Tag des dreizehnten auf die Verkündung dieses Gesetzes folgenden Kalendermonats in Kraft.</p>
<p>(3) Artikel 2 tritt am ... [einsetzen: Datum des zweiten Tages des auf die Verkündung dieses Gesetzes folgenden Kalendertages] in Kraft.</p>	<p>(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Berlin, den 26. Oktober 2011

**Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**

**Ernst Hinsken**  
Vorsitzender

**Kerstin Andreae**  
Berichterstatterin

elektronische Vorab-Fassung\*

\* Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.



elektronische Vorab-Fassung\*

\* Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.

## Bericht der Abgeordneten Kerstin Andreae

### A. Allgemeiner Teil

#### I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Gesetzentwurf auf **Drucksache 17/5707** wurde in der 108. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. Mai 2011 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 17/4875** wurde in der 102. Sitzung des Deutschen Bundestages am 07. April 2011 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe c

Der Antrag auf **Drucksache 17/5367** wurde in der 102. Sitzung des Deutschen Bundestages am 07. April 2011 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe d

Der Antrag auf **Drucksache 17/5902** wurde in der 111. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. Mai 2011 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe e

Der Antrag auf **Drucksache 17/5376** wurde in der 102. Sitzung des Deutschen Bundestages am 07. April 2011 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe f

Der Antrag auf **Drucksache 17/4843** wurde in der 94. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. Februar 2011 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe g

Der Antrag auf **Drucksache 17/6912** wurde in der 124. Sitzung des Deutschen Bundestages am 08. September 2011 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe h

Der Antrag auf **Drucksache 17/3688** wurde in der 94. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. Februar 2011 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

#### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die Gesetzesnovelle der Bundesregierung dient der Umsetzung der durch die Änderungsrichtlinien „Bessere Regulierung“ und „Rechte der Bürger“ geänderter Rahmenrichtlinie, Zugangsrichtlinie, Genehmigungsrichtlinie, Universalrichtlinie sowie der Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation. Nach Auffassung der Bundesregierung sind in dem Gesetzentwurf zahlreiche Regelungen vorgesehen, die einen wettbewerbskonformen Ausbau der Telekommunikationsnetze zum Ziel haben. So wird die Bundesnetzagentur u.a. ausdrücklich dazu ermächtigt,

langfristige Regulierungskonzepte vorzugeben, um damit die Planungssicherheit für Investitionen zu erhöhen. Bei Marktversagen kann sie vertikal integrierte Unternehmen dazu verpflichten, bestimmte Produktbereiche auf Vorleistungsebene in einem unabhängig arbeitenden Geschäftsbereich unterzubringen. Im Bereich der Wegrechte erhält die Bundesnetzagentur zudem die Befugnis, die gemeinsame Nutzung bestimmter Infrastrukturen anzuordnen. Der Verbraucherschutz soll gestärkt werden, indem u.a. dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Befugnis zum Erlass einer Rechtsverordnung über Informationspflichten der Telekommunikationsunternehmen eingeräumt wird, sowie durch Regelungen zur Warteschleifenproblematik, zum Anbieterwechsel und zur vertragsunabhängigen Mitnahme der Mobilfunknummer beim Anbieterwechsel. Der Datenschutz soll gestärkt werden, indem u.a. die Speicherung von Informationen sowie der Zugriff auf bereits im Endgerät des Nutzers gespeicherte Informationen nur bei Vorliegen einer auf klarer und umfassender Aufklärung über die Verarbeitung der Informationen beruhenden Einwilligung des Nutzers gestattet wird. Zudem werden die neuen europäischen Vorgaben zum Notruf im Telekommunikationsgesetz und in der Verordnung über Notrufverbindungen umgesetzt.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/5707 verwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag der Fraktion der SPD zielt darauf ab, zahlreiche verbraucherschützende Regelungen in den Gesetzentwurf der Bundesregierung mit einzubeziehen. Bereits in der letzten Legislaturperiode habe der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Bekämpfung unerlaubter Telefonwerbung und zur Verbesserung des Verbraucherschutzes bei besonderen Vertriebsformen beschlossen. Obgleich man dadurch den Verbraucherschutz gestärkt habe, zeigten die weiterhin hohen Beschwerdezahlen bei den Verbraucherzentralen und der Bundesnetzagentur, dass die Ziele nicht umfassend erreicht worden seien. Verbraucher würden weiterhin durch ungewollte Telefonanrufe, durch Gewinnspiele mit der Aufforderung zurückzurufen sowie durch automatische Anwahlprogramme belästigt und mittels irreführender Gestaltungsweisen von Websites über die Kostenpflichtigkeit eines Angebots getäuscht. Deshalb sollen weitere verbraucherschützende Vorschriften in den Gesetzentwurf integriert werden, u.a.

- die Einführung kostenloser Warteschleifen im Bereich der Servicenummern wie den (0)180-Service-Diensten und (0)900-Premium-Diensten bei gleichzeitiger Sicherstellung einer reibungslosen technischen

Umsetzung, auch damit verbraucherfreundliche Geschäftsmodelle wie Prepaid-Handy-Tarife nicht gefährdet werden. Eine Evaluierung der Regelungen ist innerhalb von zwei Jahren vorzusehen;

- Verschärfung der Identifizierungspflicht in § 111 TKG insbesondere bei abgeleiteter Vergabe von Rufnummern, um den Rufnummernmissbrauch besser verfolgen zu können;

- verpflichtende Genehmigungen für telefonische Gewinnspiele und automatisierte Anwahlprogramme (Predictive Dialer) und Nichtigkeit von daraus erwachsenen Verbraucherverträgen, wenn diese nicht eingeholt wurde.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/4875 verwiesen.

Zu Buchstabe c

Mit diesem Antrag will die Fraktion der SPD die Netzneutralität, also die grundsätzliche Gleichbehandlung aller Datenpakete unabhängig von deren Inhalt, Dienst, Anwendung, Herkunft oder Ziel gewährleisten. Dies sei notwendig, um den Charakter des Internets als freies und offenes Medium zu wahren und um dessen enorme Potentiale für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung zu nutzen. Das intelligente Managen knapper Kapazitäten durch die Betreiber stelle zwar nicht zwangsläufig einen Verstoß gegen die Netzneutralität dar. Das Best-Effort-Internet dürfe hierdurch jedoch nicht zurückgedrängt werden. Einzelne Anwendungen dürften nicht aus marktstrategischen Gründen blockiert werden. Im Rahmen der Novellierung des TKG soll deshalb

- die Gewährleistung von Netzneutralität als eines der Regulierungsziele des TKG aufgenommen werden; die Motive hierfür sind in der Gesetzesbegründung zu erläutern; insbesondere sollen die Netzneutralität und die damit verbundenen niedrigen Marktzugangsschranken die Vielfalt von Inhalten, Diensten und Diensteanbietern fördern, die wiederum der Meinungs- und Wirtschaftsfreiheit und dem technischen Fortschritt diene. In der Sache geht es darum, das Verlangsamten, Benachteiligen oder Blockieren von Inhalten, Diensten oder Diensteanbietern ohne hinreichenden sachlichen Grund zu verhindern;

- der Begriff der Netzneutralität im Sinne einer grundsätzlichen Gleichbehandlung aller Datenpakete unabhängig von Inhalt, Dienst, Anwendung, Herkunft oder Ziel definiert werden;

- das Prinzip festgeschrieben werden, dass jeder Nutzer von Telekommunikationsdiensten grundsätzlich Zugang zu jedem Inhalt bzw. jeder Anwendung im

Internet haben muss bzw. dass grundsätzlich jeder Nutzer Inhalte im Internet anbieten kann.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/5367 verwiesen.

Zu Buchstabe d

Die Fraktion der SPD fordert die Bundesregierung mit diesem Antrag dazu auf, den Breitbandausbau konsequenter als bisher voranzutreiben, um die flächendeckende Breitband-Grundversorgung sicherzustellen. Nach Auffassung der Fraktion der SPD schafft eine moderne digitale Infrastruktur die Voraussetzungen für die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen und Regionen am Fortschritt und an den Möglichkeiten der Informationsgesellschaft und ist deshalb für eine demokratische Gesellschaft und deren ökonomische Entwicklung von zentraler Bedeutung. Aufgrund der Rückmeldungen aus Fachkreisen, Ländern und Kommunen müsse man davon ausgehen, dass der tatsächliche Versorgungsgrad deutlich unterhalb der Angaben im Breitbandatlas liege. Der Ausbau eines hochleistungsfähigen Glasfasernetzes in ganz Deutschland erfordere Investitionen in zweistelliger Milliardenhöhe, Schätzungen gingen von 40 Milliarden Euro bis über 100 Milliarden Euro aus. Da diese Summen weder von einem Unternehmen alleine noch vom Staat aufgebracht werden könnten, müssten die Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass in einem funktionierenden Wettbewerbsumfeld viele Unternehmen investierten. Im einzelnen werden eine Vielzahl von Maßnahmen vorgeschlagen, dabei geht es u.a. um die Schaffung wettbewerbs- und investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen im Telekommunikationsgesetz und in der Regulierungspraxis, die Klärung von „Open Access-“ und anderen Kooperationsmodellen, Kostenreduzierungen durch Synergieeffekte, bessere Fördermöglichkeiten, eine gute Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie umfassende Informationen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/5902 verwiesen.

Zu Buchstabe e

Die Fraktion DIE LINKE. fordert in ihrem Antrag die Stärkung des Verbraucherschutzes im Telekommunikationsbereich. Verbraucherinnen und Verbraucher sähen sich seit Jahren mit überraschend hohen Telefonrechnungen, schlecht funktionierenden Festnetzleitungen, unerwünschten Telefonanrufen, kostspieligen Warteschleifen sowie Angeboten im Internet, deren hohe Kosten oft nicht hinreichend erkennbar seien, konfrontiert. Um dies zu unterbinden, werden zahlreiche Maßnahmen vorgeschlagen, u.a.:

- Preisobergrenzen und Preisinformationen müssen einheitlich für Festnetz und Mobilfunk gelten. Dazu soll eine Preisansagepflicht vor Telefonaten für Festnetz, Mobilfunk und für Internet by Call gesetzlich verankert werden, auf die die Verbraucherinnen und Verbraucher zumindest bei Ortsgesprächen durch ausdrückliche Erklärung verzichten können. Außerdem sollen Preisobergrenzen für Premium-SMS eingeführt und der Abschluss von Abonnements per SMS gesetzlich untersagt werden.

- Warteschleifen sowie Störungshotlines sollen für alle Anrufe aus dem Festnetz und Mobilfunk gesetzlich kostenfrei gestellt werden. Die Dauer der Warteschleifen soll begrenzt werden. Diese Vorschriften sollen innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten evaluiert werden.

- Die Rechtdurchsetzung soll verbessert und die Geldbußen sollen erhöht werden, insbesondere bei Verstößen gegen das Verbot der unlauteren Telefonwerbung.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/5376 verwiesen.

Zu Buchstabe f

Dieser Antrag der Fraktion DIE LINKE. zielt auf eine gesetzliche Verankerung der Netzneutralität ab. Der andauernde Erfolg und die ungebremste Dynamik des Internets sind nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE. auf das offene System der Informationsbereitstellung zurückzuführen. Die neutrale Übermittlung von Datensätzen, unabhängig von deren Klassifizierung nach Herkunft, Inhalt und Anwendung, bilde die Grundlage für Pluralismus, Demokratie und Meinungsbildung im Internet. Gegenwärtig sei es technisch möglich Inhalte, Applikationen und Dienste bevorzugt oder benachteiligt zu behandeln, wodurch das Prinzip der Netzneutralität aufgehoben werde. Um sicherzustellen, dass alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer weiterhin gleichberechtigt und diskriminierungsfrei Inhalte senden und empfangen können, müsse deshalb die Netzneutralität gesetzlich verankert werden. Die Fraktion DIE LINKE. fordert mit ihrem Antrag die Bundesregierung dazu auf,

- einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem die Gewährleistung der Netzneutralität im Telekommunikationsgesetz verankert wird;

- einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem die Bundesnetzagentur mit der Kontrolle, Überwachung und Durchsetzung der Netzneutralität in Deutschland beauftragt wird;

- auf europäischer Ebene unverzüglich darauf hinzuwirken, dass die Gewährleistung der Netzneutralität durch rechtliche Festschreibungen, insbesondere in

der Rahmenrichtlinie für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste sowie der Universaldienstrichtlinie, auch EU-weit dauerhaft und verbindlich erfolgt.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/4843 verwiesen.

Zu Buchstabe g

Das Recht auf Breitbandanschlüsse soll wirksam garantiert werden, indem in den gesetzlichen Universaldienstkatalog eine Mindestbandbreite von 6 Megabit pro Sekunde aufgenommen wird. Das Mindestgebot soll außerdem regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst werden, fordert die Fraktion DIE LINKE. in diesem Antrag. Es wird darauf hingewiesen, dass schnelle Internetverbindungen Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und außerdem ein wichtiger Standortfaktor seien. Eine beträchtliche Zahl vor allem ländlicher Gemeinden sei aber seit Jahren unversorgt oder unterversorgt, obwohl die Bundesregierung anderslautende Versprechungen abgegeben habe. Mit der Aufnahme von Breitband-Internetanschlüssen in den Universaldienstkatalog will die Fraktion DIE LINKE. erreichen, dass die Bundesregierung ihrem Versorgungsauftrag nachkommt.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/6912 verwiesen.

Zu Buchstabe h

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betont in ihrem Antrag die Bedeutung der Netzneutralität für den gesellschaftlichen und ökonomischen Erfolg des Internets. Bei der Debatte um Netzneutralität werden die Rechte der einzelnen Nutzerinnen und Nutzer nicht hinreichend berücksichtigt. Durch die Aufgabe der neutralen Datenübermittlung werde deren Wahlfreiheit geschwächt und zudem die Entfaltung junger und innovativer Unternehmen mit hohem Datenaufwand zugunsten bestehender Marktkonzentrationen blockiert. Große Telekommunikationsunternehmen wie die Deutsche Telekom sowie Telefónica/O2 drängten bereits vehement auf die Aufhebung der Netzneutralität. Bestehendes europäisches und deutsches Recht stehe der Aufgabe sowie jeglicher Relativierung der Netzneutralität aber entgegen. Um den Bestrebungen der Telekommunikationsunternehmen auch in Zukunft entschieden entgegenzutreten, fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Bundesregierung auf, sich für die dauerhafte Gewährleistung der Netzneutralität durch eine gesetzliche Festschreibung auf europäischer Ebene einzusetzen, die Netzneutralität stärker als im bisher vorliegenden Referentenentwurf in den Wortlaut des Telekommu-

nikationsgesetzes zu integrieren und die Bundesnetzagentur mit der Durchsetzung der Netzneutralität in Deutschland zu beauftragen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/3688 verwiesen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Innenausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5707 in seiner 55. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung anzunehmen.

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5707 in seiner 63. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung anzunehmen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5707 in seiner 52. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung anzunehmen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5707 in seiner 54. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung anzunehmen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5707 in seiner 47. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung anzunehmen.

Zu Buchstabe b

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/4875 in seiner Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU,

FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Vorlage auf Drucksache 17/4875 in seiner 52. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 17/4875 in seiner 49. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Vorlage auf Drucksache 17/4875 in seiner 47. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Zu Buchstabe c

Der **Innenausschuss** hat zu der Vorlage auf Drucksache 17/5367 kein Votum abgegeben.

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5367 in seiner 63. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5367 in seiner 52. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5367 in seiner 49. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5367 in seiner 47. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Zu Buchstabe d

Der **Innenausschuss** hat zu der Vorlage auf Drucksache 17/5902 kein Votum abgegeben.

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5902 in seiner Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5902 in seiner 66. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5902 in seiner 52. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5902 in seiner 54. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5902 in seiner 42. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5902 in seiner 49. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5902 in seiner 47. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Zu Buchstabe e

Der **Innenausschuss** hat zu der Vorlage auf Drucksache 17/5376 kein Votum abgegeben.

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5376 in seiner 63. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5376 in seiner 52. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5376 in seiner 47. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Zu Buchstabe f

Der **Innenausschuss** hat zu der Vorlage auf Drucksache 17/4843 kein Votum abgegeben.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Vorlage auf Drucksache 17/4843 in seiner 52. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Vorlage auf Drucksache 17/4843 in seiner 47. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Zu Buchstabe g

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Vorlage auf Drucksache 17/6912 in seiner 47. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Zu Buchstabe h

Der **Innenausschuss** hat zu der Vorlage auf Drucksache 17/3688 kein Votum abgegeben.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Vorlage auf Drucksache 17/3688 in seiner 52. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Vorlage auf Drucksache 17/3688 in seiner 47. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

#### IV. Abgelehnte Anträge

Die folgenden von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Änderungsanträge auf Ausschussdrucksachen 17(9)631 und 17(9)632 sowie die Entschließungsanträge der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Ausschussdrucksachen 17(9)684 und 17(9)687 fanden im Ausschuss keine Mehrheit.

##### 1. Ausschussdrucksache 17(9)631

„Der Ausschuss wolle beschließen:

Artikel 1 Nummer 71 wird wie folgt geändert:

1. In dem Eingangssatz wird nach der Angabe „§ 78“ die Angabe „Absatz 2“ gestrichen.
2. Buchstabe a wird wie folgt eingefügt:
  - `a) Absatz 2 wird wie folgt geändert: `

3. Die ehemaligen Buchstaben a bis e werden die Doppelbuchstaben aa bis ee.
4. Nach Buchstabe a werden die folgenden Buchstaben b und c eingefügt:
- ˆb) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„(3) Ab dem 1. Januar 2013 erfüllt ein Internetzugang die Kriterien des Absatzes 2 Nummer 1 für Datentransfers aus dem Internet nur dann, wenn er eine Übertragungsrate von sechs Megabit pro Sekunde aufweist. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie erstattet dem Deutschen Bundestag alle drei Jahre nach Ablauf dieses Datums Bericht über die Notwendigkeit einer Anpassung der erforderlichen Übertragungsraten an die von der Mehrzahl der Teilnehmer vorherrschend verwendeten Übertragungsraten zur Neufestsetzung durch den Gesetzgeber. Die Anbieter auf dem sachlich relevanten Markt werden angehört.“

c) Die ehemaligen Absätze 3 und 4 werden die Absätze 4 und 5.ˆ

### **Begründung**

Der schnelle Zugang zum Internet mittels Breitbandanschluss ist eine Voraussetzung für wirtschaftlichen Fortschritt und gesellschaftliche Teilhabe. Die Attraktivität ländlicher Gewerbe- und Wohngebiete leidet unter mangelnder Anbindung an das Internet. In Westdeutschland sind derzeit noch 19 Prozent aller Haushalte unterversorgt, in Ostdeutschland sogar 36 Prozent, nimmt man 6 Mbit/s als Maßstab: Das sind neun Millionen bundesdeutsche Haushalte, die aktuell gar keinen oder nur einen unzureichenden Zugang zum Internet haben. Der zügige Ausbau der Breitbandinfrastruktur gehört somit zu den zentralen Aufgaben der Standortsicherung, der Wettbewerbsfähigkeit sowie des Wirtschaftswachstums.

Die von der Bundesregierung in ihrem Änderungsentwurf vorgesehenen Übertragungsraten, „die für einen funktionalen Internetzugang ausreichen“, sind jedoch für die Umsetzung dieser zentralen Aufgaben ungenügend. Erforderlich ist vielmehr die Festlegung einer bestimmten Übertragungsrates im Einklang mit der europäischen Universaldienstrichtlinie. Diese Übertragungsrates wird dynamisch ausgestaltet und regelmäßig an sich verändernde Gegebenheiten und Neuerungen angepasst. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Marktkräfte allein nicht für eine befriedigende Versorgung der ländlichen Gebiete mit Breitbandanschlüssen sorgen können. Aus diesem Grund wird der Anspruch auf einen breitbandigen Internetzugang ab dem 01.01.2013 gesetzlich festgeschrieben. Die Festlegung eines Internetzugangs mit einer bestimmten Übertragungsgeschwindigkeit als Universaldienstleistung ist in Deutschland notwendig, um die Kluft zwischen ohnehin strukturschwachen ländlichen Regionen (v.a. in Ostdeutschland) und urbanen Gebieten zu schließen und Übergangsbereiche wie Stadtränder nicht zu vernachlässigen. Die Einführung dieser Universaldienstleistung wird zu einer flächendeckenden Abdeckung mit breitbandigen Internetanschlüssen führen. Die Wettbewerbsfähigkeit von Regionen sowie die Beschäftigungssituation und allgemeine Lebensqualität unter Einschluss von Bildungsmöglichkeiten der Menschen vor Ort wird damit deutlich verbessert.

Entsprechend der EU-Universaldienstrichtlinie kann als Bandbreite für den Universaldienst vorgegeben werden, was die Mehrheit aller Teilnehmer in Deutschland gegenwärtig nutzt. Dies entspricht derzeit 6 MBit/s. Diese Universaldienstleistung ist unabhängig vom Wohnort zu gewährleisten, wird technologieneutral ausgestaltet (d. h. es darf keine Einschränkung auf eine oder wenige verfügbare Technologien geben) und dynamisch festgelegt. Alle drei Jahre wird durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie erneut überprüft, welche Übertragungsgeschwindigkeiten der Mehrheit der Teilnehmer mit Internetanschluss mittlerweile zur Verfügung steht. Der Gesetzgeber beschließt dann auf dieser Grundlage eine Neufestsetzung der Übertragungsgeschwindigkeit.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass der Universaldienst auf dem Markt ohne staatlichen Ein-



griff der Regulierungsbehörde angeboten wird. Sollte jedoch die Gefahr einer Unterversorgung in Bezug auf den adäquaten Internetanschluss drohen, kann – wie auch für alle anderen Universaldienstleistungen im TKG bereits festgelegt - einzelnen Marktteilnehmern diese förmlich auferlegt werden.

Für den Fall der Glaubhaftmachung eines Ausgleichsanspruchs durch die nach einer eventuellen Ausschreibung für die Universaldienstleistung ermittelten Unternehmen wird dieser Ausgleichsanspruch nach den Vorschriften des TKG über eine Fondslösung realisiert. Ein umlagefinanzierter Fonds bedeutet, dass die Finanzierung des Breitbandausbaus auf alle Telekommunikationsunternehmen ab einem relevanten Marktanteil entsprechend ihren Marktanteilen umgelegt wird.

Um Wettbewerbsverzerrungen möglichst gering zu halten, sollen Universaldienstleistungen für einen adäquaten Internetanschluss im Falle eines erforderlichen Vergabeverfahrens nicht bundesweit, sondern regional und lokal differenziert alle drei Jahre ausgeschrieben werden. Bündelangebote für mehrere Regionen sind dabei möglich.“

## 2. Ausschussdrucksache 17(9)632:

„Der Ausschuss wolle beschließen:

Artikel 1 wird wie folgt geändert:

1. Nummer 2 Buchstabe b wird wie folgt geändert:

aa) Nach Doppelbuchstabe bb wird Doppelbuchstabe cc wie folgt eingefügt:

„cc Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 2a eingefügt:

„2a. die Sicherstellung der Netzneutralität,“

bb) Die bisherigen Buchstaben cc bis ff werden die Buchstaben dd bis gg.

2. Nummer 3 wird wie folgt geändert:

a) Nach Buchstabe i wird folgender Buchstabe j eingefügt:

„j) Nummer 10a wird wie folgt gefasst:

„10a. „Konnektivität“ die Eigenschaft eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes, Nutzern Verbindungen auf Basis der gleichen technologischen Grundlage zu ermöglichen;“.

b) Der bisherige Buchstabe j wird Buchstabe k und wie folgt geändert:

aa) Die Angabe „wird folgende Nummer 12a“ wird durch die Angabe „werden folgende Nummern 12a und 12b“ ersetzt.

bb) Apostroph und Punkt am Ende des Satzes werden gestrichen.

cc) Folgende Angabe wird angefügt:

„12b. „Netzneutralität“ die gleichwertige Übertragung von Daten im Internet, ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Zieles, ihres Inhalts, verwendeter Anwendungen oder verwendeter Geräte. Unter „gleichwertiger Übertragung“ ist der Transport von Daten über die Übertragungswege des Internet ohne sachlich ungerechtfertigten Eingriff zu verstehen.“

c) Buchstabe k wird Buchstabe l und wie folgt gefasst:

„l) Die bisherige Nummer 12a wird Nummer 12c.“

d) Die bisherigen Buchstaben l bis y werden die Buchstaben m bis z.

3. Nach Nummer 4 wird folgende Nummer 4a eingefügt:

„4a. Nach § 6 wird folgender § 6a eingefügt:

„§ 6a Netzneutralität

(1) Jeder Betreiber eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes hat für alle angebotenen Dienste und Inhalte, auch im End-zu-End-Verbund, die Neutralität seines Telekommunikationsnetzes und dessen Konnektivität zu gewährleisten. Insbesondere darf er Telekommunikationsdienste nicht inhaltlich und technisch verändern. Eine Maßnahme, die eine Verschlechterung von Diensten oder eine Behinderung oder Verlangsamung des Datenverkehrs in den Netzen zur Folge hat, ist unzulässig.

(2) Abweichend von Absatz 1 ist eine Maßnahme zulässig, wenn hierfür ein sachlich gerechtfertigter Grund vorliegt. Ein solcher ist anzunehmen, wenn eine Maßnahme

1. der Aufrechterhaltung der Sicherheit und Integrität eines Telekommunikationsnetzes dient oder

2. auf einer vertraglichen Vereinbarung mit Teilnehmern für Dienste im Rahmen von geschlossenen Benutzergruppen beruht.“

4. Nach Nummer 34 wird folgende Nummer 34a eingefügt:

34a. Nach § 43b wird folgender § 43c eingefügt:

„§ 43c Außerordentliches Kündigungsrecht

Stellt die Bundesnetzagentur gemäß § 126 Absatz 1 einen Verstoß gegen § 6a Absatz 1 fest und hilft das Unternehmen dem Verstoß innerhalb der gesetzten Frist im Sinne des § 126 Absatz 1 nicht ab, so ist jeder Teilnehmer, der unmittelbar von dem Verstoß betroffen ist, berechtigt, das Vertragsverhältnis innerhalb eines Monats, nachdem er von dem Verstoß Kenntnis erlangt hat, außerordentlich ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen.“

5. In Nummer 41 werden in Absatz 4 Nummer 4 nach dem Wort „auf“ die Wörter „die Netzneutralität und“ eingefügt.

6. Nummer 42 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 wird nach den Wörtern „Endnutzerinformationen über“ die Angabe „die Netzneutralität,“ eingefügt.

b) In Absatz 3 werden nach dem Wort „verhindern“ die Wörter „und die Netzneutralität sicher zu stellen“ angefügt.

7. Nummer 104 wird wie folgt geändert:

a) Nach Buchstabe a wird Doppelbuchstabe aa wie folgt eingefügt:

aa) Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 2a eingefügt:

„2a. entgegen § 6a Absatz 1, ohne dass ein sachlich gerechtfertigter Grund vorliegt, die Netzneutralität oder die Konnektivität der Teilnehmer nicht gewährleistet,“

b) Die bisherigen Doppelbuchstaben aa bis rr werden die Doppelbuchstaben bb bis ss.

c) In Buchstabe c wird vor der Angabe „Nummer 4 Buchstabe b“ die Angabe „Nummer 2a,“ eingefügt.

## Begründung

Zu 1. (§ 2 Absatz 2 Nummer 2a)

Das Internet erlaubt es, mit geringem Aufwand weltweit zu kommunizieren, trägt in besonderem Maße zur Meinungsvielfalt bei und ermöglicht eine starke Demokratisierung der Öffentlichkeit. Es bietet enorme Potentiale für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Diese gilt es konsequent zu sichern und zu nutzen. Von zentraler Bedeutung für das Internet sind der freie und offene Charakter des Mediums, ein funktions- und leistungsfähiges Netz der Netze sowie eine inklusive Netzarchitektur, die allen Bevölkerungsgruppen und Marktteilnehmern diskriminierungs-freien,

gleichwertigen Zugang zu allen Inhalten sowie aktive Beteiligungsmöglichkeiten gewährt.

Antrieb und Garantie der vorgenannten Merkmale ist die Netzneutralität. Auf ihrer Grundlage hat sich das Internet als Innovationsmotor für die gesellschaftliche, wirtschaftliche und technologische Entwicklung erwiesen. Wahlfreiheit der Entwickler, Anbieter und Nutzer und ein anwendungsoffenes Netz sichern niedrigschwelligen Zugang, Vielfalt, Entwicklung und Chancengleichheit. Das Internet ist ein System, in dem Datenpakete von einem Rechner zum anderen transportiert werden („end-to-end principle“). Die verbundenen Computer werden nach standardisierten Datenaustauschprotokollen zu einem Netzwerk zusammengeschaltet. Die korrekte Weiterleitung und Zustellung von Datenpaketen wird durch die Zuweisung von Adressen an die beteiligten Rechner ermöglicht. Traditionell behandelt das Internet dabei alle Pakete gleich. Diese neutrale Übermittlung von Daten im Internet ist derzeit dadurch gewährleistet, dass die Datenpakete unabhängig von deren Inhaltstyp (Texte, Bilder, Telefonate, Videos etc.), Anwendungen und Diensten, unabhängig davon, wer Sender und Empfänger ist, ohne Einblicknahme in die Daten, nach dem „Best-Effort-Prinzip“ gleichwertig über alle verfügbaren Wege übermittelt werden, solange Übertragungskapazität vorhanden ist. In diesem Sinne ist das Internet heute „neutral“ oder auch „diskriminierungsfrei“.

Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten im Hinblick auf die Entwicklung von Netzen und Diensten müssen unter Berücksichtigung der Netzneutralität gestaltet werden. Mit Hilfe neuer Netzwerkmanagementtechniken ist es inzwischen im Internet möglich, Datenpakete auf dem Weg zum Nutzer zu blockieren, zu verlangsamen oder zu beschleunigen, indem Details zu den versendeten Datenpaketen, z.B. deren Ursprung oder Zieladresse, aber auch der konkrete Inhalt ohne großen Zeitverlust und auch in Anbetracht der enormen Verkehrsmengen auf den heutigen Netzen ausgelesen und analysiert werden (sog. Deep Packet Inspection). Mithilfe solcher Formen des Netzwerkmanagements lässt sich bereits heute der Internetdatenverkehr weitgehend steuern – ein Entwicklung, die sich in den sogenannten Next Generation Networks noch verstärken kann. So werden beispielsweise IPTV-Datenpakete bevorzugt, um einen störungsfreien Empfang von Fernsehen über Internettechnologie sicher zu stellen. Flächendeckender Einsatz solcher Formen von Priorisierung

könnte aber in der Konsequenz dazu führen, dass zum Beispiel Informations- und Nachrichtenseiten temporär nicht oder nicht zügig aufgerufen werden könnten. Hieraus ergeben sich Gefährdungen im Hinblick auf die Möglichkeit diskriminierendes Verhaltens im Markt und einer Zurückdrängung des „Best-Effort“-Internets zu Ungunsten der Nutzerinnen und Nutzer. Ein neutraler Datentransport bietet darüber hinaus die Möglichkeit, auch neue Anwendungen kostengünstig ins Netz zu stellen und von den Nutzern abrufen zu lassen. Fehlende Netzneutralität stellt eine Gefahr für die Innovationsoffenheit des Internet dar.

Im Verhältnis zu den grundgesetzlichen Kommunikationsfreiheiten nimmt die Netzneutralität eine besondere Rolle ein. Die Möglichkeit der Beeinflussung des traditionell neutralen Transports von Kommunikationsinhalten im Internet durch Private oder den Staat erfordert einen besonders sensiblen Umgang mit der Thematik. Das Internet erlaubt den kommunikativen Austausch vieler Personen und ermöglicht demokratischen Diskurs. Dem Staat obliegt hier die verfassungsrechtliche Aufgabe die kommunikative Chancengleichheit und Grundversorgung sicher zu stellen.

Die besondere Struktur des Mediums Internet ist bei diesbezüglichen Regelungen stets im Auge zu behalten. Rein kommerzielle Interessen, so nachvollziehbar sie im Einzelfall auch zu sein scheinen, dürfen nicht dazu führen, dass der „Charakter“ des Internets in seinen Grundprinzipien gefährdet wird. Das „Best-Effort-Prinzip“ gehört zu diesen Grundprinzipien.

Die ersten Fälle einer Einschränkung der Netzneutralität sind in Deutschland bereits bekannt geworden, darunter die Verlangsamung des YouTube-Datenverkehrs durch einen deutschlandweit tätigen Internetprovider im Mai dieses Jahres. Ein Mobilfunkanbieter versuchte den Transport von Datenpaketen zur Internet-Telefonie eines anderen Anbieters zu blockieren und ein Kabelunternehmen stand im Verdacht, eine Bandbreitendrosselung vorgenommen zu haben. Im Mobilfunk via UMTS und LTE sind vertraglich festgelegte Einschränkungen der Netzneutralität bereits die Regel, etwa durch den Ausschluss des Einsatzes von Sprachtelefonieapplikationen und Peer-to-Peer-Anwendungen.













































































